express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Nr. 4/2022, 60. Jahrgang • www.express-afp.info • ISSN 0343–5121 • Preis: 4,00 Euro

Der lange Hebel

Macht und Machtressourcen von Unternehmen und Arbeitgeberverbänden im Arbeitskampf – von Heiner Dribbusch*

Arbeitskämpfe finden innerhalb spezifischer Macht- und Kräfteverhältnisse statt. Diese haben sich in der Gesamtschau seit den 1990er Jahren zu Lasten der Beschäftigtenseite verschoben. Doch obwohl bei Streiks Ursache, -verlauf und -ergebnis entscheidend durch Unternehmen und Arbeitgeberverbänden bestimmt werden, richtet sich der Blick der Öffentlichkeit wie der Gewerkschaftsforschung zumeist allein auf die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften. Geht es um deren Durchsetzungsfähigkeit, werden zumeist vier wesentliche Quellen von Macht unterschieden (u. a. Gumbrell-McCormick/Hyman 2013; Schmalz/Dörre 2013): zum einen strukturelle Macht, die durch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wie auch die Position der Beschäftigten im Produktions- oder Verwaltungsablauf beeinflusst wird; zum zweiten Organisationsmacht in Form gewerkschaftlicher Mitgliederstärke und Mobilisierungsfähigkeit; drittens institutionelle Macht in Form gesetzlicher Absicherung ihrer Stellung im Betrieb und im Tarifsystem, einschließlich des über die Rechtsprechung garantierten Streikmonopols; schließlich viertens die als gesellschaftliche und diskursive Macht bezeichnete Fähigkeit, öffentliche Diskurse zu beeinflussen und die politische Agenda mitzubestimmen.

Jeder Streik zeigt aber, dass sich die Macht der Beschäftigtenseite immer im Verhältnis zur Macht der Arbeitgeberseite entfalten muss (vgl. Brookes 2018). Die strukturellen, organisatorischen, institutionellen sowie diskursiven Machtressourcen der Unternehmen und Arbeitgeberverbände sind in der Debatte um gewerkschaftliche Machtressourcen jedoch vergleichsweise unterbelichtet.

Diese Lücke kann hier aus Platzgründen nicht geschlossen werden, doch soll im Folgenden zumindest kursorisch beleuchtet werden, wie sich das von Matthöfer angesprochene Machtgefälle auch in den Machtressourcen der Arbeitgeberseite niederschlägt. Insbesondere soll verdeutlicht werden, dass die institutionellen Machtressourcen der Gewerkschaftsseite weit weniger stabil sind als vielfach angenommen und Unternehmen und Arbeitgeberverbänden großen Einfluss auf die Reichweite und Wirksamkeit sowohl von gesetzlicher Mitbestimmung als auch des Tarifsystems haben.

»Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften stehen den Verfügern über die Produktionsmittel nicht als gleichstarke Partei auf gleichem Plateau gegenüber. Sie kämpfen als Fordernde, als Nichthabende um Anteile, die die Gegenseite auf Grund der bestehenden Eigentums- und Rechtsordnung hat.«

(Hans Matthöfer, damals noch Leiter der Bildungsabteilung bei der IG Metall, 1971.)

Die strukturelle Überlegenheit der Arbeitgeberseite

Dies beginnt bei der strukturellen Macht. Zwar unterliegen auch Unternehmen den Wechselfällen der Konjunktur, und die Druckempfindlichkeit gegenüber Streiks ist bei vollen Auftragsbüchern größer, als wenn die Absätze stocken. Letzteres musste exemplarisch Ende 2008 die IG Metall erkennen, deren Tarifrunde ins Leere lief, da die meisten Metallunternehmen angesichts der Finanzkrise ohnehin vor der Kurzarbeit standen. Umgekehrt reichten in Zeiten der Hochkonjunktur begrenzte Warnstreiks in der Metallindustrie, um passable Entgeltsteigerungen durchzusetzen. Eine Sondersituation gibt es im öffentlichen Dienst. Da viele öffentliche Dienstleistungen durch öffentliche Mittel subventioniert werden, entsteht hier beispielsweise bei Streiks im Sozial- und Erziehungsdienst die Situation, dass jede durch Streik geschlossene Kita der Arbeitgeberseite Geld spart. Hier führt der originäre Zweck des Streiks, ökonomischen Druck auf die Gegenpartei auszuüben, ins Leere.

Der Macht der Beschäftigten im Arbeitsprozess steht die Entscheidungsgewalt der Unternehmen, ob und wo sie wirtschaftlich tätig werden, gegenüber. In der konkreten Auseinandersetzung ist ihre Macht dabei umso größer, je größer die Bereitschaft ist, vorübergehend streikbedingte Verluste hinzunehmen. Wie diese Kombination wirkt, bekam die Vereinigung Cockpit im von 2014 bis 2017 dauernden Arbeitskampf um die Frage der betrieblichen Altersversorgung zu spüren. Obwohl die Pilot:innen über eine enorme Arbeitsplatzmacht verfügten und zugleich in hohem Maße organisiert und geschlossen auftraten, musste Cockpit am Ende dem von Lufthansa angestrebten Systemwechsel in der Altersversorgung zustimmen. Das entscheidende Druckmittel der Firma war die Möglichkeit der Auslagerung des Flugbetriebs ins Ausland, wodurch diese Unternehmensteile vollständig dem tarifpolitischen Zugriff der Gewerkschaft entzogen worden wären. Damit relativiert sich auch ein immer wieder vorgebrachtes Argument, Dienstleistungen seien leichter zu bestreiken, da sie ja vor Ort erbracht und nicht verlagert werden könnten. Dies stimmt zwar für die Dienstleistung selbst, doch bieten sich den Unternehmen vielfältige Möglichkeiten, den Konsequenzen von Arbeitskämpfen auszuweichen, in dem die kollektive Organisierung durch Solo-Selbstständigkeit und Ausgliederungen erschwert wird. Die Paket- und Lieferdienste sind hierfür ein Beispiel.

Analog zu den Gewerkschaften besteht die Organisationsmacht der Arbeitgeberverbände in ihrer Mitgliederstärke. Die Mitgliedschaft spart dem einzelnen Unternehmen Verhandlungskosten, bietet kollektiven Schutz gegen gewerkschaftliche Forderungen und vermindert das Risiko einer allein über die Lohnkosten ausgetragenen Konkurrenz. Zugleich bindet sie jedoch das Unternehmen an die ausgehandelten Tarifverträge. Aus diesem Grund sind Gewerkschaften prinzipiell an möglichst starken, umfassend organisierten Arbeitgeberverbänden interessiert und gegenüber der Drohung des Auseinanderfallens der Arbeitgeberseite druckempfindlich. Inzwischen wird die Reichweite von Tarifverträgen häufig zudem durch Leiharbeit, Werkverträge und Fremdvergabe untergraben. Im Einzelfall vertreten Unternehmen jedoch ihre eigenen Interessen auch wirksamer alleine. Vor allem, wo die Gewerkschaften schwach sind, kann es für Unternehmen attraktiv sein, sich gar nicht erst kollektiv zu organisieren, wie zum Beispiel in Ostdeutschland nach 1990 oder bis vor Kurzem in der Fleischwirtschaft.

Die institutionelle Macht der Unternehmen ist eng mit der strukturellen Macht verknüpft. Zwar unterliegen sie dem gleichen gesetzlichen Rahmen wie Gewerkschaften. Doch ist dieser zu ihren Gunsten gestaltet. So sind wirtschaftliche Entscheidungen weitestgehend der tariflichen Regulierung und damit dem Streikrecht entzogen. Vor allem aber können Unternehmen selbst bestimmen, ob und wenn ja in welchem Rahmen sie Tarifverhandlungen führen. Nur zwei Beispiele: Als sich ab Mitte der 2000er Jahre zahlreiche Innungen im Kfz-Handwerk nicht mehr für tarifzuständig erklärten, brach für weite Teile dieses Handwerks die Tarifbindung zusammen. 2019 hatte Edeka 5.689 seiner insgesamt 6.934 Lebensmittelfilialen an 3.700 selbstständige Kaufleute vergeben. Diese Filialen sind bis auf wenige Ausnahmen nicht tarifgebunden. Die Ressourcen, diese 3.700 Unternehmen zu organisieren und dann Haustarifverträge zu erstreiken, hat ver.di nicht und Selbstorganisation ist bei hochgradig fragmentierten Belegschaften unwahrscheinlich. Andere Unternehmen wie Rewe folgen diesem Modell.

Auch der institutionelle Rahmen unterliegt sich wandelnden Kräfteverhältnissen und Interessenlagen. Wo und zu wessen Gunsten der Staat in das institutionelle Gefüge eingreift, ist eine Frage politischer Kräfteverhältnisse und Interessenlagen. Dabei kann es, wie das Tarifeinheitsgesetz gezeigt hat, auch zu Koalitionen einzelner Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zu Lasten

Friede
... ist schwer zu machen S. 11, 12, 14

Freude
... ist »nicht zu fassen« S. 8

Eier
... Suche leichter als Stimmenfang S. 10

Kuchen
... kein Stück davon, sondern die Bäckerei S. 4

GEWERKSCHAFTEN INLAND

Heiner Dribbusch: »Der lange Hebel. Macht und Machtressourcen von Unternehmen und Arbeitgeberverbänden im Arbeitskampf« 1

Willi Kaufmann: »Tendenz fallend. Die Mitgliederentwicklung der DGB-Gewerkschaften bleibt problematisch« 3

BETRIEBSSPIEGEL

»Von nix kommt nix, nä?« – Gespräch von Kirsten Huckenbeck, Karin Zennig und Stefan Schoppengerd mit Wolfgang Schaumberg über Möglichkeiten und Grenzen kritischer Betriebsratsarbeit, Teil 2 4

Sabrina Apicella: »Mehr als Fleisch und Pakete« – über Peter Birkes »Grenzen aus Glas« 19

BEWEGUNG MIT RECHT

René Kluge: »Krieg im Betrieb – Was bedeutet der Krieg in der Ukraine für die Betriebsratsarbeit?«, Folge 19 11

POLITIK & DEBATTE

Stellungnahme der *express*-Redaktion zum Angriff auf die Ukraine 2

Martin Hornung: »50 Jahre ›Radikalenerlass‹« – Betroffene kämpfen für Rehabilitierung, Entschädigung und gegen neue »Radikalen«-Gesetze 6

AG Wahlbeobachtung: »Comeback der Sozialdemokratie oder eine Ministerpräsidentinnen-Wahl? Beides!« – Anmerkungen zur Landtagswahl im Saarland 10

INTERNATIONALES

Bernd Gehrke: »Russlands neuer Imperialismus. Die Ignoranz gegenüber der Entwicklung in Russland blamiert die Friedensbewegung« 12

Slave Cubela: »Ein neoliberales Monster in Moskau« – zu Putins Überfall auf die Ukraine 14

Hartmut Bäumer, Günter Pabst u.a.: »Give Peace a Chance« – Aufruf zu einer Unterstützungskampagne für die Ukraine, eine Initiative von Friedensaktivist:innen der 1980er Jahre 16

Imre Szabó, Darragh Golden und Roland Erne: »Erfolg und Scheitern transnationaler Gewerkschaftskampagnen« - Die europäischen Bürgerinitiativen right2water und fair transport im Vergleich 17

RE-VISITED

»Nicht zu fassen« – Sonja Tesch über Erfahrungen im Arbeitsfeld Betrieb und Gewerkschaft des Sozialistischen Büros 8

Peter Grohmann: »Öffentlichkeit herstellen – auch nach außen? Die Arbeit der plakat-Gruppe 1969-1979« 9

REZENSIONEN

Torsten Bewernitz: »... und es endete die Zeit der Autonomie« – zur Rezeption der Corona-Betrachtungen von Karl Heinz Roth 18

Peter Haumer: »Verdrängte Geschichte« – über James Horrox' »Gelebte Revolution. Anarchismus in der Kibbuzbewegung« 20

KURZES

Antipasti 5, 7

Antipasti Speciale: Gewerkschaften im Krieg 15

Bildnachweise

Seit 2003 – dem Beginn des Dritten Golfkriegs – hat es keine größeren Friedensdemonstrationen mehr gegeben als heute. Aber die Größe bringt es mit sich: Die einen protestieren für Verständnis für den russischen Diktator, die anderen für eine besser gerüstete Bundeswehr, wieder andere für ein sofortiges Ende des Kriegs und noch ganz andere für noch ganz anderes. Was also ist denn eigentlich eine Friedensbewegung? Das haben sich der Zeichner Findus und Autor Michael Schulze von Glaßer (u.a. im Beirat der Informationsstelle Militarisierung IMI) bereits 2016 gefragt und eine kleine Geschichte von Friedensbewegung und Antimilitarismus geschrieben und illustriert. Das ist heutigentags eine aktuelle Re-Lektüre wert, finden wir und haben den Sachcomic als Bildstrecke für diese Ausgabe ausgewählt. Wir danken Autor, Zeichner und Verlag für die Kooperation!

Findus, Michael Schulze von Glaßer: Kleine Geschichte der Kriegsgegnerschaft. Friedensbewegung und Antimilitarismus von 1800 bis heute. Unrast-Verlag, Münster 2016. ISBN: 978-3-89771-215-7, 80 Seiten, 9,80 Euro.

Dritter kommen. Die Einführung des Mindestlohns wiederum verweist auf die Bedeutung gesellschaftlicher Stimmungsänderungen in Folge gewerkschaftlicher Mobilisierung. Gleichwohl sind in der Regel staatlicherseits die Ohren für die Interessen der »Wirtschaft« weiter geöffnet als für die von Beschäftigten und ihren Gewerkschaften.

Dies führt zur Frage der diskursiven Macht. Der Kampf um die Deutungshoheit von Arbeitskämpfen ist ein zentraler Aspekt vieler Arbeitskämpfe, der jeweils neu ausgefochten werden muss. Auch hier hat die Unternehmensseite einige Feldvorteile. So ist es breit im öffentlichen Bewusstsein verankert, dass Firmen, die am Markt erfolgreich sind, zugleich etwas für das Gemeinwohl tun. Geht's »der Wirtschaft« gut, geht's den Menschen gut. Die Unternehmen stellen die Arbeitsplätze zur Verfügung, nur wer Gewinn macht, kann Leute beschäftigen. Das ist tief verankert – auch in den Gewerkschaften. Reichtum gilt als Ausweis von Tüchtigkeit und das Wort Ausbeutung fällt in der Regel nicht in Zusammenhang mit der Aneignung von Mehrwert, sondern nur in Fällen offenkundig skandalöser Arbeitsbedingungen. Und auch das nicht gleich: Der Fleischindustrie ist erst die Pandemie zum Verhängnis geworden – wobei auch während der Pandemie die ersten Hilfspakete der Regierung »der Wirtschaft« galten und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten erst mit großem Abstand und nachrangig in den Blick gerieten.

Die Gewerkschaften haben es da schwerer. Zwar zeigen Umfragen, dass wiederkehrend große Mehrheiten mit »Gewerkschaften« etwas Positives verbinden, doch schlägt sich dies keineswegs in steigenden Mitgliederzahlen nieder. Streikenden wird häufig mit Sympathie begegnet, zumal dann, wenn ihr Einkommen in einem offensichtlichen Missverhältnis zur öffentlichen Wertschätzung ihrer Arbeit steht. Zugleich werden Tarifverträge als öffentliches Gut wahrgenommen, das es umsonst gibt. Gewerkschaften sehen sich im Konfliktfall immer wieder mit dem Vorwurf konfrontiert, sie würden ja in erster Linie nur Partikularinteressen vertreten. Viele Tarifforderungen werden allein an der Frage gemessen, ob sie wettbewerbskonform sind oder Unternehmen überfordern könnten. In einer Studie der Otto Brenner Stiftung von 2017 über die Berichterstattung in den Medien zu Tarifkonflikten wurde festgestellt, dass in der Zeitungs-Berichterstattung über Arbeitskämpfe die Gewerkschaftsseite deutlich häufiger als die Arbeitgeberseite negativ dargestellt wurde – und zwar durchaus auch in den sogenannten liberalen Blättern wie SZ, FR und taz (vgl. Köhler/Jost 2017, S. 94f.).

Der lange Hebel ist nicht immer der längere

Trotz allem sind die langen Hebel, über die Unternehmen und Arbeitgeberverbände verfügen, nicht immer die effektiveren längeren. Hier seien nur zwei Beispiele genannt: In der über viele Jahre und in mehreren Arbeitskämpfen weiterentwickelten Kampagne für eine bessere Personalausstattung in den Krankenhäusern konnten die Streikenden bei Charité und Vivantes in Berlin im letzten Jahr einen großen Erfolg erzielen. Entscheidend war eine innovative, alle Krankenhausbereiche einschließende, umfassende Kampagne, bei der Arbeitskampfführung und Verhandlung mit den Streikenden verkoppelt waren. Im Ergebnis gelang es, strukturelle und diskursive Macht effektiv zu verbinden und im Vorfeld der Berliner-Wahlen die Landespolitiker:innen als Arbeitgeberseite unter Druck zu setzen.

Weniger bekannt ist der 2021 gleichfalls erfolgreiche Arbeitskampf der IG Metall im baden-württembergischen Kfz-Handwerk. Im Vertrauen auf die Schwäche der Gewerkschaft hatte hier der Arbeitgeberverband überraschend wichtige Teile des Manteltarifvertrags, darunter neben der Wochenarbeitszeit von 36 Stunden auch die Höhe der Zuschläge für Überstunden, Nacht- und Wochenendarbeit sowie die bestehende tarifliche Absicherung der Effektivverdienste in Frage gestellt. Die IG Metall reagierte umgehend mit einer umfassenden, offensiv ausgerichteten und aktionsorientierten Organisierungs- und Mobilisierungskampagne, die in dieser Intensität im Kfz-Handwerk bisher unbekannt und von der Arbeitgeberseite nicht erwartet war. Im Ergebnis mehrerer Warnstreikwellen gelang es, nach drei Wochen alle Verschlechterungen des Manteltarifvertrags komplett abzuwenden und neben einer Corona-Prämie auch eine Erhöhung der Entgelte zu erreichen.

Fazit

Beginn, Verlauf und Ergebnis von Arbeitskämpfen werden entgegen einem auch unter Linken verbreiteten Missverständnis nie alleine von den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften bestimmt. Unternehmen und Arbeitgeberverbänden stehen grundsätzlich mehr und wirkungsvollere Machtressourcen zur Verfügung. Hinter der Idee »Gewerkschaft« steht deshalb ja auch, dieses dem Lohnarbeitsverhältnis eigene Machtungleichgewicht durch kollektive Organisierung und gemeinsames Handeln zumindest teilweise auszugleichen. Zugleich ist der kollektive Zusammenschluss die wichtigste Voraussetzung dafür, dass Beschäftigte die Gegenseite überhaupt zu Verhandlungen bewegen können.

Alle am Arbeitskampf Beteiligten sind jedoch auch eigensinnige Akteure mit je eigenen Handlungsspielräumen (Birke 2016). Dies schließt auf beiden Seiten des Konflikts immer auch die Möglichkeit strategischer wie taktischer Fehleinschätzungen ein. Unterschiedliche Rahmenbedingungen und Machtkonstellationen beeinflussen deshalb den Verlauf von Arbeitskämpfen, bestimmen aber nicht zwingend ihr Ergebnis. So können aus ähnlichen Konstellationen ganz unterschiedliche Konfliktverläufe entstehen. Nur eine kleine Minderheit von Tarif- und Arbeitskonflikten entwickelt sich bekanntlich überhaupt zum Arbeitskampf. Auch hierin drücken sich im Einzelnen unterschiedliche Machtverhältnisse aus.

** Heiner Dribbusch, gelernter Schreiner und Sozialwissenschaftler, war bis zu seinem Ruhestand im Dezember 2019 am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in Düsseldorf beschäftigt.*

Literaturtipps:

Birke, Peter (2016): Die Entdeckung des »labor unrest«. Berlin. Online: http://www.soziopolis.de/erinnern/klassiker/artikel/die-entdeckung-des-labor-unrest/

Brookes, Marissa (2018): Power Resources in Theory and Practice: Where to Go from Here. In: Global Labour Journal, 9 (2), 254-257. Online: https://mulpress.mcmaster.ca/globallabour/article/download/3571/3169

Gumbrell-McCormick, Rebecca. and Hyman, Richard (2013): Trade Unions in Western Europe: Hard Times, Hard Choices. Oxford/New York: OUP.

Köhler, Christina/Jost, Pablor (2017): Tarifkonflikte in den Medien. Frankfurt: OBS. Online: https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AH89_Tarifkonflikte_2017_03_30.pdf

Matthöfer, Hans (1971): Streik und streikähnliche Kampfformen der Arbeitnehmer im Kapitalismus. In: Schneider, D. (Hrsg): Zur Theorie und Praxis des Streiks. Frankfurt a.M.:Suhrkamp, 155-209.

Schmalz, Stefan/Dörre, Klaus (Hg.) (2013): Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven, Frankfurt a. M./New York: Campus

Stellungnahme der *express*-Redaktion zum Angriff auf die Ukraine

Die Redaktion des express verurteilt in aller Entschiedenheit den Angriff der russischen Armee auf die Ukraine. Dieser Angriff ist durch nichts zu rechtfertigen und muss sofort beendet werden. Unsere Solidarität gilt den Angegriffenen, aber auch allen, die sich in Russland dem Krieg widersetzen.

Wir wollen, dass allen Menschen, die vor dem Krieg fliehen oder sich dem Dienst an der Waffe auf russischer wie auf ukrainischer Seite verweigern, innerhalb der EU ohne jegliche Diskriminierung Schutz gewährt wird. Wir wollen darüber hinaus, dass endlich auch alle diejenigen aufgenommen werden, die vor anderen Kriegen geflohen sind und schon viel zu lange in den Außenlagern der EU wie z. B. in Moria festgesetzt sind.

Wir lehnen es ab, dass der Angriff auf die Ukraine in Deutschland für eine bisher nie dagewesene Aufrüstungsoffensive genutzt und die Außenpolitik der Bundesrepublik weiter militarisiert werden soll.

Wir haben nicht vom Sofa aus darüber zu entscheiden, ob und wie sich die Angegriffenen in der Ukraine verteidigen wollen, wenden uns aber gegen alle Vorschläge, die die Gefahr einer unkalkulierbaren Ausweitung und Eskalation des Krieges beinhalten.

Wir halten es gerade jetzt für wichtig, persönliche, wissenschaftliche und kulturelle Kontakte in die russische Zivilgesellschaft aufrechtzuerhalten.

Diskussionen über die Ursachen, die zu diesem Krieg geführt haben, sowie über Perspektiven einer dauerhaften Friedensordnung sind wichtig, aber gegenüber dem Ziel einer sofortigen Beendigung des Krieges und der Unterstützung seiner Opfer aktuell nachrangig.

Tendenz fallend

Die Mitgliederentwicklung der DGB-Gewerkschaften bleibt problematisch – von Willi Kaufmann

5,73 Millionen Mitglieder – so die Bilanz der DGB-Gewerkschaften Ende 2021 – markieren einen weiteren Tiefstand an Mitgliedern und eine Fortsetzung des seit 1992 andauernden Negativtrends. Bis auf das Jahr 2001, als die DAG über die ver.di-Gründung in den DGB integriert wurde, gab es kein einziges Jahr mit einer insgesamt positiven Mitgliederentwicklung. 2011 und 2012 sah es bei minimalen Rückgängen von 0,1 Prozent zeitweilig so aus, als würde sich der Mitgliederstand konsolidieren, doch dies erwies sich als Trugschluss.

Hinter den Gesamtzahlen aller DGB-Gewerkschaften stecken jedoch durchaus unterschiedliche Entwicklungen der Einzelgewerkschaften – (siehe Tabellen).

Gegenüber 2020 fiel trotz Corona die Bilanz für EVG und GdP positiv aus. Die GdP profitiert von der stark gestiegenen Anzahl der Polizeianwärter:innen und ist interessanterweise die DGB-Gewerkschaft mit dem mit Abstand höchsten Anteil Jüngerer. Mehr als ein Fünftel ihrer Mitglieder sind 27 und jünger. Die positive Mitgliederentwicklung der EVG lässt sich zu einem guten Teil einer besonderen Tarifvereinbarung mit der Deutschen Bahn zuschreiben, in der ein ganzes Paket von betrieblichen Sozialleistungen vereinbart wurde. Die Gewerkschaft konnte trotz Abwerbeversuchen der GDL die Zahl ihrer Neueintritte steigern und knapp 15.000 neue Mitglieder gewinnen. Anhaltend negativ ist die Mitgliederentwicklung bei der IG BAU, der die Strukturveränderungen in der Bauwirtschaft – wie das weitgehende Verschwinden der klassischen Baukonzerne und die Zersplitterung der Branche durch Subunternehmen – enorm zu schaffen machen. Die IG Metall verzeichnete nach 2020 ein weiteres Jahr mit spürbaren Mitgliederrückgängen. Dabei konnte sie im Einzelnen, so beispielsweise im Kfz-Handwerk in Baden-Württemberg, im Zuge einer innovativ geführten, die Mitglieder mobilisierenden Tarifrunde durchaus beachtliche Zuwächse verzeichnen. Negativ wirkte sich bei ihr neben den wirtschaftlichen Schwierigkeiten einzelner Betriebe aber unter anderem die geringere Anzahl von Werkstudent:innen in den großen Automobilbetrieben, von denen in der Regel viele als Mitglied gewonnen werden können, sowie pandemiebedingte Hindernisse bei der Organisierung der neuen Ausbildungsjahrgänge aus.

Bei der ausgesprochen heterogen zusammengesetzten ver.di ist der negative Gesamtsaldo in der Mitgliederentwicklung wie immer die Summe teilweise gegenläufiger Entwicklungen. Der positive Trend im Krankenhausbereich setzte sich, wenn auch gebremst, fort. Nicht überall gelangen so deutliche Zugewinne wie im Verlauf der von einem erfolgreichen Arbeitskampf gekrönten Kampagne für bessere Arbeitsbedingungen bei den Berliner Krankenhäusern von Charité und Vivantes. Weiteren positiven Entwicklungen unter anderem in den Bereichen von Forschung und Hochschulen sowie der Luftfahrt standen Rückgänge im Bereich der Kommunalverwaltungen sowie im Einzelhandel gegenüber. Hier sieht sich die Gewerkschaft mit dem Niedergang der einstmals gut organisierten Kaufhäuser sowie mit Standortschließungen als Folge des Verkaufs der SB-Warenhauskette Real konfrontiert.

Schwierigkeiten bereitet auch die weitere, auch als Privatisierung bezeichnete Ausgliederung von Lebensmittelfilialen großer Ketten an zumeist nicht tarifgebundene Einzelhandelskaufleute. Diese Praxis, die Edeka zum Geschäftsmodell entwickelt hat, verstärkt die Erosion der Tarifbindung und wird inzwischen auch von Rewe kopiert. Tausende von kleinen Einzelhandelsunternehmen über Auseinandersetzungen um Haustarifverträge wieder in die Tarifbindung zurückzuführen, übersteigt die vorhandenen gewerkschaftlichen Ressourcen.

In der Langzeitbetrachtung zeigt sich mit Blick auf die letzten zwanzig Jahre, dass bis auf GdP und GEW alle anderen DGB-Gewerkschaften zum Teil dramatische Mitgliederrückgänge hinnehmen mussten. Besonders bitter sieht es bei der IG BAU aus. Die IG BCE musste die weitgehende Abwicklung des zu nahezu hundert Prozent organisierten Bergbaus hinnehmen. ver.di kann etwas Hoffnung aus der Tatsache schöpfen, dass sich die negative Entwicklung in den letzten zehn Jahren etwas verlangsamt hat. Dies gilt auch für die IG Metall, die nach 2009 mehrere Jahre leicht über dem Strich lag, aber 2020 und 2021 alle mühsam errungenen Zuwächse wieder abgab, obwohl die Gewerkschaft sich nach wie vor in einem Transformationsprozess befindet, bei dem erhebliche Mittel in den Ausbau von Organisierungsaktivitäten investiert werden. Ohne diese Anstrengungen, soviel ist sicher, sähe es noch viel finsterer aus.

Der Anteil der Frauen lag Ende 2021 unverändert bei 34,1 Prozent. Am höchsten blieb der Frauenanteil mit 71,9 Prozent bei der GEW, gefolgt von ver.di (52,5 Prozent) und der NGG (40,7 Prozent). Die geringsten Frauenanteile haben die IG Metall mit 18,2 Prozent, die EVG (21,8 Prozent) und die IG BCE (22,2 Prozent). GdP (27,3 Prozent) und IG BAU (28 Prozent) liegen im Mittelfeld.

Da schätzungsweise mehr als ein Viertel aller Mitglieder im Ruhestand oder erwerbslos ist, beträgt der Anteil der DGB-Mitglieder unter den abhängig Beschäftigten schätzungsweise rund zehn Prozent. Zusammen mit den Mitgliedern der Gewerkschaften des Beamtenbunds (dbb beamtenbund und tarifunion), die sich 2021 ganz leicht im Plus halten konnten, sowie den Mitgliedern anderer Gewerkschaften wie beispielsweise des Marburger Bunds (insgesamt drei Prozent Zuwachs in 2021) liegt der bundesweite Netto-Organisationsgrad aller Gewerkschaften, d.h. der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder unter den Beschäftigten, schätzungsweise unverändert bei 15 Prozent.

Die nach der vergleichsweise erfolgreichen Bewältigung der Finanzkrise 2008/2009 und dem sich anschließenden konjunkturellen Aufschwung erhoffte Renaissance der Gewerkschaften ist ausgeblieben. Zwar zeigen Umfragen, dass die Gewerkschaften in der Bevölkerung nach wie vor hohes Ansehen genießen, doch übersetzt sich dies nicht in Beitritte. Tarifverträge werden geschätzt, aber sie werden vielfach als öffentliches Gut betrachtet und nicht als Ergebnis von Auseinandersetzungen. In vielen Betrieben und Einrichtungen sind die Gewerkschaften deshalb nicht präsent. Dies ist keine gute Nachricht für die Beschäftigten. Wie es 2022 weitergeht, ist schwer zu prognostizieren.

Tabelle 1: Mitgliederentwicklung DGB-Gewerkschaften 2016 bis 2020

	2021	2020	2019	2012	2002
EVG	186.301	184.090	185.793	213.566	297.371
NGG	189.098	194.145	197.791	206.203	245.350
GdP	201.712	197.736	194.926	173.223	184.907
IG BAU	221.519	231.663	240.146	297.763	489.802
GEW	276.264	280.452	280.350	266.542	264.684
IG BCE	591.374	606.348	618.321	668.982	833.693
ver.di	1.893.920	1.941.071	1.955.080	2.061.198	2.740.123
IG Metall	2.169.183	2.214.662	2.262.571	2.263.707	2.643.973
DGB	5.729.371	5.850.167	5.934.978	6.151.184	7.699.903

Quelle: DGB; https://www.dgb.de/uber-uns/dgb-heute/mitgliederzahlen

Tabelle 2: Veränderungen zum Vorjahr und letzte 10 bzw. 20 Jahre 2012 bis 2021 und 2002 bis 2021 in Prozent

	2021/20	2021/12	2021/02
EVG	1,2	-12,8	-37,4
NGG	-2,6	-8,3	-22,9
GdP	2,0	16,4	9,1
IG BAU	-4,4	-25,6	-54,8
GEW	-1,5	3,6	4,4
IG BCE	-2,5	-11,6	-29,1
ver.di	-2,4	-8,1	-30,9
IG Metall	-2,1	-4,2	-18,0
DGB	-2,1	-6,9	-25,6

Quelle: DGB, eigene Berechnung

Geneigte Leserinnen und Leser,

selbst die dienstälteste Redakteurin kann sich nicht erinnern, je eine *express*-Ausgabe unter derart widrigen Rahmenbedingungen fertig gestellt zu haben. Und das hat kaum etwas mit der verfahrenen Lage der Welt zu tun:

Zum ersten müssen wir leider mit dieser Ausgabe unsere geschätzte Kollegin Karin Zennig verabschieden, die zukünftig für medico international tätig ist. Den Staffelstab hat sie an Jakob Stengel übergeben. Die Einarbeitung unseres neuen Kollegen gestaltete sich aber etwas schwierig, weil die Technik nicht mitspielte: Diese Ausgabe des *express* ist weitgehend ohne das digitale Hilfsmittel Internet entstanden. Dafür aber teilweise in pandemiebedingter Quarantäne.

Inhaltlich treibt uns natürlich, wie den Rest der Welt, der Angriffskrieg der Regierung Putin um. Wir haben uns mit einer Stellungnahme (siehe S. 2 unten) zwischenzeitlich per Newsletter zu Wort gemeldet. Das ist ungewöhnlich und war der Tatsache geschuldet, dass wir uns durch die Produktionspause im März nicht in der Zeitung eingehender mit dem Thema beschäftigen konnten. Das holen wir in dieser Ausgabe nach mit Beiträgen von Bernd Gehrke und Slave Cubela, die das »System Putin« in den Mittelpunkt stellen (S. 12 und 14).

Als Redaktion unterstützen wir den Appell »Demokratie und Sozialstaat bewahren – Keine Hochrüstung ins Grundgesetz« (https://derappell.de/). Wir teilen die eindeutige Positionierung gegen Putins Angriffskrieg und den Verzicht auf relativierendes Geschwurbel. Gemeinsame Positionen für oder gegen Waffenlieferungen an die angegriffene Ukraine hat der Appell nicht abverlangt. Auch für politische Kräfte, die zwar gegen Hoch- und Aufrüstung sind, aber eine militärische Landesverteidigung richtig finden, ist die Unterstützung des Aufrufs möglich, ebenso wie für pazifistisch orientierte Menschen. Hauptziel des Appells ist die klare Positionierung gegen ein Rüstungsprivileg in der Verfassung und eine Hochrüstung, die nur schwer als »Ausrüstung« für die Verteidigung kaschiert werden kann. Ein Rüstungsprivileg im Grundgesetz steht in jedem Falle gegen demokratische Prozesse in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik.

Unser zweiter thematischer Schwerpunkt in der vorliegenden Ausgabe ist historischer Natur: Martin Hornung hat für uns noch einmal die historischen und aktuellen Aspekte des »Radikalenerlasses« zusammengefasst (S. 6) – lesenswert insbesondere anlässlich neuer »Extremismus«-Klauseln der Ampel-Regierung. Ergänzt haben wir diesen Beitrag in unserer Reihe »re-visited« diesmal mit einem Beitrag von Peter Grohmann aus dem Buch »plakat – 10 Jahre Betriebsarbeit« von 1979 zum Thema Gewerkschaftsausschlüsse, der auf die Notwendigkeit einer betriebsübergreifenden Öffentlichkeit hinweist (S. 9). Dazu hatte auch die vor Kurzem 80 gewordene Sonja Tesch, eine unserer Vorgänger:innen in der Redaktion, 2019 auf unserer Tagung »50 Jahre Sozialistisches Büro« etwas zu sagen – als Gratulation dokumentieren wir einen Auszug aus diesem Gespräch (S. 8).

Zu guter Letzt: Nicht nur der *express* feiert diese Jahre sein 60-jähriges Bestehen, auch die »Monatszeitschrift für eine gewaltlose, herrschaftsfreie Gesellschaft«, die *Graswurzelrevolution*, feiert im Mai diesen Jahres ihr 50-jähriges Bestehen. Wir gratulieren schon mal, denn in Zeiten wie diesen ist das bestimmt nicht die schlechteste Lektüre...

Krieg, Krise und Corona lassen uns in diesen Tagen durchaus in einem redaktionellen Dissenz zurück. Dass wir diesen aushalten, liegt daran, dass wir ihn eben nicht, weder traditionell noch heute, in Glaubenssätzen ausdrücken, sondern zweifelnd und fragend voranschreitend. In diesem Sinne verbleiben wir mal wieder »zwischen den Stühlen« und wünschen eine ebenso fragende und zweifelnde, aber vielleicht gerade deswegen ein wenig erbauliche Lektüre!

Von nix kommt nix, nä?

Möglichkeiten und Grenzen kritischer Betriebsratsarbeit – ein Gespräch mit Wolfgang Schaumberg, Teil 2

An dieser Stelle setzen wir das Interview mit Wolfgang Schaumberg aus der letzten Ausgabe fort.

Im ersten Teil hatte Wolfgang von seinen Erfahrungen bei Opel in Bochum, den Schwierigkeiten und Möglichkeiten der Betriebsratsarbeit, insbesondere hinsichtlich der Kämpfe und Debatten um Arbeitszeitverkürzung, berichtet. Der zweite Teil des Gespräches knüpft an die Frage des Umgangs mit Rationalisierungsprozessen im Zuge von Produktionsumstellungen und den dadurch entstehenden Konkurrenzsituationen zwischen Belegschaften an und widmet sich dann der Frage nach den Bedingungen und Perspektiven langfristiger politischer Arbeit durch die (radikale) Linke in den Betrieben.

Redaktion: *Mir geht das Beispiel Untertürkheim durch den Kopf. Im Jahr 2017 wurde darum gekämpft, dass die Batterieproduktion nach Untertürkheim kommt und eben nicht in das Tochter-Werk in Kamenz bei Dresden. (S. Interview mit Michael Clauss in* express *8/2017) Die Gewerkschaftsposition und auch die Position der Linken im Werk war, den im Zuge der Umstellung auf E-Mobilität befürchteten Personaleinsparungen dadurch zu begegnen, dass neue, dafür benötigte Fertigungsumfänge, z.B. die Batterieproduktion, ins Werk geholt werden sollten. Damit verbunden war auch eine ganz reale Konkurrenzsituation zwischen den Belegschaften in Stuttgart und in Kamenz. Die Argumentation war damals, dass die Standards der Arbeitsbedingungen in Untertürkheim höher sind als im ostdeutschen Tochter-Werk – es ging also auch um die Sicherung bestimmter Tarif- und Sozialstandards.*

Du würdest aber trotzdem sagen, dass das zu kurz argumentiert war?

Schaumberg: Ich würde sagen: Was habt ihr gemacht, um euch zu verständigen mit den Betriebsräten in dem anderen Werk. Ihr kämpft jetzt darum, dass die Batterieproduktion nicht dahin geht, sondern hierhin. Wie habt ihr das abgeklärt mit den Leuten in dem anderen Werk?

Das ist jetzt nicht nur meine Erfahrung. So hat auch der Opel- Gesamt-BR-Vorsitzende Dr. Wolfgang Schäfer-Klug in einem Interview 2013 bestätigt: »[E]ine Erfahrung ist auch, dass alle sogenannten Standortwettbewerbe faktisch vorher entschieden waren. Das Management hat eine Strategie und setzt dann die Gewerkschaften an den Standorten unter Druck. Aber ich habe es noch nie erlebt, dass durch einen solchen ›Wettbewerb‹ die vom Management vorher festgelegten Entscheidungen verändert worden wären.« (https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/die-groste-wirkung-hatte-immer-nicht-lokal-zu-verhandeln/)

Die wissen also schon längst, warum sie was wo wie bauen lassen. Erst in der zweiten Schiene werden die Betriebsräte gefragt: Wenn wir das Werk hier bauen, welche Konzessionen könntet ihr hier machen? Die Zentrale im Multi-Konzern entscheidet wesentliche Investitionen nicht in erster Linie nach Lohnkosten. Die Lohnkosten machen in der Autoindustrie durchschnittlich etwa 15 Prozent aus. Damals wussten wir aus dem Wirtschaftsausschuss bei Opel, dass sie bei 9 Prozent lagen. Wo die Firma was baut, das hängt von vielen anderen Sachen und Faktoren ab. Die Lohnkosten versuchen sie dabei natürlich immer zusätzlich zu drücken.

Unterbieten ist für uns kein Weg. Wir müssen einen Weg finden, wie wir aus der Ausspielerei des Managements herauskommen. Man muss der Belegschaft auch klar machen, dass die Manager nicht einfach Erpresser sind. »Was wir machen, das machen wir, weil der Markt uns dazu zwingt, das müssen Sie begreifen«, so Opel-Personalvorstand Strinz auf einer Betriebsversammlung. Das ist also ihre »freie Marktwirtschaft«, wo sie selbst ja dann doch unter Zwängen arbeiten und gar nicht so frei sind. Aber um so zu argumentieren, mussten wir uns immer wieder auch selbst schlau machen und Schulungen unterziehen, jahrelang, um überhaupt Argumente zu haben für solche Situationen.

Was könnte deiner Meinung nach eine sinnvolle betriebslinke Position angesichts der drohenden Betriebsschließungen und Entlassungen im Zuge der langsamen Verabschiedung der Verbrennertechnologie sein? Du hast im Automobilarbeitskreis der RLS selbst auch Debatten um Produktionskonversion mit geführt – und hast dabei u.a. kritisiert, dass dies oft mit der Idee verbunden wird: Wir müssen den Leuten jetzt auch Vorschläge für neue Produkte anbieten, die sie zukünftig fertigen können – oder deren Einführung sie sogar erkämpfen sollen. Die größte Sorge scheint dann in der Frage zu bestehen, ob man genügend Leute dafür gewinnt, die das dann auch machen.

Die größte Sorge ist, dass sie es tatsächlich erkämpfen. Aber was genau? Dass die Belegschaft sagt: So, wir stellen jetzt hier ein anderes Produkt her, das können wir auch, und das wollen wir jetzt hier produzieren. Doch dann wird das eigentliche Problem deutlich: Wem gehört die Fabrik? Das ist dann letztlich eine Auseinandersetzung über das Eigentum.

Das ist die alte Diskussion, ob man die Frage, was produziert wird, von der Frage, wie produziert wird, trennen kann. Wenn man es ernst meint mit der Einbeziehung der Beschäftigten, dann geht das über die Produktion eines anderen Produktes hinaus und in die Frage, wie und unter welchen Bedingungen produziert wird, über.

Der entscheidende Punkt ist doch, dass man dem Unternehmer nahelegt, du kommst auch gut weg oder sogar besser, wenn du das oder das produzieren lässt. Aber man muss dann dem Unternehmer auch zeigen, dass er mit dem neuen Produkt, mit einer neuen Ware, seinen Schnitt auf dem Weltmarkt machen kann. Oder man muss ihm die Fabrik wegnehmen, was unvermeidbar wieder viele andere Probleme aufwirft.

So eine Produktdebatte finde ich total gut, aber als Lösung für die anstehenden Probleme der Spaltung und Konkurrenz zwischen den Belegschaften geht das an der Tragweite des Problems vorbei, insbesondere wenn man die Illusion verbreitet, auf der Ebene einer einzelnen Konzernbelegschaft könnte man die Arbeitsplätze mit einem anderen Produkt sichern.

Vielleicht ist es auch einfach sinnvoller zu diskutieren, weniger Autos auf den Markt zu werfen und sich statt auf Individualverkehr in Blechkisten auf öffentliche Mobilität zu konzentrieren. Wir haben vor Ort Argumente gesucht und gefunden gegen die Position: »Ihr kritisiert das Auto, aber hört mal, wir leben vom Auto!« Wir haben unsere Argumente damals aufgeschrieben und verbreitet. Viele Kolleg:innen haben sich doch sinnvollerweise in Fahrgemeinschaften organisiert, im unbegriffenen Widerspruch zu ihrer Behauptung, wir lebten vom Auto. Den Satz, nein, wir leben nicht vom Auto, sondern vom Verkauf unserer Arbeitskraft, den kann man jetzt nicht jeder beliebigen Person um die Ohren hauen. Da gehört eine andere Form der Aufklärung dazu, was Lohnabhängigkeit ist, was dieses System kennzeichnet, dass ein absolut überwiegender Teil der Gesellschaft irgendwo anklopfen muss bei denen, denen die Büros, Verwaltungen und Produktionsmittel gehören – »hör mal hast du Arbeit für mich, ich muss leben können mit meiner Familie?«. Das macht Lohnabhängigkeit aus.

Mein Eindruck ist, dass sich die radikale Linke zu wenig traut, das anzusprechen, das als Bildungsaufgabe anzusehen und nach Wegen zu suchen, wie man eine solche Kritik unter die Leute bringen könnte.

Wenn die radikale Linke denn so stark wäre und wenn sie einen Bezug hätte zu den Auseinandersetzungen dieser Belegschaften, die jetzt u.a. von der Umstellung der Mobilitätssysteme, weg vom Individualverkehr betroffen sind. Hier drängt sich eher der Eindruck auf, dass sich die Aufmerksamkeit generell verschoben hat: auf die kleinen Unternehmen, in denen solche Auseinandersetzungen überhaupt erst noch geführt werden müssen, auf die Vielzahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse, die oft genug auch mit einem viel niedrigeren Lohnniveau einhergehen. Bedingungen, die man nicht vergleichen kann mit 30.000–40.000 Beschäftigten in einem Autowerk, die sich geballt und täglich an einem Ort treffen.

Ja, das waren bei uns wirklich andere Bedingungen. Dass wir überhaupt über 40 Jahre an einem Ort wirken konnten und dass wir zu rund 90 Prozent gewerkschaftlich organisiert waren mit über 500 Vertrauensleuten, wer hat das heute noch so? Das ist schon ein krasser Unterschied. Auch Leute, die heute in einer Fabrik wie amazon arbeiten, haben da eine andere Ausgangsbasis, als wir sie damals hatten. Falsch finde ich dennoch, dass die radikale Linke die großen Belegschaften in den Schlüsselindustrien weggeblendet hat. Wesentlich ist für mich dabei immer noch, dass man nach Wegen sucht, wie man nicht von einem Kämpfchen zum nächsten geht. Sondern lieber bestimmte Projekte vor Fabriken, in Fabriken, Wohnorten und so weiter in dem Bewusstsein angeht, wir müssen uns auf zehn und mehr Jahre Arbeit einstellen. Das ist schwieriger, wenn man, wie die jungen Leute, mit denen wir unseren Film oft diskutieren, gar nicht weiß, wo man nächstes Jahr sein wird. Das ist eine andere Lage, das sehe ich auch. Und trotzdem: Der Aufbau von linken Betriebsgruppen in den großen Betrieben bleibt nötig.

Man muss vielleicht aufpassen mit dem Begriff »Schlüsselindustrien«. Im *express* ist zurecht darauf verwiesen worden, dass es lebenswichtige, systemrelevante Bereiche gibt – und dass das nicht nur die Autoindustrie ist. Aber von der Seite der Macht her bei uns in Deutschland, da sind die von der IGM hochgehaltenen Schlüsselindustrien Auto, Maschinenbau, Elektro- oder auch die Chemieindustrie wichtig. Die haben ihre Lobby im Bundestag, deren Probleme werden als erstes gelöst, da gibt es staatliche Unterstützung – und nicht in den anderen Bereichen.

Auch ich hätte noch Fragen zu der Vorstellung, dass man eine radikale Linke ›außerhalb‹ des Betriebs braucht, um im Betrieb produktiv politisch arbeiten zu können. Du hast von Bildungsarbeit gesprochen, von der Auseinandersetzung mit den Logiken von System- bzw. ökonomischen Zwängen etc.

Mein Eindruck ist, dass ein Großteil der linken, auch autonomen Öffentlichkeit genau das macht, was du beschrieben hast: von Kampf zu Kampf hüpfen, Belegschaften immer dann unterstützen oder ihnen Aufmerksamkeit schenken, wenn es eine Auseinandersetzung gibt, wenn sich was regt. Aber ihr habt damals etwas anderes gemacht. Ihr habt damals beschlossen, dass ihr im Betrieb arbeitet, und zwar dauerhaft. Eine Frage wäre: Zieht das notwendig auch eine andere Form der Bildungsarbeit, der Konfliktbearbeitung, der politischen Umgangsweise nach sich: als Support von außen, als Schulung von außen? Die andere Frage ist, ob dieses Modell oder Arbeitsfeld an ein Ende gekommen ist. Anders gefragt: Ist es nicht, egal an welchem Ort, in welchem Arbeitsverhältnis, in welchem Betrieb oder Unternehmen notwendig, das als politischen Ort zu begreifen und eine entsprechend langfristige Arbeit am Bewusstsein bzw. Bildungsarbeit zu machen?

Ich hab vor einiger Zeit ja mal einen Artikel veröffentlich: »Die Linke ohne die Leute« (*express* 9-10/2017 http://www.labournet.de/politik/gw/orga/die-linke-ohne-die-leute-ein-debattenbeitrag-von-wolfgang-schaumberg/).

Der hat sich mit der Frage beschäftigt, wie man sich vorstellen kann, an eine Belegschaft der Automobilindustrie heranzutreten von außen, wenn drin keine Kommunist:innen sind oder auch nur Leute, die ansprechbar sind für Anregung und Hilfe von außen. Ich glaube in der Tat, dass die radikale Linke vor die Tore der Betriebe muss, aber in einer anderen Art und Weise, als ich das zur Zeit erlebe. Nicht erst, wenn es da mal knallt, sondern dass man sich auf eine längerfristig angelegte Untersuchungsarbeit einlassen muss. Die Themen für die Untersuchungsarbeit mit und in einer solchen Belegschaft habe ich in dem Artikel angesprochen: Arbeitsbedingungen und Kampfbedingungen.

Man kann vielleicht rauskriegen, welche Sorgen in der Belegschaft hauptsächlich diskutiert werden, und vielleicht auch rausfinden, was der Betriebsrat oder die Gewerkschaft in diesem Betrieb für Informationen verbreitet. Das wäre für mich ein erster Schritt zu sagen, wir wissen nicht, wie es bei euch ist, aber das, was der BR oder was eure Gewerkschaft hier sagt, das halten wir aus folgenden Gründen für verführerisch und falsch. Ich denke, so kann es funktionieren, von außen das Betriebsgeschehen zu kommentieren, ohne dass man konkret vorgibt oder belehrt, was zu machen wäre, und ohne so aufzutreten, als hätte man eine schnelle Lösung für das Problem, also ohne Handlungsanweisungen zu geben.

Als wir anfingen, war das eine fürchterliche Lernerfahrung, dass das alles so langwierig und langfristig ist und dass es viel länger dauert mit der Revolution, als wir uns das überlegt haben. Wir haben geschluckt und uns das auch damit erklärt, dass der Kapitalismus hier nach zwei Weltkriegen einen krassen Aufwind genommen hat, aber dass wir es trotzdem weiter für sinnvoll halten, dagegen zu mobilisieren. Und uns tagtäglich dagegen zu wehren, dass die Luft schlecht ist an den Maschinen usw. usw., und dass wir uns genau dabei mit den Ursachen unserer Ängste auseinandersetzen müssen.

Ich kenne das von linken Leuten, die aus ihrem Szeneeinerlei heraus und irgendwie mit anderen Milieus in Kontakt treten wollen, dass die häufig eine ganz andere Herangehensweise entwickeln: Man redet mit Leuten und egal, worüber die sich aufregen, sie haben erst mal recht und ihre Aufregung wird bestärkt. Mit dem Motto und der Haltung »man muss die Leute abholen, wo sie stehen«, werden Hoffnungen verknüpft, politisch etwas zu erreichen. Aber man würde nie auf die Idee kommen, die Leute, mit denen man da redet, die man »erschließen will« damit zu konfrontieren, dass

man das anders sieht. Es wird eigentlich nur aufgegriffen und affirmiert, was da ist.

Wegen des Problems, mit den Leuten ins Gespräch zu kommen, finde ich es erstmal wichtig, dass Linke sich zunächst mal selbst überlegen müssen, aufgrund welcher verschiedenen Zufälligkeiten man denn ein Linker oder eine Linke geworden ist. Dass man sich auch fragt: Warum sind meine Kolleg:innen anders drauf als ich? Was ist mit mir passiert, was ist mit denen passiert, dass sich die jeweiligen Meinungs- und Weltbilder gebildet haben? Und dass man andere Berufsvorstellungen entwickelt hat als die meisten Leute. Warum werden die einen

Nudelarbeiter in Bielefeld und die anderen Automobilarbeiter in Bochum? Dahinter steht eben auch der Lohnarbeitszwang. Sich verdingen zu müssen. Diese Art Selbstreflektion halte ich für absolut notwendig.

Aber um auf deine Argumentation zurück zu kommen: Warum glaubst du, dass nur wenn man den Leuten eine Kritik mitteilt, eine andere Perspektive eröffnet, dass das schon zu einer Verhaltensänderung führen würde? Ist das nicht eine Vorstellung von Aufklärung, die suggeriert, die Leute hätten nur einen Mangel an Informationen? Also gebe ich sie ihnen, das wird zu Bewusstsein führen? Ich frag mich eher, worin die Gründe für die Entscheidung, sich zu unterwerfen oder aufmüpfig zu werden liegen. Das ist meines Erachtens keine Frage des Mangels an Informationen, sondern manchmal Bequemlichkeit, manchmal Sicherheitsbedürfnis, manchmal eine Fehleinschätzung, wie man am besten zum Ziel kommt. Es ist den Leuten in vielen Situationen doch auch klar, dass sie sich da grade unterwerfen, aber sie machen es trotzdem.

Ich würde zurückfragen: Was denkst du, welche Alternativen haben die, sich nicht zu unterwerfen?

Ich meine nicht, wenn die radikale Linke nur jeden Tag vor dem Tor steht, und das lange genug, dann wird es schon krachen. Aufklärung soll ja zur eigenen Aktivität führen, das passiert nicht automatisch. Im Betriebsalltag ist es eher möglich und unabdingbar zu diskutieren, was man tun kann, ob es vielleicht lehrreiche Beispiele gibt. Und dann selber die ersten praktischen Schritte auch zu machen, was wir als Gruppe auch vormachen konnten.

Ich frage das, weil ich selbst jahrelang im Betrieb war und sogar eine prädestinierte Sprechposition hatte, um anderen Informationen zu geben, um Irritationen auszulösen oder anzuregen. Aber meine Erfahrung war, dass viele das tatsächlich nicht hören wollten und dass es ein Anreden gegen das war, was ihnen entweder die Geschäftsführung oder manchmal sogar der Betriebsrat alltäglich erzählt.

Deswegen stelle ich für mich persönlich die Rolle und Bedeutung von reiner Information schon eher in Frage. Mich würde vor allem interessieren, was ihr methodisch gemacht habt oder wie ihr das hinbekommen habt, Leute dazu zu gewinnen oder dazu anzuregen, mal was anderes zu machen.

Wir hatten keine anderen Erfahrungen. Wir hatten den Vorteil, dass wir jahrelang mit denselben Leuten im Betrieb waren, Vertrauen aufbauen und auch kontinuierliche Diskussionen führen konnten. Und dass wir an tausend kleinen Konflikten jeden Tag Soli-Aktionen angeleiert haben. Entscheidend war für mich die konkrete Adressierung der Leute, d.h. ihre eigene Verantwortung und ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten in konkreten Auseinandersetzungen anzusprechen. Das kostet sehr viel Geduld und Zeit und es machen auch nicht immer alle mit, aber einen anderen Weg als kleine Soli-Aktionen der Gegenwehr einzuüben, haben wir auch nicht gesehen.

Und ich muss sagen, für uns war es vergleichsweise einfacher, mit der Sicherheit einer Gruppe und den Betriebsratsrechten im Rücken, nicht so leicht kündbar zu sein. Wir hatten auch die Sicherheit einer juristischen Beratung, jede Woche an unserem Tisch. Mit all dem konnten wir uns eine große Fresse anders erlauben als die meisten anderen im Werk. Die Meister hatten Respekt vor uns, weil sie wussten, dann hab ich direkt die ganze Gruppe am Hals, und ein Flugblatt usw.

Natürlich ist dieses Anrennen und Anreden gegen den Normalzustand, der einem fünf oder sechs Tage in der Woche um die Ohren gehauen wird, sehr ermüdend. Ich verstehe auch die Frage, welche Relevanz man dadurch überhaupt entfalten kann. Die Erfahrung zeigt aber auch die Bedeutung von Beharrlichkeit für Auseinandersetzungen.

Ich nehme hier mal die Erfahrung der Arbeit an einer Fachhochschule. Seitdem ich da arbeite, zieht sich ein Kampf um die unsägliche Bezahlung der Lehrbeauftragten, bei denen nur die Seminarzeiten vergütet werden, nicht die Vor- und Nachbereitung, die keinerlei soziale Absicherung haben. Dabei wird das Lehrangebot in manchen Bereichen bis zu 50 Prozent mit eben diesen Lehrkräften bestritten. Das hat natürlich etwas mit der Unterfinanzierung der Hochschulen zu tun hat, mit der Förderung von »Exzellenz« und Forschung statt Lehre. Mit den befristeten Hochschulpakten wurde einfach nach unten durchgestellt, dass eben nicht mehr als befristete und prekäre Verträge möglich sind, weil auch die Geldzuweisungen befristet sind. Es hat Jahre gedauert, um herauszufinden, dass es doch möglich ist, Gelder und Ausgaben anders zu organisieren und zu strukturieren und Leuten dauerhafte Verträge zu ermöglichen, ohne dass es – wie oft in den Auseinandersetzungen behauptet wurde – damit automatisch anderen Personengruppen an der Hochschule weggenommen wird. Das Wissen darüber ist wesentlich durch regelmäßige Treffen und Gespräche mit den ›betriebsinternen‹ Akteuren, sprich Kolleg:innen im gleichen Fachbereich, mit Lehrbeauftragten aus den anderen Fachbereichen, mit Informationen und Unterstützung des Personalrats und letztlich auch den Gewerkschaften usw. zusammengetragen worden. Das zeigt meines Erachtens nicht nur die Notwendigkeit, sich über Missstände auszutauschen, und die Notwendigkeit von Empörung als Auslöser, sondern auch die Wichtigkeit, Wissen über die Ökonomie, die gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen, die Verwaltungsorganisation des Arbeitsfelds zu erarbeiten, in dem man sich bewegt.

In diesem Beispiel war gerade die Kombination von externem und internem Wissen und eben die Beharrlichkeit, dran zu bleiben, entscheidend, um in der Auseinandersetzung jetzt, gut acht Jahre später, endlich einen Schritt weiter zu kommen: Derzeit wird über eine einheitliche Bezahlung der Lehrbeauftragten an der ganzen Hochschule diskutiert.

Ja. Man ist ja auch Verhaltensvorbild in so einer Situation: zu zeigen, dass man sich Sachen nicht gefallen lassen muss und auch nicht einfach mit dem Argument »da kann man nichts machen« abspeisen zu lassen.

Ja, aber zur tatsächlichen Veränderung braucht es mehr als nur Irritation und Gegeninformation. Was führt dazu, die Dinge anders zu machen, anders zu entscheiden, andere Perspektiven zu entwickeln? Was wir als ›Externe‹ oder ›Interne‹ machen, erst mal egal, mit welcher Methode, ist zunächst auch nur ein Angebot, eine Einladung an Leute. Dieses Wissen, von dem du redest, ist dabei ambivalent. Einerseits stimme ich dir zu, es ist zentrale Voraussetzung, um auch einen strategischen Hebel entwickeln zu können, und oft der Unterschied zwischen gut gemeint und über die politischen Ziele die organisatorischen und machtpolitischen Fragen vergessen zu haben. Andererseits kann ein Überfluss an Wissen auch dazu führen, dass man sich als Expert:innen nur noch im Rahmen »der Regeln« bewegt, nur noch die denken und sich Sachen innerhalb dieser vorstellen kann.

Mir fällt dabei unsere betriebliche Auseinandersetzung um Bildungsurlaub ein. Natürlich haben Leute ein Recht darauf, aber um den Bildungsurlaub zu nehmen, um den Mut aufzubringen, brauchten sie uns als Betriebsrat im Rücken, brauchten sie Solidarität im Rücken.

Dafür ist es wichtig, nicht nur mit den einzelnen Kolleginnen oder Kollegen über ihre Beschwerden und mögliche Lösungsschritte zu diskutieren, sondern ihr Einzelproblem als Massenproblem sichtbar zu machen. Und dann, mit Geduld und bei Gelegenheit, als Klassenproblem. Um darüber die Notwendigkeit, gemeinsam handeln zu müssen, zu begründen.

Oft war der Kleinkrieg über bestimmte Arbeitsbelastungen oder Verhaltensvorschriften im Betrieb der Ausgangspunkt für uns, um in eine größere Debatte einsteigen zu können. Zum Beispiel, um zu verstehen, dass der Unternehmer aus guten Gründen bestimmte Einsparungen vornimmt und dann sagt, hier müssen wir rationalisieren. Um das anzugreifen, kommt man um die Kleinkriege nicht drum herum. Aber man darf beim Beklagen der Wettbewerbszwänge nicht stehen bleiben. Dass Lohnabhängigkeit kein Naturereignis ist, müssen wir diskutieren, ohne den Rahmen groß tönend herzustellen nach dem Motto »die Revolution muss her«. Das haben wir gelernt, dass das so eben auch nicht gelingt. Kampf um Reformen bleibt unabdingbar, aber nicht mit reformistischen Illusionen. Ein in gemeinsamer Aktion erkämpfter Kompromiss, als Erfahrung von eigener Produktionsmacht und Würde, ist was anderes als ein von Stellvertretern servierter Kompromiss. Und Voraussetzung für die Entwicklung von Klassenkampf.

Das Gespräch führten Kirsten Huckenbeck, Stefan Schoppengerd und Karin Zennig.

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung
Vierteljahreszeitschrift 33. JG
Nr. 129, März 2022, 256 Seiten

Globale Warenketten

Christen – ***Lieferkrisen und Strukturbrüche*** / Bernhold – ***Globale Warenketten*** / Scherrer – ***Produktionsnetzwerke*** / Suwandi u.a. – ***Wertschöpfungsketten: Ein empirisches Modell*** / Selwyn – ***Wertschöpfungsketten, Arbeitsproduktivität, Löhne*** / Siegert / Waclawczyk – ***Globalisierung, Lieferketten, Menschenrechte*** / López / Fütterer – ***Warenketten – aktuelle Konflikte und transnationale Solidarität***

Kapitalistische Transformation:
Z-Redaktion – ***Ampelkoalition: Eine neue Rolle für den Staat?*** Leisewitz – ***Klimaversprechen des Koalitionsvertrags***

Marx-Engels-Forschung:
Galander / Rüdiger – ***Struktur und Methode der Kritik der politischen Ökonomie*** / Heinrich – ***Wertgegenständlichkeit, abstrakt menschliche Arbeit und Austausch***

Und: Paulitz – ***Frauen und Corona-Krise*** / Schadt / Weis – ***Automobilindustrie*** / Leibiger – ***Eigentumsfrage*** / Baraki – ***Afghanistan*** **Sowie:** Kommentare; Zeitschriftenschau; Berichte; Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl.Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 28,00 u. Ausland 36,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 700 346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
e-mail:redaktion@zme-net.de

Antipasti

Film »Der laute Frühling« fast fertig

Spendenaufruf von labournet.tv

Seit fast drei Jahren arbeitet das Frauenkollektiv labournet.tv an einem Film über Auswege aus der Klimakatastrophe. Der Film beschreibt, wie die Klimabewegung und die Arbeiter:innenbewegung zusammen die fossile Industrie entmachten und den Kapitalismus loswerden könnten.

Die Produktion war von Anfang an unterfinanziert. Mit viel unbezahlter Arbeit haben die Filmemacherinnen die Produktion dennoch ermöglicht – und sind fast am Ziel. Der Film wird Anfang Mai fertig sein.

Leider fehlt noch Geld für die letzten Rechnungen. Das sind Lizenzgebühren für Filmmaterial sowie Honorare für Filmmusik und die Tonmischung. labournet.tv bittet um Unterstützung.

Alle Spender:innen bekommen eine Einladung zur Premiere oder zu einer der anderen Aufführungen.

Kontoinhaber: Content e.V.
IBAN: DE82100100100006814102
Stichwort: The Loud Spring
Trailer unter https://de.labournet.tv/loud-spring-trailer

Spanien: Traditionelles Union Busting

Zulieferer von Lidl unter Druck

Beim Gemüseproduzenten »Eurosol« in Almeria/Spanien, der u.a. europäische Discounter wie Lidl, Migros und Albert Heijn beliefert, wurde Ende März ein aktives Mitglied des Betriebsrats unter fadenscheinigen Gründen entlassen. Eine europaweite Koalition von Gewerkschaften und politischen Organisationen setzt Supermarktketten, Zertifizierer und mitverantwortliche Akteure nun unter Druck.

Im Jahr 2018 hatte die Belegschaft erst mithilfe der Andalusischen Gewerkschaft SAT und der Gruppe Interbrigadas einen Betriebsrat im Unternehmen durchsetzen können und die Einhaltung des Tarifvertrages erkämpft. Seit anderthalb Jahren unterwanderte die Unternehmensleitung die Errungenschaften und diskriminierte die gewerkschaftlich organisierte Belegschaft systematisch, bis hin zur unrechtmäßigen Entlassung von Teilen der Belegschaft.

Der Fall Eurosol wirft ein Schlaglicht auf die Missachtung der Rechte von Arbeiter:innen in den Lieferketten der Discounter und zeigt auf die Leerstelle wirksamer internationalistischer Gegenstrategien.

(Siehe auch https://www.facebook.com/interbrigadas.brigadas/posts/4890518424319460)
Weitere Infos: www.interbrigadas.org

50 Jahre »Radikalenerlass«

Betroffene kämpfen für Rehabilitierung, Entschädigung und gegen neue »Radikalen«-Gesetze – von Martin Hornung*

Am 28. Januar 2022 jährte sich der »Radikalenerlass« zum 50. Mal. Ein Jahr zuvor haben Initiativen der von Berufsverbot Betroffenen in Baden-Württemberg, Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Hessen, NRW, Berlin und Bayern eine Kampagne eingeleitet. Über 80 bekannte Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik, Kultur und die Vorsitzenden von DGB, GEW, ver.di und IG Metall haben Ende Januar 2021 als Erstunterzeichner:innen einen Aufruf unterschrieben: generelle und bundesweite Aufhebung des Erlasses, vollständige Rehabilitierung und Entschädigung der Betroffenen sowie wissenschaftliche Aufarbeitung der Folgen der Berufsverbote.

Hatten Aktivitäten zum 40. und 45. Jahrestag wenig Beachtung gefunden, war dies anlässlich des 50. »Jubiläums« des Ministerpräsidenten-Beschlusses der Länder unter Vorsitz des damaligen Kanzlers Willy Brandt anders. Auf der Internetseite der Initiativen sind von Oktober bis März mehr als 70 (meist Online-) Veranstaltungen, Ausstellungen, Radio- und Fernsehberichte und über 90 Presseartikel verlinkt: von der ARD-Doku »Jagd auf Verfassungsfeinde« über Berichte in der *Süddeutschen Zeitung*, *Frankfurter Rundschau* oder im *Spiegel* bis zu Aufarbeitungen in allen linksgerichteten Publikationen. Auch Dutzende kleinerer Zeitungen wie *Cuxhavener Nachrichten*, *Harz Kurier*, *Beueler Extradienst* oder *seemoz* (Bodensee-Magazin) haben ausführlich über den Erlass und die Betroffenen berichtet, zum Teil ganz- bis mehrseitig. Kundgebungen gab es auf Grund der Pandemiebedingungen nur in Heidelberg und Erlangen, mit jeweils rund 100 Teilnehmenden.

Im Zuge des Erlasses von 1972 wurden in den 1970er und 1980er Jahren 3,5 Millionen Bewerber:innen für den Öffentlichen Dienst auf ihre Gesinnung überprüft. Der sich »Verfassungsschutz« nennende Inlandsgeheimdienst hatte die Deutungshoheit, wer als »Verfassungsfeind«, »Radikaler« oder »Extremist« galt. Nach den bekannten, offiziellen Zahlen gab es bundesweit rund 11.000 Berufsverbots- und etwa 2.200 Disziplinarverfahren sowie 1.256 Ablehnungen von Verbeamtungen und 265 Entlassungen auf Lebenszeit Verbeamteter. Überwiegend traf es Lehrer:innen (rund 70 Prozent), aber auch Briefträger, Lokomotivführer u.a. Betroffen waren Kommunist:innen, Mitglieder der VVN-BdA und anderer linker bis SPD-naher Organisationen und Gewerkschaften. In Bayern traf es auch Sozialdemokrat:innen und in der Friedensbewegung Engagierte.

1973 protestierten 20.000 Teilnehmer:innen in Dortmund bei einer bundesweiten Demonstration gegen den Radikalenerlass. Auch in den Ländern wurde massenhaft demonstriert, wie in Berlin oder 1976 in Stuttgart mit 6.000 Teilnehmenden. Komitees gegen Berufsverbote gab es in fast allen Universitäts- und größeren Städten. Wenn Betroffene gegen Nichteinstellungen oder Entlassungen vor Gericht gingen, wurden die Klagen in sieben von zehn Fällen abgelehnt. Eine aus dem Ruder laufende Generation, die Studierendenbewegung und außerparlamentarische Opposition (APO), die in der Tendenz im Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte sehen wollte, bekam von den Herrschenden gezeigt, in welchem Rahmen sich oppositionelle Politik zu bewegen hat.

Knapp zwei Jahrzehnte später, nach dem Anschluss der ehemaligen DDR an die BRD, erhielten ab 1990 ein Viertel aller Lehrer:innen und über die Hälfte der Wissenschaftler:innen und Hochschullehrer:innen die Kündigung, meist ohne Begründung. Von den über zwei Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst der DDR verlor nahezu die Hälfte den Arbeitsplatz, war nach der »Abwicklung« oft jahrelang paralysiert. Erst in letzter Zeit haben Betroffene mit der Aufarbeitung dieses zahlenmäßig noch viel größeren, »vergessenen« Kapitels begonnen.

In Baden-Württemberg wird für die 1970er Jahre von 300 bis 400 Berufsverboten ausgegangen. Viele sind darin aber nicht erfasst, wenn etwa Einstellungen erst Jahre später oder nach langen gerichtlichen Verfahren erfolgt sind. In der Rhein-Neckar-Region haben Betroffene allein 168 Fälle dokumentiert (davon 105 namentlich), was die hohe Dunkelziffer belegt. Rund zwei Drittel der um Heidelberg und Mannheim von lebenslangem oder zeitweisem Berufsverbot Betroffenen waren Lehrer:innen. 15 Prozent kamen aus dem Justiz-, jeweils sechs Prozent aus dem Klinik- sowie dem Sozial- und Erziehungsbereich. Bei angehenden Rechtsanwält:innen aus dem Umfeld des damaligen Sozialistischen Büros (SB), des KBW oder der DKP wurde auf Grund politischer Aktivitäten vor allem die erforderliche Referendarausbildung verschleppt. Linke Lehrer:innen verzichteten in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre oft auf Bewerbungen, weil sie diese für aussichtslos hielten.

Als Begründung der Ablehnungen wurden überwiegend Kandidaturen für kommunistische und andere linke Organisationen genannt, vor allem bei Hochschulwahlen. Auch Teilnahme an Demonstrationen gegen Kriege oder Fahrpreiserhöhungen dienten als Grund. Im Fall des Autors reichte 1975 die Unterschrift unter eine Erklärung an der Pädagogischen Hochschule (PH) Heidelberg gegen den sogenannten Schiess-Erlass (baden-württembergische Variante des Radikalenerlasses; nach dem damaligen Landesinnenminister Karl Schiess, Anm. d. Red.), in der dieser als »Erpressung« bezeichnet wurde. Von dort wurden allein rund 50 Lehrer:innen nicht in den Schuldienst übernommen. Zwei von ihnen haben danach Medizin studiert und als Ärzte gearbeitet, vier sind Metaller geworden, die in den Betrieben auch in die Betriebsräte gewählt wurden. Dem bundesweiten Zahlenverhältnis vergleichbar stehen den 168 Berufsverboten für Linke im Rhein-Neckar-Raum nur zwei Disziplinarverfahren gegen extrem Rechte bzw. Nazis gegenüber (1,2 Prozent).

Braune Wurzeln im Beamtenrecht

Die Grundlagen der Berufsverbote liegen im deutschen Beamtenrecht. Danach darf im Staatsdienst nur beschäftigt werden, wer die sog. »Gewährbieteklausel« erfüllt, »jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzutreten« – wobei die Beweislast bei den Beschäftigten liegt. Die Formulierung ist fast wörtlich aus dem »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« vom 7. April 1933 übernommen. Bei den Nazis hieß es, Staatsdiener müssen »die Gewähr bieten, jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat einzutreten«. International ist die Rolle der Beamt:innen im deutschen Staat, ohne Streikrecht und mit eingeschränkter Meinungs- und Organisationsfreiheit, ziemlich einzigartig. Nicht umsonst haben »le berufsverbot« und »the berufsverbot« als Fremdworte Eingang in französische und englische Wörterbücher gefunden.

Überwiegend wurden Ablehnungen mit ausführlichen Zitaten aus einem Grundsatzbeschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Mai 1975 begründet, auch beim Autor. Maßgeblich wurde der Beschluss von Dr. Willi Geiger verfasst (NSDAP-Mitglied, SA-»Rottenführer« und als Ankläger verantwortlich für fünf Todesurteile). Er legte fest: »Die politische Treuepflicht erfordert mehr als nur eine formal korrekte, im Übrigen uninteressierte, kühle, innerlich distanzierte Haltung gegenüber Staat und Verfassung.«

Verstoß gegen ILO-Übereinkommen Nr. 111

Bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) mit Sitz in Genf gingen nach Inkrafttreten des Radikalenerlasses ab 1975 Hinweise auf Diskriminierungen im Öffentlichen Dienst der BRD ein. Anhand von 70 als Beweismittel übermittelten Einzelfällen

richtete die ILO 1985 einen »Untersuchungsausschuss zum Ausschluss politisch ›Radikaler‹ aus dem Öffentlichen Dienst« ein. Geprüft wurde, ob die Praxis mit den Bestimmungen des von der BRD 1961 ratifizierten »Übereinkommens Nr. 111 über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf« in Einklang stand.

Der frühere ILO-Koordinator für Menschenrechtsfragen Klaus Samson hat zum Untersuchungsausschuss einen 22-seitigen Bericht verfasst (veröffentlicht 2004). Zusammengefasst heißt es darin: »Obwohl der Begriff ›Verfassungsfeindlichkeit‹ weder im Grundgesetz noch in sonstigen Gesetzen vorkommt, (…) diente er als Grundlage für die Einschränkung von Grundrechten (…) wie Meinungs- und Vereinigungsfreiheit (…) Der Ausschuss kam zu dem Ergebnis, dass die getroffenen Maßnahmen zur Gewährleistung der Treue zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung in mehrfacher Hinsicht nicht im Rahmen (…) des Übereinkommens Nr. 111« erfolgt sind. Infolgedessen habe »eine erhebliche Anzahl beamteter Personen durch Verlust des Arbeitsplatzes (und) verweigerte Einstellung (…) Nachteile erlitten«. Die BRD wurde vom Ausschuss aufgefordert, »die Einhaltung des Übereinkommens Nr. 111 zu gewährleisten«.

Die Bundesregierung schrieb der ILO 1987, sie sei mit dem Ergebnis nicht einverstanden, brachte aber gleichzeitig zum Ausdruck, sie beabsichtige nicht, die Angelegenheit dem Internationalen Gerichtshof vorzulegen. Da keine Beschwerde eingereicht wurde, haben die »Schlussfolgerungen und Empfehlungen des Untersuchungsausschusses« gemäß ILO-Richtlinien und Bundesgesetzblatt II (Völkerrecht) eindeutig »rechtlich bindenden Charakter«.

Seit 2012 Beschlüsse von vier Landesparlamenten

Der Bremer Senat hat 2012 einstimmig beschlossen, den »Radikalenerlass« vollständig aufzuheben und die Betroffenen zu rehabilitieren. 2016 sprach der Landtag von Niedersachsen eine »Entschuldigung und ausdrückliches Bedauern« aus. Zur »Aufarbeitung der Schicksale im Zusammenhang mit dem Radikalenerlass« wurde eine Kommission eingerichtet, die ein Jahr später einen Bericht vorgelegt hat. Auch die Hamburger Bürgerschaft brachte 2018 ihr »ausdrückliches Bedauern« zum Ausdruck und sprach »den aus heutiger Sicht zu Unrecht Betroffenen ihren Respekt und ihre Anerkennung« aus. »Bedauern« ausgesprochen hat im September 2021 auch das Abgeordnetenhauses Berlin und erklärt: »Die auf der Grundlage des Radikalenerlasses erteilten Berufsverbote und deren Folgen sollen für die Betroffenen wissenschaftlich aufgearbeitet werden.«

In den Landtag von NRW ist seit November 2021 ein Antrag von Grünen und SPD eingebracht: Der Landtag solle bedauern, »dass diese Praxis bei den zu Unrecht Betroffenen zu Leid und persönlichen Nachteilen geführt hat. Er beauftragt die Landesregierung, innerhalb eines Jahres Vorschläge für eine eventuelle rechtliche Rehabilitierung und eine eventuelle finanzielle Entschädigung der Betroffenen zu unterbreiten.«

In Baden-Württemberg hat 2015 ein »Runder Tisch« von Landtagsabgeordneten und Betroffenen getagt. Ein fertig formulierter Antrag wurde aber auf Betreiben von Ministerpräsident Kretschmann (als ehemaliger KBWler zeitweise selbst von Berufsverbot betroffen) im Landtag nicht eingebracht. Seit 2018 läuft an der Uni Heidelberg mit Unterstützung des Wissenschaftsministeriums ein Forschungsprojekt zur Aufarbeitung des »Radikalenerlasses«. Ergebnisse sollen Ende Mai in Buchform auf 640 Seiten veröffentlicht werden. In Hessen sind 2017 und im Februar 2022 entsprechende Entschließungsanträge der Linken und der SPD von der CDU/Grünen-Mehrheit abgelehnt worden.

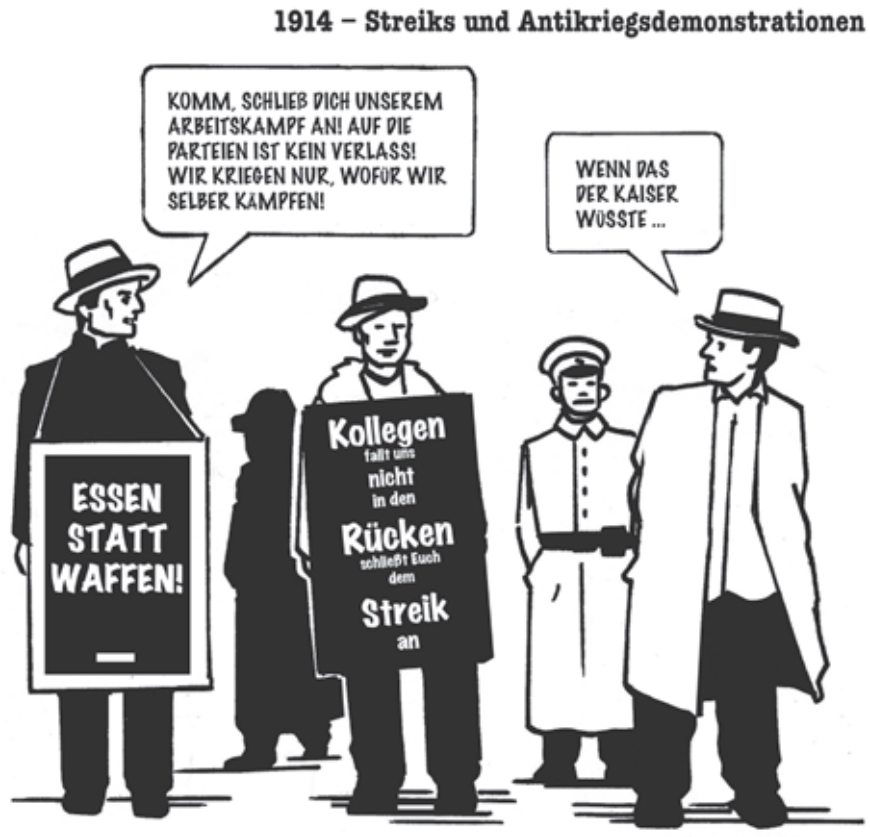
Neue »Radikalen«-Gesetze in Arbeit

Während die Berufsverbots-Betroffenen der 1970er und 1980er Jahre bis heute um Rehabilitierung und Entschädigung kämpfen, hat die »Ampel«-Regierung im Koalitionsvertrag von Dezember in bester »Extremismustheorie«-Manier angekündigt: »Um die Integrität des Öffentlichen Dienstes sicherzustellen, werden wir dafür sorgen, dass Verfassungsfeinde schneller als bisher aus dem Dienst entfernt werden können. (…) Wir treten allen verfassungsfeindlichen, gewaltbereiten Bestrebungen entschieden entgegen – ob Rechtsextremismus, Islamismus, Verschwörungsideologen, Linksextremismus oder jeder anderen Form des Extremismus.« Die Landesregierungen in Berlin (SPD/Grüne/Linke) und Mecklenburg-Vorpommern (SPD/Linke) haben in ihren Koalitionsverträgen nachgezogen (siehe *express* 2-3/2022, S. 16f.).

In Brandenburg (SPD/CDU/FDP-Regierung) liegt bereits ein Entwurf eines Gesetzes für den gesamten Öffentlichen Dienst vor (statt »nur« ein Erlass), inklusive Regelanfrage beim »Verfassungsschutz«. Noch im ersten Halbjahr soll er verabschiedet werden. Alle Vorhaben sollen selbstverständlich unter dem Vorwand »gegen rechts« erfolgen – wobei völlig klar ist, dass für den für die Überprüfung zuständigen Inlandsgeheimdienst der Feind links steht. Die bundesweiten Initiativen fordern daher neben Aufhebung des Erlasses, Rehabilitierung, Entschädigung und Aufarbeitung, dass auch die Pläne für neue »Radikalen«-Gesetze wieder vom Tisch müssen. Wenn man ernsthaft gegen rechte Netzwerke im Öffentlichen Dienst vorgehen wolle, sei dies mit konsequenter Anwendung von Disziplinarrecht, Strafgesetzen und Grundgesetz möglich. Was den sog. »Verfassungsschutz« angehe, sei die Forderung demokratischer Jurist:innen nach dessen Auflösung das einzig Richtige.

Anfrage im Bundestag – Antwort der Regierung

Die Fraktion Die Linke hat im Bundestag im Januar eine Anfrage zum »Radikalenerlass« gestellt. Die Antwort der Bundesregierung vom 22. Januar 2022 ist an Hohn und Zynismus kaum zu überbieten: Sie habe bereits 2017 darauf verwiesen, dass der Ministerpräsidentenbeschluss durch den grundlegenden Beschluss des Bundesverfassungsgerichts von 1975 »überholt« sei. (Deutscher Bundestag, Drucksache 20/453) Statistische Betroffenen-Zahlen lägen der Regierung nicht vor. Ermittlungen seien »aufgrund der Vielzahl der Akten und der Notwendigkeit, diese einzeln zu sichten, nicht zumutbar«. »Schon aufgrund datenschutz-, personalakten- und archivrechtlicher Vernichtungs- und Lösungsfristen« sei dies nicht möglich. Die »Verfahrenspraxis im Bereich der Länder und Kommunen« liege »außerhalb des Verantwortungsbereichs des Bundes«. Und: »Eine eigene wissenschaftliche und historische Untersuchung des Beschlusses von 1972 ist nicht Bestandteil des Koalitionsvertrags.« Weitere politische Schritte zur politischen und gesellschaftlichen Rehabilitierung der Betroffenen plane die Regierung nicht. Sie habe schon 2017 auf die »Möglichkeit der Betroffenen zur Geltendmachung von Amtshaftungsansprüchen gegenüber der zuständigen Körperschaft« verwiesen. Zu ihrer Ankündigung, »Verfassungsfeinde schneller aus dem Öffentlichen Dienst zu entfernen«, behauptet die »Ampel« abschließend: »Die Frage konstruiert einen weder bestehenden noch beabsichtigten Zusammenhang aktueller politischer Vorhaben mit dem gegenstandlosen Beschluss von 1972.« (Bundestag, Drucksache 20/453)



Unterstützung durch Gewerkschaften

Die Gewerkschaften hatten in den 1970er Jahren Berufsverbote durch Unvereinbarkeitsbeschlüsse noch befeuert (vgl. die Rubrik re-visited in dieser Ausgabe). Jahrzehnte später haben sie sich dafür wenigstens entschuldigt und wieder aufgenommene Mitglieder rückwirkend und zukünftig beitragsfrei gestellt. Seit 2012 unterstützen DGB, GEW, ver.di und IG Metall die Berufsverbot-Betroffenen solidarisch und durch Gewerkschaftstagsbeschlüsse.

Während Entschuldigung, Aufarbeitung und teilweise »Rehabilitierungs«-Ankündigung in den oben genannten vier Parlaments-Beschlüssen enthalten sind, gilt dies für Entschädigungen nicht. Nur in Bremen gab es Einzelfälle, bei denen geminderte Renten durch Anhebung von Rentenpunkten erhöht wurden. Darüber hinaus bekamen nur zwei Betroffene Schadensersatz, Dorothea Vogt aus Hannover (1995 nach einem Grundsatzurteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Strasbourg) und Michael Csaszkóczy (Heidelberg). Letzterer war in einer Art »Nachzügler«-Fall« auf Grund seines antifaschistischen Engagements ab 2004 vier Jahre mit Berufsverbot belegt. Der Verwaltungsgerichtshof Mannheim hob die Nichteinstellung des Lehrers rechtskräftig als grundrechtswidrig und Verstoß gegen die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit auf.

Der DGB hat in Niedersachsen 2014 im Rahmen der dortigen Anhörungen im Landtag zur Frage der Entschädigung folgende Forderungen erhoben: Prüfung von Renten-Nachversicherungsmöglichkeiten, finanzieller Ausgleich für Rentner:innen mit unwiderruflichem Bescheid durch einen vom Land finanzierten Fonds und Einrichtung eines Beirats aus Betroffenen, Land und Gewerkschaften. In Baden-Württemberg hat die Initiativgruppe im Rahmen des erwähnten »Runden Tisches« den Landtagsabgeordneten 27 Fälle von Altersarmut infolge des Berufsverbots übergeben. Zum Teil liegen Renten unter 600 Euro, was gegenüber der sogenannten Standardrente einen Rentenverlust von insgesamt rund 150.000 Euro bedeutet.

Die DGB-Landesbezirkskonferenz hat am 29. Januar 2022 in Stuttgart die Forderungen nach Rehabilitierung und Entschädigung bekräftigt. In dem Beschluss sprechen sich die Delegierten auch für ein »demokratie-orientiertes Berufsbeamtentum« aus: »Der DGB setzt sich (…) für eine demokratische Grundhaltung der Beamtinnen und Beamten ein. Rechtsextremistisches und faschistisches Gedankengut sind nicht mit den Grundwerten des öffentlichen Dienstes und des Berufsbeamtentums vereinbar. Um jegliche Unterwanderung (…) aus diesen Kreisen zu verhindern, braucht es transparente Verfahren.« Falsche Gleichsetzungen von Rechtsextremismus und fortschrittlichen, linken Menschen und Bewegungen werden im Gegensatz zum Parteien-Mainstream nicht vorgenommen.

Aktivitäten gehen weiter

Geplante zentrale Veranstaltungen in Berlin mussten Ende Januar auf Grund der Pandemie verlegt werden. Eine Aktionskonferenz mit Podiumsdiskussion, Termine mit Abgeordneten, Übergabe von Unterschriften und Ausstellungen sind nun in der Woche ab dem 17. Mai 2022 geplant. Die GEW Berlin hat nach dem Beschluss des Abgeordnetenhauses erklärt, sie werde weiter darauf dringen, dass es zur vollständigen Rehabilitierung und einer Entschädigung im Einzelfall gegenüber den Betroffenen komme. Das unrühmliche Jubiläumsjahr 2022 solle verstärkt genutzt werden, um »im Bündnis mit anderen demokratischen Kräften gegen Demokratieabbau, Überwachung und Bespitzelung zu agieren«.

Das Studierendenparlament der PH Heidelberg hat bereits 2017 in einer Entschließung an den Landtag die Forderungen der Betroffenen unterstützt. Im November 2021 stand dies erneut auf der Tagesordnung, im kommenden Semester ist unter anderem eine Veranstaltung geplant. Auch der Rektor hat am 50. Jahrestag in der Rhein-Neckar-Zeitung erklärt: »Als besonders empörend wurde der Widerspruch empfunden, dass es einerseits die Praxis der Berufsverbote gab, aber noch wenige Jahre zuvor mit ehemaligen Nationalsozialisten anders umgegangen wurde.« Im Frühsommer könnte auch Kretschmann um eine konkrete Stellungnahme schwer herumkommen. Im ARD-Film »Jagd auf Verfassungsfeinde« im Januar 2022 hat er sich immerhin gegen neue »Radikalenerlasse« ausgesprochen. Ansonsten werde er, wie er kürzlich auch in der Antwort auf eine Anfrage der SPD-Landtagsfraktion mitteilen ließ, den Forschungsbericht der Uni Heidelberg abwarten. Grundsätzlich habe er vor, es »im Fall von Unrecht« bei »individuellen Entschuldigungen« zu belassen. Die baden-württembergische Initiativgruppe hat ihm daraufhin Ende Februar ein dreiseitiges Schreiben geschickt, mit dem Bericht von Klaus Samson von 2004 und weiteren 170 Seiten ILO-Belegen als Anlagen: Unrecht ist allen Betroffenen geschehen, Rehabilitierung muss es für alle geben!

** Martin Hornung lebt in Eppelheim, war bis zur Rente in Heidelberg Betriebsrat und Metaller. Als 1975 Betroffener ist er in der baden-württembergischen Initiativgruppe gegen Radikalenerlass und Berufsverbote aktiv.(Weitere Hinweise und Dokumente auf www.berufsverbote.de)*

Antipasti

Brandenburg: Smartes Union Busting

BR-Wahl bei Tesla in Brandenburg

Ende Februar/Anfang März 2022 fanden die ersten Betriebsratswahlen bei Tesla auf der Grünheide in Brandenburg statt. Initiiert hatte die Wahlen eine arbeitgebernahe Liste »vornehmlich von Führungskräften« (IGM), deren Mitglieder »schon bei der ersten Wahlversammlung T-Shirts ihrer Liste« trugen.

Insgesamt kandidierten vier Listen, die initiierende Liste verfehlte eine Mehrheit knapp, stellt aber die Mehrheit der Betriebsratsmitglieder. Auch der frühe Wahltermin war arbeitgebernah, insofern taktisch gelegt: Viele der neu eingestellten Arbeiter:innen haben noch kein passives Wahlrecht, können also nicht gewählt werden. Das Ergebnis interpretiert die IG Metall trotz dieser Aspekte als eine »gelungene Premiere« und einen Auftrag zur Zusammenarbeit. Nina Scholz dagegen beschreibt im Freitag die IG Metall als »überrumpelt« und »mit einem blauen Auge davongekommen«. Letztlich sei die von oben initiierte Betriebsratswahl ein Mittel, um die Gewerkschaft möglichst aus dem Betrieb herauszuhalten und im Konfliktfall den Betriebsrat gegen die Gewerkschafter:innen ausspielen zu können – perfides Union Busting also.

Während gewerkschaftlich gesehen bei Tesla also noch viel zu tun ist, kommt bereits die nächste große Herausforderung auf die IG Metall zu: In Magdeburg plant der US-Konzern Intel eine Microchip-Fabrik für 17 Milliarden Euro mit angekündigten 10.000 Arbeitsplätzen.

(www.igmetall.de, Freitag 11/2022, tagesschau.de)

Kolumbien: Extremes Union Busting

Gewerkschafter:innen bei Fresenius werden bedroht

Man kennt das zumeist von Coca Cola, aber auch nur, weil es dort am besten dokumentiert ist: Morddrohungen als Methode des Union Busting sind in Kolumbien fast schon normal: Seit 2016 wurden rund 1.300 Aktivist:innen aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen getötet und eine unbekannte Zahl weiterer Personen bedroht. Allein 2021 wurden mindestens 145 kolumbianische Gewerkschaftsführer:innen ermordet.

»Ich erhielt einen anonymen Telefonanruf, in dem meine Familie und ich bedroht wurden«, berichtet Claudia López, die beim deutschen Fresenius-Konzern im kolumbianischen Medellin arbeitet. Die örtliche Vorsitzende der Gewerkschaft SINTRACLÍNICA ist nicht die einzige, die wegen ihrer gewerkschaftlichen Aktivitäten um ihr Leben bangen muss. Auch ein Kollege aus der Fresenius-Klinik Cali wurde bedroht und musste Hals über Kopf das Land verlassen. Beide Morddrohungen wurden ausgesprochen, als die Verhandlungen über Tarifverträge für die kolumbianischen Fresenius-Kliniken ins Stocken geraten waren und die Gewerkschaft über einen Streik entscheiden musste.

Der im hessischen Bad Homburg ansässige Gesundheitskonzern dürfe solchen Entwicklungen nicht tatenlos zusehen, fordern Gewerkschafter:innen weltweit, die in der Fresenius Global Union Alliance zusammengeschlossen sind. Bislang hat das Fresenius-Management auf wiederholte Aufforderungen, die Drohungen zu verurteilen und Schutzmaßnahmen zu ergreifen, nicht ausreichend reagiert.

(https://gesundheit-soziales.verdi.de)

Nicht zu fassen

Sonja Tesch über Erfahrungen im Arbeitsfeld Betrieb und Gewerkschaft des Sozialistischen Büros

Sonja Tesch war langjährige Autorin des *express*, aktiv bei der Postgewerkschaft und in ihrem Betrieb, außerdem gehörte sie dem Arbeitsausschuss des Sozialistischen Büros an. Auch nach ihrer aktiven Zeit im SB und ihrer Verrentung ging sie allerdings keineswegs in den Unruhestand. Am 18. März 2022 feierte sie ihren 80. Geburtstag, zu dem wir hiermit nachträglich herzlich gratulieren. Ein kleines Geschenk von ihr an uns und von uns an sie ist die Transkription ihres Beitrags zur Frage, was »exemplarisches Lernen« für sie und ihre Kolleg:innen bedeutet hat, auf der Tagung zum 50. Jubiläum des Sozialistischen Büros (SB) am 13. September 2019 in Frankfurt. Weitere Mitschnitte der Tagung finden sich unter dem Stichwort »50 Jahre Sozialistisches Büro« auf YouTube.

Aktuelles und Archivarisches zum SB auf der Homepage des *express*: http://express-afp.info/sozialistisch…

Vor ein paar Jahren bin ich schon mal vom *express* anlässlich eines Jubiläums gefragt worden, ob ich zu den Auseinandersetzungen und Konflikten rund um das Thema »Selbstorganisation« im Betrieb, »revolutionäre Gewerkschaftsopposition« und Umgang mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen einen Artikel schreiben würde. Es ging auch um die Frage, was Organisierung nach Interessen, nicht nach Köpfen [Negt, *Anm. d. Red.*] betrieblich bedeutet hat. Ich habe überlegt, was wir denn damals diskutiert haben. Schließlich habe ich Volkhard Brandes angerufen, er war ja unser zuständiger Sekretär damals beim SB, und habe gefragt: Was fällt dir denn dazu ein? Ah, hat er gesagt, da gab es so ein »Konsens – Dissens-Papier«. »Das hab' ich bestimmt noch«, habe ich gedacht – und es dann gelesen, aber nicht verstanden. Deswegen habe ich mir überlegt, dass ich euch lieber etwas dazu sagen würde, was das SB und die Debatten in diesem Betriebs- und Gewerkschaftsbereich eigentlich für mich – und ich glaube auch für eine ganze Menge anderer Menschen – vorrangig bedeutet haben und wie wichtig diese Zeit, die wir damals verbracht haben in der Zusammenarbeit im SB, und dessen Rolle für mich und wahrscheinlich auch für andere war.

Ich bin 1971 zum SB gestoßen. Das war eine Zeit der großen Bewegung und des großen Umbruchs. Es löste sich alles auf … – und man war ziemlich heimatlos mit seiner eigenen, etwas undogmatischeren Position. Ich hatte das Glück, dass mir Edgar Weick als Referent auf einer Gewerkschaftsschulung über den Weg lief, und er mich mit nach Offenbach zum SB schleppte. Der nächste Schritt war dann, dass mich Klaus Vack für den ersten Arbeitsausschuss schnappte. Wenn ich das vorher gewusst hätte, was da auf mich zukommt mit dieser Phalanx von Professoren und deren Diskussionsstil – Roland [Roth, *Anm. d. Red.*] hat das vorhin sehr schön geschildert –, dann hätte ich das wahrscheinlich nicht gemacht. Aber ich muss sagen: Es war für mich eine sehr fruchtbare Zeit, in der ich sehr viel gelernt habe und vor allen Dingen auch, dass studierte Leute nicht unbedingt recht haben mit dem, was sie sagen.

Jetzt zum Bereich Betrieb und Gewerkschaft im SB. Das ging ja über mehrere Jahre, und das war, glaube ich, für alle, die da mitgemacht haben, eine ganz entscheidende Veränderung. Wir waren alle – überall in den Gewerkschaften, aber auch gesellschaftlich – mit diesen vertikalen Strukturen konfrontiert. Es ging immer alles von oben nach unten. Und dann kam man auf einmal zusammen mit Menschen, die auch in den Betrieben Opposition waren, die in Bewegung waren. Damals war ja auch in den Betrieben viel Bewegung. Zum einen schwappte natürlich die Studentenbewegung auch über in die Betriebe. Wir hatten die jungen Kolleg:innen, die neu eingestellt wurden, die kamen z.T. aus der Schülerbewegung und es war einfach viel mehr Mut vorhanden. Zum anderen hatten wir auch eine Zeit der Vollbeschäftigung, keiner hatte Angst, den Mund aufzumachen und entlassen zu werden, weil ja jeder, der den Hintern hatte, um drauf zu sitzen, auch eingestellt wurde. Also war die Situation gesellschaftlich damals insofern eine völlig andere.

Dass wir uns horizontal vernetzt haben, das war für mich eigentlich eine der ganz wesentlichen Sachen. Dazu gehört auch, dass wir uns gegenseitig Mut machen und uns gegenseitig sehr viele Informationen geben konnten. Das war das, was die Gewerkschaft teilweise richtig in Panik versetzt hat.

Exemplarisches Lernen bei der Post

Ich habe in Frankfurt beim Fernmeldeamt 1 gearbeitet, war erst Gewerkschaftsvorsitzende, später Personalratsvorsitzende. Nur ein Beispiel für die Auseinandersetzungen dort: Das Fernmeldeamt 1 in Frankfurt ist das zentrale Auslandsfernmeldeamt gewesen mit 800 Beschäftigten. Das bedeutete, dass über die Hälfte der Leute im Schichtdienst gearbeitet haben.

Bis dahin, das war 1974, gab es eine tarifvertragliche Regelung der Postgewerkschaft, dass die Pausen bei Menschen im Schichtdienst Bestandteil der Arbeitszeit waren, also nicht abgezogen wurden von der Arbeitszeit. Dann wollte das Ministerium das ändern und wir haben erfahren, dass der Hauptvorstand der Postgewerkschaft schon so halb zugesagt hatte. Wir haben dann gesagt, das kann nicht sein.

Wir wurden immer von den anderen Kollegen beneidet, weil wir sehr gute Bedingungen hatten und weil die Postgewerkschaft wie die Post organisiert war. Das heißt, jedes Amt hatte einen gewählten Vorstand, einen satzungsmäßigen Beitragsanteil und war selbstständig handlungsfähig. Kolleg:innen in anderen Gewerkschaften mussten immer ihre Ortsverwaltung oder die Geschäftsstelle für jedes Flugblatt um Erlaubnis bitten. Da waren wir anders.

So haben wir also alle Ämter im Bundesgebiet angeschrieben, die auch davon betroffen sein könnten von dieser Schichtdienstregelung, und haben es fertig gebracht, dass es in mehreren Städten spontane Warnstreiks dagegen gab. Damit haben wir das damals auch verhindert – letztlich dadurch, dass wir das überhaupt öffentlich gemacht haben.

Das war etwas, das hatte ich gelernt von den anderen bei unseren Tagungen im Arbeitsfeld Betrieb und Gewerkschaft: diesen Mut zu fassen, dass man sich innerhalb dieser Strukturen andere Strukturen selbst aufbaut. Ich glaube, das war eine der ganz wichtigen Sachen, die wir mitgenommen haben und die auch in den Gewerkschaften langfristig eine Veränderung bewirkt haben.

Damals hatten sie in den Gewerkschaften ja so einen Schiss, dass sie ihre Unvereinbarkeitsbeschlüsse gefasst haben. Die trafen vor allem die K-Gruppen. Uns haben sie irgendwie nicht fassen können, weil wir keiner solchen Organisation angehörten. Dabei war die K-Gruppen-Leute die ungefährlichsten für sie. Die sind ja auch bei uns aufgetreten und haben da ihren Stiefel erzählt, haben aber keine Kolleg:innen mitgenommen. Das war bei unseren Aktionen anders. Und das haben die Gewerkschaftsvorstände nicht in den Griff gekriegt.

Überbetriebliche Vernetzung

Ein anderer wichtiger Bereich war immer, dass wir sehr viele Informationen, auch fachliche Informationen untereinander geteilt haben, die wir für unsere Arbeit vor Ort nutzen konnten. Wir hatten z.B. eine überbetriebliche Tagung zu technischen Neuerungen, da ging es um Kontroll- und Erfassungssysteme. Kurz darauf haben uns die Kolleg:innen von Siemens in München, zu denen wir über die Tagung Kontakt hatten

und wo diese Systeme hergestellt wurden, viele Informationen dazu mitgegeben. Dann kam der Punkt, an dem die Amtsleitung dieses Kontrollsystem bei uns einführen wollte. Dabei ging es aber nicht nur um die Zeiterfassung bei Arbeitsbeginn, sondern auch um den gesamten Arbeitsprozess, z.B. die Erfassung für die Gänge zwischen den Gebäuden oder wer mit wem Kontakt aufnimmt und wie lange spricht. Damit hätte man ein lückenloses Bild über die Bewegung der Menschen im Betrieb bekommen. Das wussten wir aufgrund der Informationen der Siemens-Kolleg:innen. In der Personalversammlung konnten wir dann gut argumentieren und haben gesagt: So ein Erfassungssystem wollen wir bitte nicht. Von den Siemens-Kolleg:innen wussten wir auch, dass all diese Möglichkeiten in diesem Erfassungssystem drinstecken, dass das gerade der Sinn dieser Systeme ist, und dass kein Mensch kontrollieren kann, ob und wie das genutzt wird. Diese Argumentation hat uns eine breite Zustimmung unter den Beschäftigten gebracht. Tatsächlich wurde es dann hier bei uns auch nicht eingeführt.

Betriebsnahe Bildungsarbeit

Ein anderer wichtiger Bereich war das ganze Thema betriebsnahe Bildungsarbeit. Auch in den Gewerkschaften hatte damals eine breitere Diskussion dazu angefangen, die getragen und unterstützt wurde von den Intellektuellen. Die haben sich sehr für das Thema Bildungsarbeit interessiert und Konzepte entwickelt, um das in den Betrieben umsetzen und nutzen zu können. So haben wir z.B. bei der Post ein Fachseminar gemacht, auf dem wir mit den Kolleg:innen aus dem Betrieb ganz konkret die Situation analysiert und Ideen entwickelt haben, was wir im Betrieb machen können – also nicht nur, wie so oft, mal eine Versammlung und ein allgemeines Sammeln von Beschwerden.

Übrigens war dieses Arbeitsfeld Betrieb und Gewerkschaft ja nicht nur ein bundesweiter Zusammenschluss, sondern es gab örtlich ja eine ganze Menge Gruppen des SB, die dann auch sehr fruchtbar zusammenarbeiten und Druck entfalten konnten.

Das waren Beispiele für die längerfristigen Auswirkungen, wo ich denke, dass wir in den Gewerkschaften etwas verändert haben.

Und selbst?

Ich denke aber auch, dass ich persönlich etwas mitgenommen habe aus dieser SB-Zeit, z.B. dass ich nicht mehr vertikal, sondern horizontal denke, und dass diese Vernetzungsarbeit für mich etwas sehr Wesentliches geworden ist, auf das ich überall, wo ich kann, wo ich war, geachtet habe. Ein weiterer Punkt zu diesen persönlichen Erfahrungen: Ich habe in der SB-Zeit gelernt, wenn Leute Positionen vertreten, genau nachzufragen, wie sie eigentlich zu diesen Positionen gekommen sind, weil ich festgestellt habe, dass ganz oft die örtlichen Bedingungen, die Erfahrung, die Menschen vor Ort machen, ihre Position prägen. Ich weiß, wir werden hier auch nochmal über die Auseinandersetzung mit den Genoss:innen, die immer stark auf eine Zusammenarbeit mit der SPD gesetzt haben, sprechen. Wir Frankfurter konnten das so überhaupt nicht verstehen, weil wir dieser Beton-SPD und ihrer Macht in Hessen und in Frankfurt ausgesetzt waren. Aber dann haben meine Kolleg:innen in Aachen erzählt, dass die SPD dort noch nie über 20 Prozent heraus gekommen war und auch deswegen revolutionärer agiert hat und offenere Positionen hatte. Dadurch habe ich verstanden, wie sie eigentlich zu ihrer Position gekommen sind – und das ist ebenfalls eine wichtige Erfahrung, die ich mitgenommen habe

Ein letzter Punkt, der hier heute bis jetzt noch gar nicht direkt angesprochen wurde, sind die Sommer- oder auch Winterschulen. Das waren Orte, wo wir Fragen nachgegangen sind wie: Was macht die Politik eigentlich mit uns, und wollen wir das eigentlich, oder wollen wir eine Politik, damit es uns auch als Menschen dabei gut? Das hat neben der konkreten Arbeit in den Arbeitsfeldern eine große Rolle gespielt habe – und auch das ist ein Thema, das wir alle in unserer Zeit im SB mit weiter getragen haben.

Öffentlichkeit herstellen – auch nach außen?

Reihe »re-visited«: die Arbeit der plakat-Gruppe 1969-1979 – von Peter Grohmann

1972 bildete sich wegen eines undemokratischen Aufstellungsverfahrens für die IGM-Betriebsratsliste bei Daimler-Benz die oppositionelle »plakat-Gruppe«. Sie kandidierte bei der Betriebsratswahl 1972 erstmals mit den drei Kollegen Willi Hoss, Hermann Mühleisen und Mario d'Andrea auf einer eigenen Liste. Das Ergebnis war so gut, dass sie acht Sitze im Betriebsrat hätten besetzen können. Die IG Metall hat daraufhin diese drei Kollegen und später auch weitere Mitglieder der plakat-Gruppe ausgeschlossen. Die aktive betriebliche und überbetriebliche Öffentlichkeitsarbeit hat sehr zum Erfolg dieser Gruppe beigetragen. Der nachfolgende Beitrag von Peter Grohmann geht darauf genauer ein – wir dokumentieren ihn hier in unserer Reihe »re-visited« – Archivmaterialien aus 60 Jahren *express*-Geschichte anlässlich des diesjährigen Jubiläums.

»Ihr habt einen ganz entscheidenden Fehler gemacht, Kollegen. Wenn ich Euch auch sonst in vielen Punkten zustimmen kann und für eine Menge Dinge Verständnis habe: aber Euer großer Fehler ist, dass Ihr an die Öffentlichkeit gegangen seid! Die Zeitungen waren ja voll von Eurer Geschichte, die haben das so richtig ausgekostet, der Gewerkschaft mal eins auszuwischen. Viele Kollegen in unserem Betrieb haben das mit Schadenfreude registriert, dass da mal die Gewerkschaft eins abkriegt – die haben die ganze Sache gegen die Gewerkschaft gewendet, und damit habt Ihr, bewusst oder unbewusst, die Organisation geschädigt!«

Diese Aussage machte ein kampferprobter sozialdemokratischer Funktionär aus einem Ulmer Metallbetrieb. Wir haben dieses Argument und andere oft gehört.

Für die Gruppe stand allerdings die Entscheidung nie so: Öffentlichkeit ja oder nein. Die Frage wurde im Grunde genommen schon beantwortet, als sich die Gruppe entschloss, der Selbstherrlichkeit der etablierten Betriebsräte und Funktionäre entgegenzutreten und mit einer eigenen Liste zu kandidieren. Diese Entscheidung ist alles andere als leichtgefallen und hat den Kollegen viele schlaflose Nächte bereitet. Mit vielen Kollegen und Genossen aus anderen Betrieben und Gewerkschaften wurde um den richtigen Schritt gerungen. Dabei stand die Frage im Hintergrund, ob es denn überhaupt einen Sinn haben kann, gegen Leute anzutreten, die eine so mächtige Organisation wie die IG Metall im Rücken haben. Kann man wegen der Auseinandersetzungen, in denen die Gruppe stand, den Ausschluss riskieren – ist jetzt wirklich der Punkt erreicht, wo es nicht mehr anders geht? Welche Folgen hat das, auch für den Einzelnen? Begibt man sich nicht in eine hoffnungslose Isolation? Was passiert, wenn gestreikt wird, wenn Rechtsschutz notwendig ist? Die Gruppe hat ihre Entscheidung sehr sorgfältig abgewogen, das war ein Gewissenskonflikt.

Als die Entscheidung für eine eigene Liste gefallen war, hatten wir uns damit auch dafür entschieden, dass die Öffentlichkeit so oder so Kenntnis davon nehmen sollte.

Ein anderes, gravierendes Beispiel macht das noch deutlicher: Die Wahlfälschungen bei der Betriebsratswahl 1978. Die Kollegen von plakat haben sehr lange und sehr ausführlich darüber diskutiert, ob nach den offenkundigen Wahlfälschungen und Manipulationen die Betriebsratswahlen angefochten werden sollten. Als sie sich schließlich – nicht zuletzt wegen der Empörung innerhalb der Belegschaft – zur Wahlanfechtung entschlossen hatten, war auch klar, dass hier die Öffentlichkeit reagieren würde. […]

Daimler-Benz ist kein abgeschottetes Unternehmen – bei allen genannten Beispielen griff die Presse die Fälle auf. Es geht eben nicht, zu sagen: »Wasch mir den Pelz- aber mach mich nicht naß!!« Sobald bestimmte Schritte und die ihnen zugrunde liegenden Entscheidungen eine überbetriebliche Wirkung haben, mischt sich die Presse ein.

Die plakat-Gruppe hat im Laufe der Jahre und ihrer Entwicklung aber durchaus auch die Öffentlichkeit gesucht. Denn das ist eine Möglichkeit, bei der Auseinandersetzung mit einem »durchtrainierten Apparat« nicht von vornherein an die Wand gespielt zu werden. Diese – bürgerliche – Öffentlichkeit hat für eine kleine Gruppe auch Schutzfunktionen. Beispiele aus letzter Zeit machen deutlich, was gemeint ist: Ob Biermann, Havemann, Bahro, Heym, um nur einige zu nennen, nicht viel massiveren Repressionen ausgesetzt gewesen wären ohne »bürgerliche Öffentlichkeit«, muss bezweifelt werden. Gesellschaften zu entwerfen, in denen immer auch Platz für Öffentlichkeit ist: das ist eine durchaus nicht überall akzeptierte Erkenntnis. In den Konflikten der letzten zehn Jahre haben die Kollegen um Willi Hoss und Hermann Mühleisen Bedeutung und Wirksamkeit solcher Öffentlichkeit kennengelernt, ohne sie allerdings zu überschätzen und sich Illusionen hinzugeben, oder sich gar auf sie zu verlassen. Man sollte sich aber noch etwas in Erinnerung rufen: Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre gab es quer durch die bundesdeutschen Medien eine Art Aufbruch. Herkömmliche Standesorganisationen z.B. bei den Journalisten verloren zugunsten DGB-orientierter Gruppen an Einfluss. Manche Journalisten und Redakteure stellten ihre traditionellen Rollen in Frage; Mitbestimmungsmodelle und Mitspracherechte wurden diskutiert und gefordert. Es ging auch hier, wie beim Konflikt in Untertürkheim, um das Aufbrechen verhärteter Strukturen. Diese progressive Öffentlichkeit schenkte daher den Vorgängen mehr Aufmerksamkeit als

früher; sie kam ihr zugute. Überdies setzen ja die Gewerkschaften selbst alles daran, und mit Recht, für ihre Positionen Öffentlichkeit herzustellen. Der Gruppe den Vorwurf zu machen, sie verfüge offenbar über »gute Kontakte zu den Medien«, ist angesichts dessen fast lächerlich. Entscheidungen heutiger Großbetriebe und Konzerne beeinflussen und interessieren die gesamte Öffentlichkeit viel mehr als früher. Die neue Losung heißt doch wohl: konfliktvermeidend, und, wenn das nicht geht: konfliktverdeckend Entscheidungen zu treffen. In vielen Punkten ist dabei die öffentliche Meinung stärker sensibilisiert: Betriebsstillegungen und Entlassungen, Kurzarbeit oder Repressalien gegen aktive Gewerkschafter sind gleichzeitig gut verkäufliche Nachrichten.

Der *express* feiert 2022 ein doppeltes Jubiläum: 1972 fusionierte der *express international* mit der *Sozialistischen Betriebskorrespondenz* des Sozialistischen Büros (SB) und erscheint somit 2022 seit 50 Jahren als »Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit«. Als *express international* war zehn Jahre zuvor, im Mai 1962 die Nullnummer der Zeitung erschienen.

Aus diesem Anlass veröffentlichen wir in diesem Jahr in jeder der zehn Ausgaben einen historischen Beitrag, um einen Überblick über die Diskussionen zu geben, die den *express* seit 60 Jahren beschäftigen – und die mit diesem Projekt verfolgten Perspektiven verdeutlichen.

Jüngstes Beispiel für die Herstellung von Öffentlichkeit ist »ISA« (Informationssystem Arbeitseinsatz und Arbeitsplatzplanung), ein ausgeklügeltes Personalplanungssystem, mit dem der Konzern Hunderte persönlicher Daten seiner lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter speichern will. [S. zum Thema Informations- und Kontrolltechnologie im Unternehmen auch den Beitrag von Sonja Tesch in dieser Ausgabe] Die Auseinandersetzungen um den Datenschutz machten dieses Vorhaben, zu dem der Gesamtbetriebsrat des Konzerns schon ein halbes Ja gesagt hatte, ziemlich brisant: die Gruppe teilte das öffentliche Misstrauen gegen die Datenspeicherung im Allgemeinen, und die Öffentlichkeit interessierte sich für die ausgeklügelten Systeme bei Daimler-Benz im Besonderen.

Öffentlichkeit nach innen

Neben plakat und den »Informationen« [gemeint sind hier die beiden Publikationen der Gruppe, Anm. d. Red.] war es für die plakat-Gruppe wichtig, in einem ständigen Diskussions- und Informationsprozess mit Kollegen anderer Betriebe und Gewerkschaften zu bleiben. Grundsätzliche Entscheidungen sollten nicht nur im Gruppenrahmen und mit Bezug auf den eigenen Betrieb erörtert werden. »Informationspolitik« kann nicht darauf beschränkt werden, im festen Rhythmus Drucksachen unter die Belegschaft zu bringen. Daher wurden immer wieder aktive Kollegen zunächst aus Betrieben in und um Stuttgart zu Informations- und Diskussionsveranstaltungen eingeladen. Konzepte z.B. für eine Demokratisierung der Aufstellung von Betriebsrats-Kandidaten gelten schließlich nicht nur für den eigenen Betrieb. Umgekehrt war es für die Gruppe genauso wichtig, Details über die Verfahren bei der Kandidatenaufstellung in anderen Betrieben zu sammeln. Ergebnisse inhaltlicher Diskussionen der Gruppe, verbunden mit einem intensiven Eingehen auf spezifische Probleme an den Arbeitsplätzen und Hallen, wurden daher in gewissen Zeitabständen zusammengefasst – so in Broschüren über die Hinterachswelle, die MTM-Broschüre [Method of Times-Measurement, Anm. d. Red.], ein Vorschlag über die Aufstellung der Betriebsratskandidaten und das Heft »Was der Betriebsrat anders machen kann«. Im *express* wurden Beiträge veröffentlicht, am Kritischen Gewerkschaftsjahrbuch, an Hörspielen und Fernsehdokumentationen (z.B. zur Arbeitswelt) wurde mitgearbeitet.
Der Konflikt um die Betriebsratswahlen wurde in einem Fernsehfilm von Daniel Christof mit dem Titel »Die Wahl« aufgegriffen.

Auf diese Weise wurden neue Kontakte geknüpft und bestehende intensiviert. Die Prophezeiung, dass sich die plakat-Gruppe zunehmend isolieren würde, erfüllte sich nicht.

Einer der zentralen Konfliktpunkte der jahrelangen Auseinandersetzungen war der mangelnde Informationsfluss innerhalb der IGM. Als Vertrauensleute oder Delegierte ihrer Organisation hatten die Kollegen um Hoss und Mühleisen immer wieder feststellen müssen, dass es ganz bestimmte Informationskanäle gab, die ihnen und anderen Kollegen verschlossen blieben. Viele solcher Informationen erreichten zwar den etablierten Funktionärskreis, blieben aber in dessen Schubladen hängen.

Durch den Ausschluss aus der IGM war die Gruppe gezwungen, eigene Informationskanäle aufzubauen. Sie suchte – über Veranstaltungen und Veröffentlichungen – den direkten Kontakt zu anderen Kollegen, die vor ähnlichen Problemen standen (Opel, VW, Ford u. a.). Sie kam plötzlich an Informationen heran, die für sie früher nie erreichbar waren. Diese Informationen wurden nicht unter Verschluss gehalten, sondern über plakat und auf Betriebsversammlungen an die Kollegen vermittelt. Der Erfahrungsaustausch der Basis und der mittleren Funktionärsschicht ist bekanntlich im Wesentlichen auf den Bereich der eigenen Ortsverwaltung begrenzt. Diese Grenze gab es für die plakat-Gruppe nicht mehr.

[…] Der internationalen Kapitalverflechtung, der Kooperation der Unternehmen und Konzerne muss auch im unteren Bereich – und gerade dort! – etwas entgegengesetzt werden. Der Kontakt von Betriebsratsvorsitzendem zu Betriebsratsvorsitzendem reicht nicht aus. Notwendig sind Gespräche und Diskussionen von Basis zu Basis, von Motorenmontage zu Motorenmontage, von Lackiererei zu Lackiererei.

Die Erfahrungen, die die plakat-Gruppe in den zehn Jahren gemacht hat, sind zusammengefasst so zu bewerten:

Durch ihre Politik sind Probleme auf den Tisch gekommen, die vorher sehr häufig ausgeklammert wurden – Probleme, die in vielen Großbetrieben ähnlich stehen. Der Versuch, die Diskussion von vielen hautnahen Fragen zu unterbinden, Kontakte zu blockieren, Informationen zurückzuhalten, ist mit negativen Wirkungen auf die Gewerkschaft zurückgefallen. Erst die umfassende Information aber ermöglicht den Belegschaften den Schritt vorwärts.

** Der express hat seit den 1970er Jahren Beiträge aus der plakat-Gruppe veröffentlicht und ihre Arbeit begleitet. Der Beitrag entstammt dem Sammelband »plakat. 10 Jahre Betriebsarbeit bei Daimler-Benz«, herausgegeben von Peter Grohmann und Horst Sackstetter (Rotbuch Verlag, Berlin 1979, S. 64 – 68). Auf der Rückseite des Buches erklärt die Gruppe ihr Selbstverständnis: »Die Plakatgruppe steht für eine konsequente Vertretung von Arbeiterinteressen – gegen betriebliche Sozialpartnerschaft. Im Betriebsrat wie in ihrer Zeitung versucht sie, mehr Öffentlichkeit und demokratischere Strukturen in Betrieb und Gewerkschaft durchzusetzen.« Zur Geschichte der plakat-Gruppe empfehlen wir neben diesem Band die Autobiografie von Willi Hoss: »Komm ins Offene, Freund« (herausgegeben von Peter Kammerer, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2004).*

Comeback der Sozialdemokratie oder eine Ministerpräsidentinnen-Wahl? Beides!

Anmerkungen zur Landtagswahl im Saarland – von AG Wahlbeobachtung

Das Saarland wird in Zukunft zum ersten Mal seit 1999 wieder sozialdemokratisch regiert. Die SPD gewinnt fast 14 Prozentpunkte gegenüber 2017, während die CDU mehr als 12 Prozentpunkte verliert. Die Wahlbeteiligung fällt von fast 70 Prozent in 2017 auf nunmehr 61,4 Prozent. Einer der Gründe für die niedrigere Wahlbeteiligung ist offenbar die geringere Mobilisierungsfähigkeit der CDU bei den aktuellen Wahlen. Dass die SPD mit 43,5 Prozent mit absoluter Mehrheit im Landtag regieren kann, liegt daran, dass »Sonstige«, Linke, FDP und Grüne zusammen über 22 Prozent der Stimmen erhalten haben; ein gutes Fünftel aller Wähler:innen ist also nicht im Landtag repräsentiert. Dies vergrößert die Repräsentationslücke im Parlament, die durch die geringe Wahlbeteiligung und den Ausschluss der Saarländer:innen ohne deutschen Pass von den Wahlen ohnehin schon sehr groß ist. Die FDP hat die 5 Prozent-Hürde knapp verfehlt und die Grünen haben sie mit 23 Stimmen denkbar knapp gerissen. Spektakulär abgestürzt ist Die Linke.

Es gibt saarländische Spezifika in dieser Wahl, deren Erforschung etwas für Ethnolog:innen wäre. Sowohl die Grünen wie die Linke haben eine lange Phase der Selbstzerstörung hinter sich, die von verfeindeten Familien geprägt war. Die Grünen konnten deswegen 2021 an der Saar nicht an der Bundestagswahl antreten und die Linkspartei hatte zuletzt zwei Fraktionen im Landtag. Auf die Spitze getrieben wurde die Selbstzerlegung der Linkspartei durch den spektakulären Austritt von Oskar Lafontaine wenige Tage vor der Wahl, mit dem er erfolgreich die ohnehin schon geringen Chancen der Partei auf den Wiedereinzug zunichtemachte.

Das Saarland ist das kleinste Flächenbundesland in Westdeutschland und mit ca. 985.000 Einwohner:innen kleiner als etwa Köln. Lange prägte die Montanindustrie das Bundesland, inzwischen sind auch die verbliebenen industriellen Kerne instabil geworden. Die Wirtschaftsleistung an der Saar – gemessen im Bruttoinlandsprodukt pro Arbeitsstunde – beträgt aktuell nur ca. 86 Prozent des Durchschnitts der westdeutschen Länder.

Die Christdemokratie an der Saar hat keinen besonderen neoliberalen Einschlag, sondern ist von sozialpartnerschaftlichen Traditionen geprägt. Große ordnungspolitische Differenzen in Fragen der Wirtschaftspolitik mit der in einer großen Koalition seit 2017 mitregierenden SPD sind nicht aufgefallen. Allerdings war die sozialdemokratische Wirtschaftsministerin und Spitzenkandidatin Anke Rehlinger in der allgemeinen Wahrnehmung die überzeugendere und empathischere Kandidatin. Sie wurde wahrgenommen als Managerin des Strukturwandels mit sozialer und noch mehr wirtschaftspolitischer Kompetenz. Landtagswahlen sind in besonderem Maße Ministerpräsident:innenwahlen, so war es im letzten Jahr bereits in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, aber auch Sachsen-Anhalt zu beobachten.

Die rhetorischen Entgleisungen des Ministerpräsidenten Tobias Hans, der in einem Video-Selfie tölpelhaft über den Unterschied von »Geringverdienern« und »Fleißigen« durch die Belastung wegen hoher Energiepreise räsonierte, kommen einen Christdemokraten im Niedriglohnland Saar teuer zu stehen. Die SPD hat in der Wählerwanderung nicht zufällig 33.000 Stimmen von der CDU gewonnen. Doch zugleich hat sie auch von der Linkspartei ca. 17.000 Stimmen zurückgeholt. Die Versöhnung des sozialdemokratischen Lagers mit der alten Mutterpartei war hier nahezu komplett.

Die Linkspartei an der Saar war auch innerhalb der Gesamtpartei stets eine Formation eigener Art. Maßgeblich getragen wurde sie von dem inzwischen gefallenen ehemaligen Vorsitzenden Lafontaine und dessen politischen Vorstellungen: Old-school-Linkssozialdemokratie mit wohlfahrtstaatlicher Betonung. Wirtschaftspolitisch links-keynesianisch, kulturell konservativ und – auch wenn das landespolitisch keine Rolle spielt: außenpolitisch antiatlantisch. Der Markenkern blieb die Opposition zur Agenda 2010, die für die Abwertung von Facharbeiterbiografien stand, sowie die Ablehnung der SPD-unterstützten Rente mit 67. Zum Problem wurde dies, je mehr die Erinnerung an die sozialpolitischen Sündenfälle der SPD verblasste, das Hartz IV-Regime und die Rentenkürzungen im Bewusstsein immer größerer Bevölkerungsschichten zur neuen Normalität wurden und deshalb ihren Charakter als Aufreger über die SPD verloren. Da die Sozialdemokratie seit 2021 zudem mit »Respekt«-Rhetorik und 12 Euro-Mindestlohn gegenüber einer sozialpolitisch profillosen, seit Kurzem von Merz geführten Union sozialpolitische Alleinstellungsmerkmale zurückgewinnen konnte, wurde der politische Raum für eine nur auf SPD-Abgrenzung fokussierte Linkspartei notwendig kleiner. Hinzu kam eine selbst für Linksparteiverhältnisse tiefe und öffentlich ausgetragene Zerstrittenheit und sicher auch der bereits vor der Bundestagswahl sich abzeichnende politische Zersetzungsprozess der Linkspartei. In keinem der die Gesellschaft in den letzten Jahren bewegenden Problemfelder, sei es die Covid19-Pandemie, die Impfdebatte, der Afghanistan-Abzug und aktuell der Angriff auf die Ukraine, fand die Partei zu einem politisch glaubwürdigen Konsens. Ganz anders die SPD, die nach außen zu ungekannter Geschlossenheit fand und das Image der »Wir wissen nicht, wofür sie steht«-Partei an die Union weiterreichen konnte. Der Kollaps der Linkspartei und die absolute Mehrheit für die SPD sind von symbolischer Bedeutung, aber sie sind auch erstmal nur ein Saar-Ergebnis. Für die Linkspartei wird es wichtig sein, den Vollabsturz in die Bedeutungslosigkeit zu verhindern. Mehr als Schadensbegrenzung ist für sie bei den kommenden Landtagswahlen dieses Jahres aus heutiger Sicht nicht drin. Die große Unbekannte bleibt die weitere Entwicklung im Krieg in der Ukraine.

Auch die Rechtsextremen an der Saar hatten ihre internen Fehden, so dass noch nicht mal eine Landesliste eingereicht werden konnte. Trotzdem hat die AfD über die drei Listenwahlkreise immer noch 5,7 Prozent der Stimmen geholt und mit 0,5 Prozent zur Vorwahl 2017 nur wenig verloren. Das zeigt die immer noch robuste Verankerung der Rechten im Saarland. Es ist bitter, dass in einem Drei-Parteien-Parlament die extreme Rechte die dritte Kraft ist.

Wie haben die Gewerkschaftsmitglieder gewählt?

Bleibt der Blick auf das Wahlverhalten der Gewerkschaftsmitglieder: Die Saar ist eine gewerkschaftliche Hochburg. In keinem anderen Bundesland liegt der Anteil der Beschäftigten, die Mitglied einer DGB-Gewerkschaft sind, höher. Die Daten zum Wahlverhalten basieren wie bei früheren Wahlen auf einer Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, bei der die Befragten angeben konnten, ob sie einer Gewerkschaft angehören oder nicht. Nach der Zugehörigkeit wird nicht gefragt, so dass nicht nur DGB-Mitglieder, sondern auch Mitglieder anderer Gewerkschaften in die Auswertung eingehen. Auch sind in den Zahlen sowohl Erwerbstätige wie Erwerbslose oder Mitglieder im Ruhestand enthalten.

Bei der Wahl an der Saar gab ein gutes Fünftel (21 Prozent) der Wählenden an, Gewerkschaftsmitglied zu sein, das sind deutlich mehr als 2021 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, als sich lediglich 14 bzw. 15 Prozent der Abstimmenden als Mitglieder zu erkennen gaben. In ihrem Wahlverhalten folgten die Gewerkschaftsmitglieder an der Saar mit einer bedauerlichen, leider aber schon gewohnten Ausnahme den allgemeinen Trends (Tabelle 1).

Das ohnehin schon gute Ergebnis der SPD wird unter den Gewerkschaftsmitgliedern noch einmal getoppt. Dass Grüne und FDP an der Saar unterdurchschnittlich abschneiden, wundert nicht. Dabei sind die Ergebnisse für die Grünen deutlich schlechter als bei den Landtagswahlen 2021, als die Grünen auch bei den Gewerkschaftsmitgliedern Boden gut machen konnten. Ebenso wenig überrascht leider auch das relativ gute Abschneiden der AfD, die bei den Gewerkschaftsmitgliedern besser als im Landesschnitt abschneidet. Wie stets hat die AfD dies vor allem den Männern und den Gewerkschaftsmitgliedern zu verdanken.

Das Wahldesaster der Linkspartei spiegelt sich ungebrochen auch im Abstimmungsverhalten der Gewerkschaftsmitglieder wider. Stimmten 2017 noch 17 Prozent der Gewerkschafter:innen – und damit gut vier Prozentpunkte mehr als im Landeschnitt – für die LINKE, so blieben bei der aktuellen Wahl lediglich 2,8 Prozent der abstimmenden Gewerkschaftsmitglieder der Partei treu. Ein beispielloser Absturz einer Wähler:innengruppe, die von der Linkspartei oftmals irrtümlich für ihre natürliche Basis gehalten wird.

Auch bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeiter:innen sowie Angestellten ist die Linkspartei deutlich unterhalb der Sperrklausel geblieben, nicht dagegen die AfD. Diese schnitt vor allem unter den organisierten Arbeiter:innen – immerhin acht Prozent aller Abstimmenden – überdurchschnittlich gut ab und legte hier gegenüber 2017 sogar zu. Zu vermuten ist auch hier, dass vor allem die organisierten Männer für diesen Zuwachs verantwortlich zeichnen. Spitzenreiter auch in diesen Wähler:innengruppen wurde mit großem Abstand die SPD (Tabelle 2).

Tabelle 1: Landtagswahl Saarland 2022 – Zweitstimmenanteil der Gewerkschaftsmitglieder (in Klammern Gesamtwahlergebnisse), in Prozent

	SPD	CDU	AfD	Grüne	FDP	LINKE
LTW 2022	49,1 (43,5)	23,5 (28,5)	6,8 (5,7)	3,2 (4,9)	3,2 (4,8)	2,8 (2,6)
LTW 2017	38 (29,6)	29 (40,7)	7 (6,2)	3 (4,0)	2 (3,3)	17 (12,9)
Frauen/Männer (in Klammern 2017)						
Gew.-Frauen (in Klammer 2017)	45,8 (37)	22,2 (31)	6,5 (5)	4,7 (4)	2,1 (2)	3,6 (16)
Gew.-Männer (in Klammer 2017)	50,5 (37)	24,1 (29)	7,1 (8)	2,3 (2)	4,1 (2)	2,4 (17)

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Wahltagsbefragungen 2022, 2017; zitiert nach Einblick, DGB

Tabelle 2: Zweitstimmenanteil Gewerkschaftsmitglieder Landtagswahl 2022 (in Klammern 2017) nach Statusgruppen (einschließlich nicht Berufstätige)

	SPD	CDU	AfD	Grüne	FDP	LINKE
Statusgruppe						
»Arbeiter«	53 (43)	21 (21)	10 (8)	1 (1)	3 (1)	3 (20)
»Angestellte«	50 (37)	20 (31)	7 (4)	5 (4)	4 (2)	3 (18)

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Wahltagsbefragungen 2022, 2017

Bewegung mit Recht, Folge 19

Krieg im Betrieb

Was bedeutet der Krieg in der Ukraine für die Betriebsratsarbeit? – von René Kluge*

Am Morgen des 24. Februar las ich die Nachricht, dass Russland die Ukraine überfallen und einen Krieg in Europa begonnen hatte. Ich fuhr mit einem beklommenen Gefühl durch die Stadt. An diesem Tag hielt ich ein Grundlagenseminar für Betriebsräte. Wir sprachen acht Stunden lang über Themen wie: wirksame Beschlüsse, erforderliche Sachmittel, besonderer Kündigungsschutz. Über den Krieg haben wir kein Wort verloren.

Seitdem beschäftigt mich dieses Schweigen – und die Frage, ob und inwiefern der Krieg in der Ukraine eine Rolle in der Betriebsratsarbeit spielt bzw. spielen sollte. Die Politik spricht von einer Zeitenwende. Davon, dass wir auf einmal in einer anderen Welt aufgewacht sind. Wenn wir es mit einem so weitreichenden Ereignis zu tun haben, dass dieses alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens betrifft, warum sollten dann ausgerechnet Betriebsräte nichts damit zu tun haben?

Dahinter steckt die grundsätzliche Frage: Sollten sich Betriebsräte innerhalb ihrer Arbeit streng auf die Sphäre des Betriebes beschränken? Oder will der Betriebsrat ein politisches Gremium sein, das sich über die Interessenvertretung der Belegschaft hinaus als Teil gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge begreift und sich engagiert und einmischt, wenn es das für richtig hält?

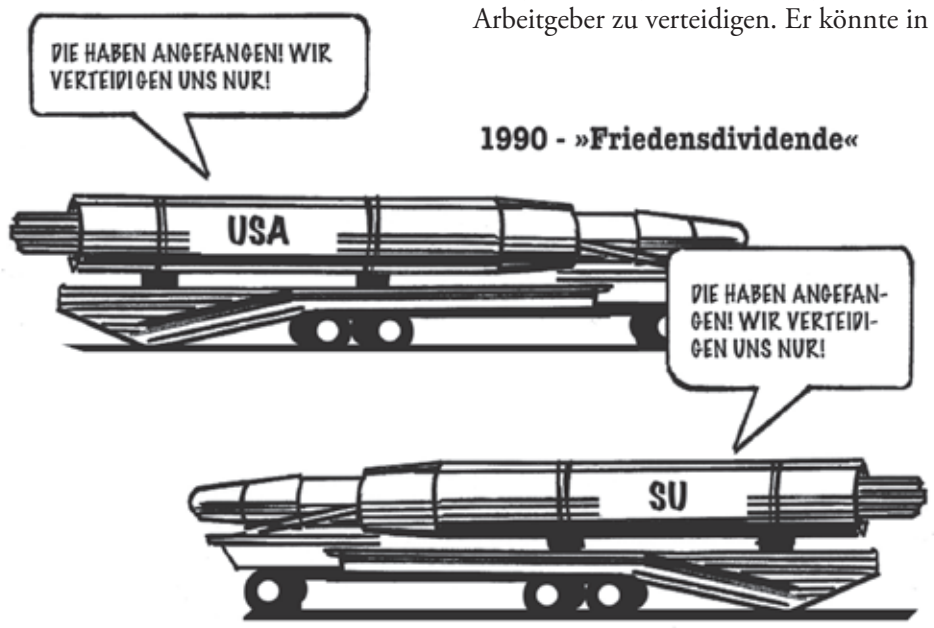
Auswirkungen des Krieges auf Betriebe in Deutschland

Selbst wenn wir erst einmal nur an die betriebliche Ebene denken, bietet der Krieg in der Ukraine zahlreiche Gründe, von Betriebsräten berücksichtigt zu werden. Denn die Auswirkungen des Krieges auf deutsche Betriebe sind vielfältig:

- Aufgrund der Sanktionen dürfen bestimmte Produkte nicht mehr nach Russland geliefert oder von dort bezogen werden.
- Der Ausschluss aus dem Swift-System hat den Handel mit Russland insgesamt erheblich erschwert oder fast ganz zum Erliegen gebracht.
- Nach Schätzungen der DIHK hängen 250.000 Arbeitsplätze direkt an Exporten nach Russland. (taagesschau.de vom 3. März 2022)
- Deutsche Unternehmen gehören zu den aktivsten ausländischen Investoren in Russland. Deutsche Direktinvestitionen betrugen zuletzt über 24 Milliarden Euro. Wenn diese nun teilweise abgeschrieben werden müssen, könnte das auch Auswirkungen auf die deutschen Mutterunternehmen haben.
- Überdies gibt es eine ganze Reihe von Unternehmen, deren Geschäftsfeld zwar nicht unter die Sanktionen fällt, die sich aber aus strategischen und Image-Gründen freiwillig aus dem Russland-Geschäft zurückziehen.
- Selbst wenn das eigene Unternehmen keine direkten Kunden- oder Lieferkontakte nach Russland oder in die Ukraine hat, so führt die angespannte Situation, verbunden mit den kriegsbedingt gestiegenen Energie- und Rohstoffpreisen, zu einem insgesamt geschwächten Wirtschaftswachstum.

Auswirkungen des Krieges auf die Beschäftigten selbst

- Auch die Beschäftigten selbst sind auf verschiedene Weise direkt betroffen:
- Die ohnehin hohen Lebenshaltungskosten sind mit dem Krieg weiter gestiegen und haben ihr Plateau wohl noch nicht erreicht.
- Das ifo-Institut geht für das Jahr 2022 von einer Inflation von über fünf Prozent aus. (tagesschau.de vom 23. März 2022)
- Vor allem Mobilität hat sich deutlich verteuert. Wenn nicht schon geschehen, könnte der Betriebsrat hier ein weiteres Argument für die Ausweitung freiwilliger Homeoffice-Optionen finden.



- Die gestiegenen Tankkosten sind auch eine umweltpolitische Frage. Spätestens jetzt könnte der Betrieb die klimaneutrale Mobilität der eigenen Belegschaft mit Firmentickets für den ÖPNV, Diensträdern und Bahntickets bei Dienstfahrten fördern. Nach § 80 Abs. 1 Nr. 9 BetrVG gehört der betriebliche Umweltschutz zu den allgemeinen Aufgaben des Betriebsrates.
- Auch um die Stimmung im Betrieb angesichts einer so dramatischen Entwicklung muss sich der Betriebsrat Gedanken machen. Nicht nur die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz treibt viele Kolleg:innen um. Mit dem Ukraine-Krieg sind Ängste erwacht: vor einem atomaren Erstschlag oder einer neuerlichen Reaktorkatastrophe. Szenarien, die wir glaubten mit dem 20. Jahrhundert hinter uns gelassen zu haben. Dazu kommt die Furcht, dass Deutschland doch noch auf die eine oder andere Weise Kriegspartei werden könnte. Diese Emotionen müssen ernst genommen werden.

Sorgen und Ängste dürfen nicht in Fremdenfeindlichkeit umschlagen

All die verständlichen Emotionen dürfen sich aber nicht in Fremdenfeindlichkeit verkehren und sich beispielsweise in verbalen Entgleisungen gegenüber Kolleg:innen mit russischer Migrationsgeschichte zeigen. Auch hier würde es nach § 80 Abs. 1 Nr. 7 zur Pflicht des Betriebsrates gehören, gegen Fremdenfeindlichkeit im Betrieb aktiv vorzugehen.

Besonders eklatant wird es, wenn sich der Arbeitgeber fremdendfeindlich verhält. Anfang März ging ein Fall aus dem Saarland durch die Presse, in dem einem Russen allein wegen seiner Staatsangehörigkeit gekündigt worden sei. Eine solche Kündigung ist selbstverständlich unwirksam, und der Betriebsrat wird im Rahmen der Anhörung nach § 102 BetrVG bereits intervenieren können.

Etwas komplizierter ist der Fall, wenn der Arbeitgeber glaubhaft einen Grund für die Kündigung formulieren kann, wie in dem Beispiel des Chefdirigenten der Münchener Philharmoniker. Waleri Gergijew hatte sich nach mehrmaliger Aufforderung nicht von dem russischen Angriffskrieg distanziert und wurde daraufhin vom Münchener Oberbürgermeister entlassen. Die politische Einstellung eines so prominenten Beschäftigten schlägt direkt auf das Image des Betriebes zurück. In diesem Fall könnte die Kündigung gerechtfertigt sein.

Der Betriebsrat wird sich immer dafür einsetzen müssen, das Recht auf freie Meinungsäußerung im Betrieb gegenüber dem Arbeitgeber zu verteidigen. Er könnte in Zukunft aber häufiger in solche Grenzfälle geraten. Auch hierfür ist es wichtig, frühzeitig Aussprachen innerhalb des Betriebsrates und der Belegschaft zu initiieren und sich inhaltlich zu positionieren.

Auswirkungen des Krieges müssen im Betrieb kommuniziert werden – das Recht auf Information

Der Betriebsrat und die Belegschaft haben ein Recht darauf, frühzeitig und konkret darüber informiert zu werden, welche Auswirkungen der Ukraine-Krieg auf das eigene Unternehmen hat und welche Veränderungen auf den eigenen Betrieb zukommen könnten. Sich als Betriebsrat ein realistisches Bild der Lage zu verschaffen, ist aus zwei Gründen wichtig: erstens, um eventuelle Einschnitte mitbestimmen zu können und zweitens, um ggf. zu verhindern, dass die Arbeitgeberseite den Krieg als Vorwand nutzt, um Einsparungen zu rechtfertigen, die nicht zwingend erforderlich sind.

Wie kann der Betriebsrat aktiv für Information und gegenseitigen Austausch sorgen?

Der Betriebsrat könnte den Ukraine-Krieg zum Thema auf der kommenden Betriebsversammlung machen. Schließlich diskutieren wir den Krieg seit seinem Beginn in den Medien, sozialen Netzwerken und bei privaten Treffen. Da liegt es nahe, sich auch mit seinen Kolleg:innen darüber auszutauschen. Sicherlich haben viele von ihnen das Bedürfnis, über dieses einschneidende Ereignis zu sprechen und zu erfahren, wie die Positionen im eigenen Betrieb dazu sind.

Das Betriebsverfassungsrecht steht dem nicht im Wege. In § 45 BetrVG wird geregelt, was auf der Betriebsversammlung besprochen werden soll. Die nicht abschließende Aufzählung von tarif-, sozial- und umweltpolitischen Themen macht bereits deutlich, dass nicht nur Fragestellungen des eigenen Betriebes besprochen werden können. Voraussetzung ist hier lediglich, dass sie den Betrieb und seine Arbeiter:innen unmittelbar betreffen. Dass dies der Fall ist, kann niemand bestreiten. Der Betriebsrat könnte also eine generelle Aussprache anregen oder auch in Kleingruppen darüber diskutieren lassen. Denkbar ist auch, eine:n Expert:in dazu einzuladen. Er/sie könnte einen kurzen Vortrag halten oder von einem Mitglied des Betriebsrates interviewt werden. Sinnvoll wäre es natürlich, wenn dabei im Vordergrund stünde, welche konkreten Auswirkungen der Krieg und die damit zusammenhängende Krise auf den eigenen Betrieb oder die eigene Branche haben könnten.

Auch der Arbeitgeber kann auf der Betriebsversammlung zu diesem Thema befragt werden. Nach § 44 Abs. 2 Satz 3 BetrVG hat er mindestens einmal pro Jahr unter anderem über die wirtschaftliche Lage des Unternehmens zu berichten. Es wird kaum Unternehmen in Deutschland geben, die weder direkt noch indirekt von dem Krieg betroffen sind.

Der Betriebsrat kann sich vom Arbeitgeber auch im Rahmen des Monatsgespräches ausführlich informieren lassen. Wenn ein Wirtschaftsausschuss existiert, muss der Arbeitgeber diesen rechtzeitig und umfassend informieren.

Nicht zuletzt: Umgang mit Geflüchteten aus der Ukraine und Aufgaben des Betriebsrates

Über 250.000 Geflüchtete sind bisher in Deutschland registriert worden, real sind es vermutlich mehr. Insgesamt sind bis jetzt fast vier Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen. Das Außenministerium schätzt, dass es bis zu acht Millionen werden könnten. Wann diese Menschen wieder in die Ukraine zurückkehren können, ist offen. Die meisten von ihnen können und müssen so schnell wie möglich in Beschäftigung kommen. Fragt Euch deshalb als Betriebsrat:

Wie ist der eigene Betrieb dafür aufgestellt? Kann man Kolleg:innen aus der Ukraine beschäftigen und vielleicht durch begleitende Sprachkurse unterstützen? Würde das eigene Unternehmen sogar davon profitieren, da in vielen Branchen Fachkräfte fehlen?

Zu den Aufgaben des Betriebsrates gehört es, gemeinsam mit dem Arbeitgeber die Integration von ausländischen Arbeiter:innen im Betrieb zu fördern. Nach § 92a BetrVG hat der Betriebsrat außerdem den Auftrag bzw. die Möglichkeit, sowohl Vorschläge zur Beschäftigungssicherung als auch zur Beschäftigungsförderung zu machen. Ein konkreter – initiativ vom Betriebsrat vorgelegter – Plan, wie man geflüchtete Kolleg:innen schnellstmöglich und herzlich in der eigenen Firma willkommen heißen könnte, wäre im Interesse aller Beteiligten und zudem eine hervorragende Umsetzung dieser Regelung.

Nach allen Prognosen werden uns der Ukraine-Krieg, seine Folgen und die Fragen, die er aufgeworfen hat, noch lange beschäftigen.

Auch Betriebsräte sollten sich darauf einstellen.

** Rene Kluge ist ehemaliger Betriebsratsvorsitzender und arbeitet als Betriebsratsberater für »Recht und Arbeit«: www.rechtundarbeit.net*

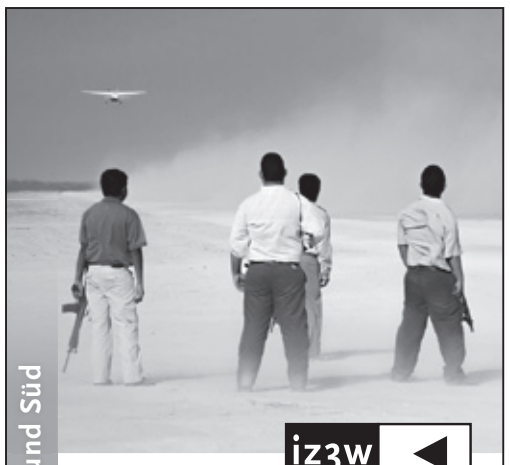
Bewegung mit Recht: In dieser Kolumne möchten wir Euch verschiedene Ideen und Anregungen für die Arbeit des Betriebsrates und anderer Interessenvertretungen geben. Für Fragen, Kommentare oder Themenvorschläge könnt Ihr Euch gerne direkt an den Autor wenden: rene@rechtundarbeit.net

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Widersprüche
Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

Heft 163
Entsolidarisierung und ihr Widerspiel
Ungleichheitsproduktion und Ausschlusspolitik
2022 – 140 Seiten – 15,00 €
ISBN 978-3-98634-003-2

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE



iz3w ◀

iz3w ▸ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

Verbrechen lohnt sich – Rackets & Bandenherrschaft

Außerdem:
Separatismus in Bosnien | Pressefreiheit in Hongkong | Comics aus Kairo

52 Seiten, € 6,–

www.iz3w.org

mandelbaum *verlag*

Das neu gegründete Jahrbuch für marxistische Gesellschaftstheorie versteht sich als Reaktion auf und als Alternative zur akademistischen Entwicklung im Wissenschaftsbetrieb.

Redaktionskollektiv (Hg.)
JAHRBUCH FÜR MARXISTISCHE GESELLSCHAFTSTHEORIE
#1: Staatskritik, Marxistisches Denken
324 Seiten | 20 Euro

www.mandelbaum.at

Russlands neuer Imperialismus

Die Ignoranz gegenüber der Entwicklung in Russland blamiert die Friedensbewegung, meint Bernd Gehrke*

Für Boris Romanchenko.

Eine solche Blamage linker Positionen gab es selten: Mit dem Aggressionskrieg Russlands gegen die unabhängige Ukraine wurde die noch kurz zuvor von vielen und prominenten Linken geäußerte Einschätzung ad absurdum geführt, dass, trotz des militärischen Säbelrasselns an den Grenzen der Ukraine, von Russland keinerlei Kriegsgefahr ausgehe. Obgleich die wichtigsten Akteure der deutschen Friedensbewegung ihren Irrtum öffentlich eingeräumt haben und eine faire Diskussion mit ihnen deshalb möglich ist, wurden die wesentlichen Gründe für diese fundamentale Fehleinschätzung bisher kaum diskutiert.

Eine der Ursachen für die Fehleinschätzung ist die mangelnde Beschäftigung mit dem russischen Kapitalismus. Diese ist jedoch nicht nur wegen des aktuellen Krieges gegen die Ukraine und der erneut sichtbar gewordenen Gefahr eines Atomkrieges notwendig. Denn die vorhergegangene Zerschlagung der politischen Opposition in Russland und die zunehmende Repression des Putin-Regimes während des Krieges birgt die Gefahr, dass sich das Regime von der bisherigen autoritären Präsidialherrschaft zum offen totalitär-faschistischen Regime entwickelt.[1] So ist in der Flut von Kriegsmeldungen fast völlig untergegangen, dass Sicherheitskräfte kurz nach Kriegsbeginn stundenlang die Räume der Ende 2021 verbotenen Menschenrechtsorganisation Memorial besetzten und zahlreiche Unterlagen und Computer beschlagnahmten. Vor allem aber stellt die gleichsam ausweglose Situation, in die der Überfall auf die Ukraine den russischen Kapitalismus gebracht hat, eine erhebliche Gefahr nicht nur für die russische Opposition dar. Eine Radikalisierung und zunehmende Gewalttätigkeit des Putin-Regimes nach innen und außen sind zu befürchten.

Miniaturen des russischen Wildost-Kapitalismus

Heute verkörpert das Putin-Regime nicht nur ganz offen die erzreaktionäre Ideologie der globalen Neuen Rechten in Kultur- und Innenpolitik, heute liegt auch die brutale Realität eines autoritär-repressiven und neoliberalen Wildost-Kapitalismus mit all seinen Hässlichkeiten klar vor aller Augen. Die innere Verfasstheit Russlands sollte eine Täuschung über den Charakter russischer Außenpolitik unmöglich machen. Sollte, wäre da nicht das Wegschauen vieler Linker.

So diskutieren die deutschen Linken kaum über den Charakter des russischen Wildost-Kapitalismus, dessen Brutalität sich wenig von dem des Wildwest-Kapitalismus etwa in den Schwellenländern des Südens unterscheidet. Das Lebensniveau der Lohnarbeitenden ist weitaus geringer als im Westen und zeigt, dass Russland immer noch ein Land der Zweiten Welt ist. Zudem ist es ein Land mit einem extremen Gegensatz von Armut und Reichtum, wobei jener kleinen Schicht von ein Prozent Superreichen eine riesige Welt der Armen gegenübersteht. Die sogenannte Mittelschicht umfasst dagegen maximal zehn Prozent der Bevölkerung. Eine der ersten Maßnahmen nach Putins Amtsantritt als Präsident war die Einführung einer neoliberalen Flattax von einheitlich nur 13 Prozent auf die Einkommen.

Zum täglichen Existenzkampf in den Großstädten mit ihren massenhaften prekären Jobs, die ebenso wie die Baustellen des Landes von den migrantischen Billiglöhner:innen aus dem russischen Hinterhof in Mittelasien gefüllt werden, gehört der Druck auf kämpferische Gewerkschaften durch die Phalanx von Staat und Kapital. Für diese dramatische Situation der arbeitenden Klassen in Russland, die der Situation in anderen Schwellenländern ähnelt, haben sich Linke bisher wenig interessiert; ebenso wenig für das Landgrabbing und den in riesiger Dimension betriebenen Raubbau an der Natur, der von Gewaltaktionen und Todesdrohungen gegen Öko-Aktivist:innen und sich wehrende Kleinbäuer:innen begleitet wird. Es gibt mit der »Alternative« sogar eine kleine Gewerkschaft, deren Ziel die Befreiung von Menschen aus privater Sklavenhaltung ist.

Der Korruptionssumpf von politischer Macht, Polizei, Justiz und Kapital bei der Ausbeutung von Mensch und dem Raubbau an der Natur macht nicht nur den kleptokratischen Charakter der Verbindung von autoritärem Staatsapparat und realem Wildost-Kapitalismus deutlich. Er erklärt auch die vielen Morde an investigativen Journalist:innen. Staatliche Schutzgesetze für Mensch und Natur, so sie vorhanden sind, sind zumeist nur wohlfeiles Beiwerk für die oft unmittelbar gewaltförmige Durchsetzung von Kapitalinteressen.

Das Beispiel VW und der Klassenkampf von oben

Westliche Multis wie Coca Cola und VW verhalten sich in Russland nicht anders als etwa in Mexiko. So legte 2019 das VW-Management in den Verhandlungen mit zwei Betriebsgewerkschaften einen Lohnabschluss unterhalb der Inflationsrate vor. Als eine der beiden Gewerkschaften, die zur unabhängigen Konföderation der Arbeit (KTR)[2] gehörende MPRA, die 38 Prozent der Belegschaft in der Tarifkommission vertreten hatte, mit einer Unterschriftensammlung in der Belegschaft deren Meinung einzuholen begann, wurde diese vom VW-Management auf dem Werksgelände verboten. Als die Unterschriftensammlung vor dem Betriebstor fortgesetzt wurde, beschuldigte VW die Gewerkschafter:innen des »Terrorismus« und rief die Polizei. Das regionale Arbeitsministerium verbot danach in Absprache mit dem Gouverneur gegen bestehende gesetzliche Rechte der Gewerkschaften die Unterschriftenaktion.[3] Diese Praxis der Kumpanei des deutschen Vorzeige-Konzerns mit autoritären Regimen kennen wir seit Langem, Brasilien oder Apartheid-Südafrika seien exemplarisch genannt.

Dieser Vorfall wurde zu einer Art Auftakt eines Großangriffs des russischen Staates und des hinter ihm stehenden Kapitals auf die Selbstbestimmungsrechte der abhängig Beschäftigten und der Gewerkschaften im folgenden Jahr. Am 23. Mai 2020 beschloss die Staatsduma die Abschaffung des bisherigen Arbeitsgesetzes. Darin war die autonome Aushandlung der Arbeitsbeziehungen durch Unternehmen und Gewerkschaften verankert. An deren Stelle trat nunmehr ein »in der Welt einzigartiges Gesetz«, wie Oleg Shein, der Vizevorsitzende der KTR, schrieb. In dieser Neufassung werden jetzt die Arbeitsbeziehungen »durch staatliche Vorschriften geregelt« und im Falle eines »Konflikts zwischen dem Arbeitsgesetzbuch und Regierungsbeschlüssen« hat nunmehr »die Entscheidung der Regierung Vorrang«.[4]

Kämpferische Gewerkschafter:innen, die sich internationalistisch-solidarisch betätigen, sind zudem durch das Gesetz über »ausländische Agenten« immer stärker bedroht, das auch gegen Memorial (siehe *express* 2-3/2022) und andere Menschenrechtsgruppen angewandt wurde.

Nomenklatura-Kapitalismus

Um das Agieren des Putin-Regims zu verstehen, gilt es, sich die Genesis des heutigen russischen Kapitalismus zu vergegenwärtigen und an seine Entstehung aus der despotisch geprägten ehemals herrschenden »kommunistischen« Nomenklatura zu erinnern. Nach dem gescheiterten Putsch der sowjetischen Sicherheitsapparate im August 1991 leitete Präsident Boris Jelzin eine Schockstrategie der Liberalisierung und der Hauruck-Privatisierung des sowjetischen Staatseigentums ein. Das erklärte Ziel war die rasche Schaffung einer privaten »Eigentümerklasse«, um so die Unumkehrbarkeit des kapitalistischen Weges in Russland zu sichern. Die Folge dieser Politik war eine dramatische Vertiefung der schon vorhandenen Sozial- und Wirtschaftskrise mit katastrophalen Folgen für das Leben der meisten Bürger:innen Russlands. Die durchschnittliche Lebenserwartung bei Männern sank auf 63,7 Jahre, in Moskau durchwühlten Rentner:innen die Mülltonnen nach Essbarem, im Zuge der Privatisierung wohnungslos gewordene Menschen zelteten auf dem Roten Platz in Moskau, Löhne

wurden monatelang nicht ausgezahlt und Bergarbeiter:innen streikten für ein Stück Seife.

Die Privatisierung des Staatseigentums verlief weitgehend auf kriminellen Wegen. Durch Tricks, Betrug, Korruption und Gewalt gelangten Betriebe und Banken sehr schnell »in die Taschen« ehemaliger »roter Direktoren« und anderer Angehöriger der »kommunistischen« Nomenklatura. In kürzester Zeit entstanden in diesen »Gründerjahren« der Oligarchen-Macht Milliarden-Vermögen. Mafiosi halfen dabei ebenso fleißig wie entlassene KGB-, Armee- und Polizeiangehörige. So entstand ein korruptes und kriminelles Netzwerk von ehemaligen Direktoren, Sicherheitsleuten und Mafiosi, die mit blutigen Methoden die weitere Umverteilung des ehemaligen Staatseigentums in den 1990er Jahren betrieben. Die 1990er Jahre in Russland glichen den Mafia-Auseinandersetzungen im Chicago der 1930er Jahre, wie anhand vieler Beispiele, etwa in den Büchern der ermordeten Journalistin Anna Politkowskaja, nachgelesen werden kann. Schnell war der treffende Begriff für das entstandene System gefunden: »Nomenklatura-Kapitalismus«, ein Kapitalismus, der aus der Aufteilung des vorherigen Staatseigentums unter die ehemalige »kommunistische« Nomenklatura, entstanden war. (S. auch den Beitrag von Slave Cubela in dieser Ausgabe)

Putin und die Oligarchie

Als Ende 1993 der Weg Russlands in den Kapitalismus gesichert erschien, begab sich eine Delegation führender deutscher Manager nach Russland, um Investitionsbedingungen auszuloten. Bei einem Treffen mit dem für die Pflege ausländischer Investoren zuständigen damaligen Vizebürgermeister von St. Petersburg, Wladimir Putin, kam es zu einem bemerkenswerten Gespräch, das nicht nur über die damaligen Herrschenden in Russland, über Putins Denkweise schon am Beginn seiner politischen Karriere, aber auch über die deutschen Manager Charakteristisches aussagt. in deutscher Generalmanager fragte Herrn Putin, ob eine Militärdiktatur nach chilenischem Vorbild in Russland nicht nur in Kreisen des Militärs erwogen werde. Herr Putin antwortete sehr eindeutig: »Wenn Sie so fragen … Ich befürworte eine Pinochet-Diktatur in Russland«.

Die Antwort scheint den deutschen Herren wirklich gefallen zu haben, denn alle, alle kamen und investierten in Russland – Siemens, VW, Daimler, die Chemie und viele mehr. [5]

Als Vizebürgermeister organisierte Putin zahlreiche korruptionsbasierte Deals zwischen alten Wirtschaftskadern, Westmanager:innen oder Mafiosi mit Politiker:innen. Ein »erfolgreiches« Mittagessen mit dem Bürgermeister Sobtschak konnte so schon mal über 100.000 US-Dollar kosten. Jedenfalls war die wirtschaftliche Situation der Stadt St. Petersburg wesentlich günstiger als im übrigen Land, weshalb Putin vom Stab Jelzins nach Moskau geholt und bald Ministerpräsident Russlands wurde.

Die Oligarchen, deren Wahlkampagne Jelzin 1996 seine Wiederwahl und eine zweite Amtszeit verdankte, bestimmten ungeniert die Politik des Kreml. Zur Sicherung ihrer Macht und ihrer Vermögen organisierten sie auch die Nachfolge Jelzins im Präsidentenamt für den Fall, dass dieser nach zwei Wahlperioden im Jahr 2000 ausscheiden müsse. Jelzin übergab sein Amt bereits vor Ablauf der Wahlperiode an den als »Reformer« und Mann der Oligarchen geltenden Putin. Sofort begann die systematische Inszenierung Putins zum Bären reitenden Superhelden. Einen – vermutlich geheimdienstlich inszenierten – Terroranschlag in Moskau benutzte Putin zur Eröffnung des zweiten Tschetschenienkrieges. Hierdurch demonstrierte er neue Stärke und die Wiederherstellung der »Ehre« Russlands, was ihm große Zustimmung bei der 2000er-Wahl zum Präsidenten einbrachte.

Eine ebenso große Zustimmung bei der Bevölkerung erhielt Putin, als er sich mit denen anlegte, die ihn an die Macht gebracht hatten, den Oligarchen. Er garantierte ihnen zwar das zusammengestohlene Vermögen, doch nur, wenn sie sich nicht in die Politik einmischten. Exemplarisch wurde das an der Entmachtung und Bestrafung des damals reichsten Mannes in Russland vorgeführt, Michail Chodorkowski. Nachdem dieser sich vor laufenden Fernsehkameras mit dem Präsidenten wegen der Korruption im Staatsapparat anlegte und in Opposition zum Präsidenten ging, wurde er 2003 verhaftet und 2005 zu acht Jahren Haft verurteilt. Der Vorwurf lautete auf schweren Betrug und Steuerhinterziehung mit einem Schaden von über einer Milliarde US-Dollar für den russischen Staat. Sein Öl-Konzern Yukos wurde wieder verstaatlicht.

Doch im Hintergrund dieser Auseinandersetzung gab es auch einen wirtschaftspolitischen Konflikt, denn Putin beabsichtigte, die Öl- und Gaswirtschaft als für Russland wirtschaftlich und politisch strategisch wichtigen Zweig wieder in staatlichen Besitz zu bringen.

Neben der in der kriminellen Privatisierung der 1990er Jahre wurzelnden Oligarchie hat die Herrschaft des autoritären Präsidialsystems noch ein weiteres Phänomen hervorgebracht. Mit Putin übernahmen die Kader des ehemaligen KGB die Kontrolle über die Oligarchie und brachten aus ihren Reihen nunmehr eigene Oligarchen hervor. Oft waren es alte Spezis und Vertraute des Präsidenten, die ihm ihren neuen Reichtum verdanken. So schuf Putin faktisch eine neue »Staats-Oligarchie« neben und über der Jelzinschen »Privat-Oligarchie«. Sie besetzt die wichtigsten Schaltstellen von Staatsapparat, Staatskonzernen und Wirtschaftskontrolle und bildet auf diese Weise ein enges Netzwerk von Politik und strategisch wichtigen Wirtschaftsbereichen. Durch ihre Funktionen haben ihre Angehörigen zugleich die Möglichkeit, in die eigene Tasche zu wirtschaften. Insofern bleibt sie erst recht »dem System Putin« zur Loyalität verpflichtet.

Die Modernisierung der Wirtschaft scheitert am Putin-Regime

Die Art und Weise der engen Verzahnung von Politik und Wirtschaft hat für Russland nicht nur Folgen für die Entwicklung der Demokratie, sondern ebenso für die langfristige wirtschaftliche Entwicklung. Das Problem ist die politische Vermachtung zweier dominierender Wirtschaftsblöcke in einem gemeinsamen, von Geheimdienstleuten geprägten politischen Machtblock, in dessen Zentrum der Präsident steht. Das ist einerseits die alle anderen zivilen Wirtschaftszweige durch Größe und den hohen Grad der Monopolisierung übertreffende Öl- und Gas-, aber auch die Kohle erschließende und exportierende Industrie. Hinzu kommt der Militärisch-Industrielle Komplex (MIK). Die monopolistische Kapitalstärke beider Wirtschaftsmacht-Blöcke führt fast regelmäßig dazu, dass neben ihnen entstehende innovative Unternehmen entweder aufgekauft oder vom Markt gedrängt werden. Die Ein- und Unterordnung des großen intellektuellen Potenzials Russlands etwa im IT-Bereich unter die Bedürfnisse von Militär und Geheimdiensten ist ein beredtes Beispiel für die hierdurch bedingte langfristige Schwächung ziviler Sektoren und damit für eine universelle Präsenz des Riesenlandes auf dem Weltmarkt.

Die Modernisierung der fossilen Industrie und des MIK zulasten der Vervielfältigung und Modernisierung der übrigen zivilen Wirtschaftsstruktur ist der machtstrukturell bedingte Hinkefuß der gesamten Wirtschaftsentwicklung in Russland. Das auf Öl und Gas beruhende, ökonomische Renten kleptokratisch verzehrende Machtgefüge des Putin-Regimes ist daher selbst die beste Garantie für das langfristige Hinterherhinken Russlands hinter seinen imperialistischen Konkurrent:innen. Stets extrem abhängig vom Öl- und Gaspreis auf dem Weltmarkt verkörpert es zudem in Zeiten der Klimaerwärmung auch in dieser Hinsicht innen- wie außenpolitisch extrem reaktionäre Interessen.

Erst die Wirtschaftssanktionen des Westens seit 2014 haben eine begrenzte Modernisierung anderer Zweige wie der Lebensmittelindustrie bewirkt. Zudem ist Russland heute mit einem Anteil von 20 Prozent einer der größten Weizenexporteure der Welt, was nichts an der Tatsache ändert, dass Russlands Exportstruktur weitgehend dem halbkolonialen Status eines Rohstoffe und Halbfabrikate exportierenden Landes entspricht. Seit dem Verfall der Öl- und Gaspreise ab 2008 stagnieren die Einkommen der Lohnabhängigen. Mit neuerlichen neoliberalen Angriffen auf Lohnabhängige und Rentner:innen wurde versucht, die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen und die Sanierung des Haushalts voranzutreiben. Dank Ölpreiserhöhung der letzten drei Jahre konnte allerdings die Corona-Pandemie abgefangen und die Kriegskasse gefüllt werden.

Gewalt statt Modernisierung

Der von Wladimir Putin und seinem Umfeld durchaus als Problem erkannte Widerspruch zwischen Russland als atomarer Supermacht und seinem ökonomischen Status auf dem Niveau Brasiliens hatte zu dem erklärten Ziel des Präsidenten geführt, dass Russland bis 2035 eine der fünf größten Wirtschaftsmächte der Welt werden soll. Stillschweigend musste dieses Ziel aber auf Eis gelegt werden. Neuere Prognosen vor dem Angriff auf die Ukraine besagen, dass Russlands Wirtschaft langfristig stagnieren und auch im Jahr 2035 sich etwa auf einem Platz wie heute bewegen wird. Doch bis zu diesem Zeitpunkt wird der Verbrauch fossiler Brennstoffe der wichtigsten sicheren Abnahmeländer in Europa drastisch zurückgegangen sein.

Wladimir Putin hat die Bedeutung des Zeitfaktors für den Konkurrenzkampf der Imperien begriffen. In einer Rede vor dem russischen Valdai-Diskussionsklub erklärte er 2021, dass in den nächsten Jahren darüber entschieden wird, wer in der Welt Zentrum und wer Peripherie ist. Seine Politik der letzten Jahre macht deutlich, dass er und sein Umfeld erkannt haben müssen, dass dieser Kampf nicht auf ökonomischem Feld zu gewinnen ist. Mit seiner rabiaten Unterdrückung jeglicher Opposition im Innern, mit seiner massiven Beihilfe zur Unterdrückung der Revolten in Weißrussland und in Kasachstan und seiner im Januar erfolgten Äußerung, dass Russland keine Revolution im postsowjetischen Raum dulden wird, hatte er die Bereitschaft zur Eskalation von Gewalt nach innen wie nach außen deutlich zum Ausdruck gebracht.

Ob die langfristige ökonomische Schwäche Russlands, für die der Charakter des Putin-Regimes selbst hauptverantwortlich ist, vor dem Hintergrund des Zeitfaktors den letzten, entscheidenden Auslöser für den Angriffskrieg auf die Ukraine bildete, kann nicht endgültig beantwortet werden. Dass sie aber zumindest einen wesentlichen Entscheidungshintergrund bildete und die Entscheidung für den Krieg stark befeuert haben dürfte, kann als ziemlich sicher angenommen werden. Denn wenn Russland auf Dauer keine ökonomische Großmacht werden kann, dann bleibt nur die Gewalt als Mittel, Großmacht zu sein. Aus der langfristigen ökonomischen Schwäche einerseits und dem großrussischen Weltmachtanspruch andererseits erklärt sich die zunehmende Aggressivität der Politik des Putin-Regimes.

Aber nicht allein, denn der in der herrschenden Klasse Russlands und bei Putin selbst tief verankerte Glaube an eine historische Mission eines großrussischen Imperiums gegenüber dem »dekadenten Westen« schließt immer auch die Ukraine ein. Nicht nur aus pseudo-historischen Gründen, sondern auch, weil Russland ohne Ukraine bekanntlich zwar ein großes Land ist, aber eben kein Imperium. Doch der imperiale Traum ist weitaus größer…

Es ist höchste Zeit für Linke im Westen, endlich die zutiefst reaktionäre und aggressive, für die Welt höchst gefährliche Entwicklung des Putin-Regimes zur Kenntnis zu nehmen. Gegenüber diesem Regime kann es für Linke keine Neutralität geben; was nicht heißt, bei der NATO anzuklopfen.

** Bernd Gehrke ist Historiker und Publizist (Berlin).*

Anmerkungen:

1 *Vgl. David Ernesto Garcia Doell: »In Russland droht ein faschistisches Regime«, Interview mit Greg Yudin, in: ak, 30. März 2022, online unter: https://www.akweb.de/politik/greg-yudin-in-russland-droht-ein-faschistisches-regime/*

2 *Die Gewerkschaften der Konföderation der Arbeit (KTR) haben sich nach 1989 staatsunabhängig gegründet, während die Nachfolgerin der sowjetischen »Staatsgewerkschaften« auch heute regimetreue Co-Managementpolitik mit dem Kapital betreibt. Obgleich den KTR-Gewerkschaften weit weniger Mitglieder angehören als den Staatsgewerkschaften, werden die meisten Arbeitskämpfe aber von den KTR-Gewerkschaften oder kleinen selbständigen Fachgewerkschaften geführt.*

3 *Vgl. Doro Zinke (2019): Russland – Freie Gewerkschaften unter Druck, DGB, https://www.dgb.de/themen/++co++26a99e66-a7ca-11e9-a475-52540088cada [12. Januar 2022]*

4 *Vgl. Oleg Shein (2020): Russian Capitalism and coronavirus, KTR News vom 27. Mai 20; http://ktr.su/en/content/news/detail.php?ID=6893 [12. Januar 2022]*

5 *Vgl. ausführlich den Beitrag von Slave Cubela in dieser Ausgabe. Das damalige Gespräch wurde jüngst in einer neuen ZDF-Doku erneut gezeigt, die in der ZDF-Mediathek abrufbar ist. Vgl. ZDF:Zeit, Putins Wahrheit: Die fünf Irrtümer des Westens, Dokumentation von Florian Huber, Sendung vom 24.03.2022, min. 13:43 – 16:11; https://www.zdf.de/dokumentation/zdfzeit/zdfzeit-putins-wahrheit-100.html [Zugrifff 25.03.2022].*

Ein neoliberales Monster in Moskau

Zu Putins Überfall auf die Ukraine – von Slave Cubela*

Es geht Schlag auf Schlag. In der Corona-Pandemie sind inzwischen weltweit über sechs Millionen Menschen gestorben. Vor etwas mehr als einem Jahr, am 6.1.2021, ist die Weltmacht USA einem rechtsextremen Putsch um Haaresbreite entgangen. Extremwetterereignisse nehmen in vielen Ländern dieser Welt bedrohlich zu. Und jetzt überfallt die Putin-Regierung den Nachbarstaat Ukraine und droht mal mehr, mal weniger offen mit dem Einsatz von Atombomben. Wir schreiben das Jahr 2022 – aber wer mag bei diesem Tempo, bei diesen Ereignis-Dimensionen noch sagen können, in welcher dystopischen Welt wir bereits in einem Jahrzehnt oder weniger angelangt sein könnten?

Allein: Hängen all diese Ereignisse überhaupt zusammen? Ist es nicht unpassend, Putins Überfall auf die Ukraine in eine Reihe mit ökologischen Katastrophen oder dem erstarkenden Rechtsextremismus und Rassismus in den USA zu stellen? Ist der Krieg in der Ukraine nicht gar, wie einige meinen, die Notwehr-Reaktion des Regierungschefs eines Landes, das über Jahrzehnte durch die NATO und den Westen provoziert worden ist? So berechtigt diese und ähnliche Fragen auch daherkommen mögen, meines Erachtens offenbaren sie nur, wie oberflächlich das Verständnis dessen ist, was gegenwärtig in der Ukraine passiert. Denn dieser Krieg ist weit mehr als der brutale Überfall auf ein Land durch ein anderes. Es geht auch weniger um Entitäten wie »Russland«, die »Ukraine«, den »Westen«. Vielmehr ist dieser Krieg Moment einer tiefgreifenden Veränderung sozialer Machtverhältnisse nicht nur in Russland, einer globalen Veränderung also, die den ohnehin düsteren Zukunftsaussichten der Menschheit sehr bald den Rest geben könnte.

Der Aufstand der neoliberalen Oligarchen

Um diese Veränderung in den Blick zu bekommen, möchte ich zunächst an eine kleine Meldung des »Neuen Deutschland« aus dem Jahr 1993 (ND, 31. Dezember 1993) erinnern: Unter dem Titel »Pinochet als Vorbild« wird in dieser Meldung über den Auftritt des damals zweiten Bürgermeisters von St. Petersburg, Vladimir Putin, vor namhaften deutschen Wirtschaftsvertretern berichtet. Dort heißt es: »Dabei unterschied Putin zwischen ›notwendiger‹ und ›krimineller‹ Gewalt. Kriminell sei politische Gewalt, wenn sie auf die Beseitigung marktwirtschaftlicher Verhältnisse abziele, ›notwendig‹, wenn sie private Kapitalinvestitionen befördere oder schütze. Er, Putin, billige angesichts des schwierigen privatwirtschaftlichen Weges eventuelle Vorbereitungen Jelzins und des Militärs zur Herbeiführung einer Diktatur nach Pinochet-Vorbild ausdrücklich.« Und der ND-Autor fügt hinzu: »Putins Ausführungen wurden sowohl von den deutschen Firmenvertretern als auch vom anwesenden stellvertretenden deutschen Generalkonsul mit freundlichem Beifall aufgenommen.« Mit anderen Worten: Putin hat schon zu Beginn seiner Politikerkarriere deutlich ausgesprochen, dass er bereit ist, Russland in eine marktwirtschaftliche Diktatur zu überführen. Und als er es Jahre später konnte, hat er diesen Worten auch Taten folgen lassen: Putins autoritärer Werdegang als russischer Staats- und Ministerpräsident belegt eindrucksvoll, wie sehr er seinem Pinochet-Vorbild treu geblieben ist. Aber auch etwas Anderes an dieser Episode ist mehr als bemerkenswert: Statt dem »kleinen Pinochet« 1993 in St. Petersburg zeitnah klar zu machen, dass die westliche Wirtschaft aus ihrer brutalen Vergangenheit immerhin ein wenig gelernt habe, sitzen Vertreter von Firmen wie BASF, Dresdner Bank oder Alcatel da und applaudieren brav.

Es blieb nicht bei bravem Beifall. Begleitet von dem Motto »Wandel durch Handel« hat das neoliberale Kapital des Westens seit 1993 keine Geschäftsgelegenheit ausgelassen, um nicht nur in Russland neue Pinochets aufzubauen. Man denke an Erdogan in der Türkei, man denke an Modi in Indien, man denke an Xi Jinping in China oder an Muhammed Bin Salman in Saudi-Arabien. Diese Figuren sind nicht nur allesamt autoritäre Regierungschefs, die dem Westen lange Zeit als seriöse Partner galten oder immer noch gelten. Schon seit Jahrzehnten ist bestens bekannt, dass sie spätestens, wenn sie sich bedroht fühlen, ihre brutal-egoistische Seite offenbaren. Es sei nur an den erschütternden Kashoggi-Mord in Istanbul erinnert. Und obwohl dieser Mord erst knapp vier Jahre her ist, applaudieren westliche Politiker und Wirtschaftslenker dem Auftraggeber dieses Mordes inzwischen wieder brav.

Dabei darf ein Aspekt nicht vergessen werden: Viele dieser »Herren« verschaffen oder erhalten sich durch ihre politische Herrschaft ein gigantisches Privatvermögen.

Oder genauer: Diese »Pinochets« sind materialistisch betrachtet Teil jener neuartigen Oligarchen-Klasse der Superreichen, die im Neoliberalismus auch in der westlichen Welt wächst und die uns dort politisch unangenehme Akteure wie Berlusconi, Trump, die Koch-Brüder oder den französischen Medienmogul Vincent Bollore beschert hat. Zwar suchen nicht alle von ihnen unmittelbare politische Macht. Aber diese transnationale Neuzusammensetzung der herrschenden Klassen hat dennoch weitreichende politische Konsequenzen, von denen der Angriffskrieg gegen die Ukraine nur die jüngste und extremste ist.

Denn: Man kann Putin gerne als wahnsinnig, imperialistisch oder wie auch sonst immer beschreiben. Aber auch bei ihm steht vor dem Bewusstsein sein materielles Sein. In seinem Fall ist es ein materielles Sein, das sich konservativ geschätzt auf ein Privatvermögen von 36 Milliarden Dollar beläuft und das sicher nicht durch Fleiß und Redlichkeit erworben wurde. Und so viel sollte allein dieser Umstand verdeutlichen: Jemand mit 36 Milliarden Dollar oder mehr auf dem Konto wünscht sich viel, aber sicher nicht, wie manch Beobachter meint, die alte Sowjetunion zurück. Wenn man deshalb also Putin zu dieser neuen globalen Geldaristokratie hinzuzählen muss, so fällt auf, wie wenig das Phänomen Putin als Folgeentwicklung des internationalen Neoliberalismus diskutiert wird. Das mag bei bürgerlichen Beobachtern verständlich sein, denn schließlich könnte das schwierige Fragen aufwerfen und die Legitimität der marktkonformen Demokratie beschädigen. Aber dass sich plötzlich viele westliche Linke auf jede erdenkliche Art und Weise in einen 36-Milliarden-Dollar-Oligarchen einfühlen, statt ihn ganz sachlich zunächst vor dem Hintergrund seines oligarchischen Seins zu verstehen, ja, dass sie sogar Partei für ihn ergreifen, ist mehr als erschütternd.

Doch nicht nur das. Indem viele Linke fleißig geschichtliche, kulturelle und geopolitische Bezüge ausbreiten, um den 36-Milliarden-Putin »zu verstehen«, entgeht ihnen eine entscheidende Pointe unserer Gegenwart. Dazu vorweg dies: Wenn soziale Klassen politisch nie einheitlich agieren, so tun dies auch nicht herrschende Klassen. Gerade tiefgreifende Veränderungen innerhalb sozialer Klassen laufen zudem nie konfliktfrei ab und der globale Aufstieg der neoliberalen Oligarchen ist eine solche tiefgreifende Veränderung. Vor diesem Hintergrund kann das, was in der Ukraine geschieht, aus klassentheoretischer Perspektive als Konflikt innerhalb der transnationalen herrschenden Klassen verstanden werden, als Fortsetzung jenes politischen Aufstandes der globalen Oligarchen-Kaste gegen den »progressiven Neoliberalismus« (mit seinen Vertretern Clinton, Obama, Draghi, Macron, Merkel usw.), der mit Trumps Präsidentschaft breite Aufmerksamkeit erregte. Die Konfliktlinie dieses Aufstandes ist nicht schwer zu verstehen: die Spielregeln der »marktkonformen Demokratie« werden diesen Oligarchen schlicht zu eng. Als große Emporkömmlinge einer marktradikalen Epoche haben sie verinnerlicht, dass am Ende immer das Gesetz des Stärkeren zählt. Und verallgemeinert man das Gesetz des Stärkeren, dann meint das schlicht: Die neuen Oligarchen wollen eine marktkonforme Diktatur. Dabei können sie an den klassischen Liberalismus anknüpfen, denn schon John Locke ging davon aus, dass wirtschaftlicher Erfolg zugleich belegt, dass die besitzenden Klassen gedanklich über dem Pöbel stehen und dass sie also deshalb das Privileg haben sollten, über die niedrigeren Menschen zu herrschen. Und gerade dort, wo die besitzenden Klassen in der neoliberalen Semi-Peripherie es gewohnt sind, natürliche Lebensgrundlagen ohne Rücksicht auf Verluste auszubeuten, dort, wo sie, wie im Fall der diesjährigen Fußball-Weltmeisterschaft, tausende Arbeiter eiskalt umbringen, dort, wo sie, wie in Kasachstan, Aufstände zusammenschießen lassen usw. – dort darf es nicht überraschen, dass eine besonders brutalisierte Form des Liberalismus entsteht, der gleichzeitig ein Übergang in neue Formen des Autoritarismus ist.

Größenwahn und Großraumpolitik

Dieser transnationale Aufstand der neuen, neoliberalen Oligarchen wird zudem befeuert, da sie ein Problem haben, das jeder Neureiche hat: Sie merken, wie sie von den alten besitzenden Klassen belächelt und herablassend behandelt werden. Ihre üppigen Protz-Paläste, ihre obszönen Jachten, ihre jungen Model-Frauen – all das ist für das »alte Geld« geschmacklos. So bleiben kleine und große Kränkungen nicht aus. So kann das Geltungsbedürfnis der neuen Oligarchen nicht zur Ruhe kommen. So suchen diese »Herren« tatendurstig nach Betätigungsfeldern für ihre Größe. Sie bauen dann wie im Nahen Osten gigantische Wolkenkratzer, sie richten unablässig sportliche Welt-Ereignisse aus, sie kaufen Fabergé-Eier, investieren in moderne Kunst, sie geben Empfänge und rauschende Feste, sie fliegen ins All. Aber letztlich ändert das nichts an ihrem Problem, sie sind bestenfalls nützliche neureiche Idioten der alten Herrschaftseliten.

> *»Die Krise besteht gerade darin, dass das Alte stirbt und das Neue nicht geboren werden kann: In diesem Interregnum treten die vielfältigsten morbiden Erscheinungen auf.«*
>
> **(Antonio Gramsci, Gefängnishefte, H. 3, §34, 354f.)**

Und so kommt es, dass viele »Pinochets« zunehmend an der alten Herrschaftsideologie der Geopolitik Gefallen finden. Denn was, wenn sie als vulgäre Glücksritter den schmutzigen Ursprung ihres plötzlichen Reichtums dadurch überdecken könnten, dass sie alte nationale und imperiale Träume verwirklichen? Oder genauer: Geschichtliche Größe durch Großraumpolitik erreichen, dabei von den Massen im nationalen Taumel geliebt werden, um umso besser weitere Milliarden aufs Privatkonto zu scheffeln – schlägt man damit nicht drei Fliegen mit einer Klappe? Erdogan sehnt sich beispielsweise nach einer Wiederkehr des Osmanischen Reiches, und wer will daran zweifeln, dass er – wenn er im Besitz von Atomwaffen wäre – hier schon längst weitergangen wäre, als sich lediglich – wie Putin ja auch – an der Zerstörung Syriens und Libyens zu beteiligen? Mohammed bin Salman ist nicht nur schon seit 2015 im Krieg, indem er den Jemen unter seine Kontrolle zu bringen sucht, zugleich sind die sunnitischen Petro-Dynastien am Golf ein wichtiger Faktor bei der globalen Terror- und Kriegsgeschichte des Islamismus. Donald Trump könnte 2024 wieder US-Präsident werden, und wer weiß, vielleicht annektiert er dann Grönland einfach, statt einen zweiten Anlauf zu starten, um es Dänemark abzukaufen? In Indien hat Narendra Modi schon lange vor Trumps-»America-First«-Parolen die Losung ausgegeben »Indien an erster Stelle«. Man darf gespannt sein, ob sich sein Hindu-Nationalismus bald nicht nur gegen die indischen Muslime richtet, sondern womöglich gegen den Atom-Nachbarn Pakistan. Und auch Xi Jinping bereichert sich wie die gesamte »rote« Oligarchen-Kaste Chinas unablässig und schamlos – und wer zum Buch »Alles unter einem Himmel« des chinesischen Staatsphilosophen Zhao Tingyang greift, merkt schnell, dass – wie der Deutschlandfunk (https://www.deutschlandfunkkultur.de/zhao-tingyang-alles-unter-dem-himmel-weltfrieden-auf-100.html) treffend bemerkt – die neue chinesische Weltordnung genauso hierarchisch und miefig strukturiert sein soll wie eine chinesische Familie.

Dabei ist mit Blick auf die Ukraine etwas

hervorzuheben: In der Ideologie der Geopolitik gibt es seit jeher eine Art heiligen Gral, nämlich den eurasischen Raum. Wie vom langjährigen US-Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski 1997 in seinem Buch »Die einzige Weltmacht« klar formuliert wurde: »Seit den Anfängen der Kontinente übergreifenden politischen Beziehungen vor etwa fünfhundert Jahren ist Eurasien stets das Machtzentrum der Welt gewesen. (..) Eurasien ist somit das Schachbrett, auf dem sich auch in Zukunft der Kampf um die globale Vorherrschaft abspielen wird.« Erhebt man, wie die neoliberalen Oligarchen, diesen Aspekt der alten geopolitischen Herrschaftsideologie zum einzigen Referenzpunkt, der ihrer Größe nach Jahren schmutziger Geschäfte und der Plünderung öffentlicher Kassen noch würdig ist, dann ist das, was in der Ukraine geschieht, schlicht der Griff nach Weltherrschaft. Genauer formuliert: ohne China wäre Putins Angriff auf die Ukraine tatsächlich Unsinn, aber da China Putins Partner ist, macht dieser Angriff beängstigend viel Sinn. Die Oligarchen-Cliquen in Moskau und Peking testen damit in der Ukraine aus, wie der Westen reagiert und setzen dessen Bevölkerungen unter Angst und Stress. Egal wie der Ukraine-Krieg ausgeht: die westliche Flanke des eurasischen Raums wird ein politisch heikles Terrain und tendenziell eine No-Go-Area für die NATO. Zudem bekommen die »roten« Oligarchen im Reich der Mitte durch die Sanktionen einen exklusiven Zugang zu den russischen Energiereserven, während umgekehrt Russland nach China jene Rohstoffe exportieren kann, die der Westen womöglich nicht mehr will. Eine. »Zukunftsindustrie« wie die stärker werdende chinesische Autoindustrie bekommt zudem Zugang zu einem Markt mit 144 Millionen Bürger:innen. Und russische und chinesische Oligarchen müssen keine Demütigungen mehr fürchten, wie sie China etwa im Fall Huawei erlebte. Russlands Oligarchen spekulieren bei alledem sehr wahrscheinlich zusätzlich auf High-Tech-Transfer aus China. In dieser beängstigenden Logik der Geopolitik fehlt dann nur ein Mosaik-Stein zur Weltherrschaft: die Eroberung der weltweit führenden Halbleitertechnologie in Taiwan als Voraussetzung global-digitaler Überlegenheit.

Die schlafende Vernunft gebiert Monster

»Der Schlaf der Vernunft gebiert Ungeheuer« ist der Titel eines Werkes von Goya. Putin ist ein Monster der schlafenden Vernunft. Er ist dabei ein Monster, das in der »sterbenden Welt« (Gramsci) des alten Neoliberalismus entscheidend geprägt worden ist. Denn auch wenn diese Welt in den globalen Zentren vernünftig vom ewigen, demokratischen Frieden träumte, sie durch die Globalisierung zusammenrückte und neue Formen der internationalen Zusammenarbeit etablierte, so war diese Welt zugleich eine kalte, brutale Welt, in der zunehmend nur Gewinner zählten, in der die Wahl der Mittel sekundär wurde und eine Welt, die es tolerierte, dass gerade außerhalb der Zentren Formen der grundlegenden gesellschaftlichen Opposition oftmals drakonisch unterdrückt wurden. Und auch das gilt es zu betonen: der Grat der darüber entscheidet, ob Handel Frieden stiftet oder Krieg vorbereitet, ist seit jeher schmal. Entsprechend hat Zygmunt Baumann bereits im Jahr 2000 den alten Clausewitz paraphrasiert, als er feststellte: »Der Krieg ist die Fortsetzung des globalen Freihandels mit anderen Mitteln.« Mit Putins Krieg in der Ukraine zerbricht jetzt der internationale Konsens der herrschenden Klassen endgültig, die bislang nahezu konsensuale »marktkonforme Demokratie« weicht der Idee der marktkonformen Diktatur – und die Zukunft der Treiber dieses Prozesses, der vielen kleinen und großen neoliberalen Monster sieht blendend aus.

Denn der Schlaf der Vernunft wird anhalten. Die Linke ist gesellschaftspolitisch völlig marginalisiert und ihre Reaktion auf die Ukraine-Krise lässt keine Besserung vermuten. Die alten Eliten dieser Welt wiederum, die nach 1989 von einem liberaldemokratischen Ende der Geschichte (Francis Fukuyama) träumten, können als liberale Dogmatiker nicht verstehen, dass es ihr eigener Liberalismus ist, der all diese Monster geboren hat. Die Monster suchen diesen Schlaf der Vernunft außerdem mit allen populistischen Mitteln zu verlängern. Ein erheblicher Teil von ihnen verdankt seinen Reichtum etwa fossilen Brennstoffen, jedes Erwachen der ökologischen Vernunft bedroht sie direkt. Sie sind es gewohnt, Arbeiter:innen brutal auszubeuten und Gewerkschaften zu zerschlagen, ergo gilt es, jede Form der sozialen Vernunft, demokratischer Selbstbestimmung und Selbstverwaltung einzudämmen. Und da viele von ihnen von absoluter Herrschaft träumen, so ist jede demokratische Vernunft ihr Feind. Putins Krieg ist insofern eine logische Konsequenz dieser Entwicklung. Egal also, wie die Ukraine-Krise letztlich ausgeht – wenn es nicht gelingt, die neoliberalen Monster zu bändigen, ihre Vermögen zu enteignen, um dann den gewaltigen Reichtum der Welt im 21. Jahrhundert zum Wohle aller einzusetzen, dann ist das neoliberale Monster in Moskau nur eine von noch vielen kommenden Horror-Shows, mit denen die neue Oligarchie die Welt in einen Ort verwandeln wird, der partiell gar nicht mehr bewohnbar sein wird, in dem Autoritarismus und Rechtsextremismus normal geworden sind, ebenso wie weitere Kriege. Vielleicht sogar vor Ablauf dieses Jahrzehnts.

** Slave Cubela ist Mitarbeiter einer großen deutschen Industriegewerkschaft.*

Antipasti Speciale:

Gewerkschaften im Krieg

Globale Boykottmaßnahmen

Hafen- und andere Arbeiter:innen gegen den Krieg

Weltweit haben Gewerkschaften und Belegschaften schnell auf Putins Angriffskrieg reagiert: Auf LabourNet sind Berichte von spontanen Aktionen aus acht Ländern dokumentiert: Die Australische Maritime Union (MUA) forderte am 3. März die Regierung zu einem Embargo auf. Ab dem 6. März blockierten Schlepper:innen und Stauer:innen im belgischen Zeebrügge zwei Tage lang die Entladung eines russischen Gastankers. Die dänische Hafenarbeitergewerkschaft Havnearbejdernes Landsklub erklärte, ihre Mitglieder würden nicht auf oder an russischen Schiffen oder Frachten arbeiten. UNITE unterstützt britische Hafenarbeiter:innen, die sich – im Sinne der britischen Regierung – ebenso entscheiden. In Kanada ist das Verbot für russische Schiffe, in kanadischen Häfen zu Landen, auf Druck der ILWU durchgesetzt worden. In den Niederlanden gibt es kein entsprechendes Landeverbot, die Hafenarbeitergewerkschaft FNV hat deswegen angekündigt, dieses eigenständig durchzusetzen.

Während sich diese frühen Boykott-Aktionen gegen den Agressor richteten, kamen Ende März italienische Hafen- und Flughafenarbeiter:innen in die Schlagzeilen, weil sie den Transport von Waffen oder waffenfähigem Material auch in die Ukraine boykottierten.

Medial am bekanntesten waren und sind die wiederholten Sabotageaktionen belarussischer Eisenbahner:innen am Schienennetz, um russische Waffentransporte zu stoppen. Bereits am 26. Februar sollen durch Sprengstoffanschläge die Anschlüsse vom belarussischen ins ukrainische Schienennetz gekappt worden sein. Bis Ende März kam es zu mehreren ähnlichen Aktionen (Baumstämme auf Schienen u.ä.). Die belarussische Regierung geht mittlerweile gegen den »Schienen- oder Eisenbahnkrieg« vor und inhaftiert Eisenbahner:innen.

(Alle Infos: labournet.de)

Schon wieder Fleischindustrie

Unterschichtung schnell und direkt

Mit den Arbeitsbedingungen bei Tönnies und Amazon beschäftigt sich Peter Birkes Studie »Grenzen aus Glas« ausführlich (siehe die Rezension von Sabrina Apicella auf S. #). Peter Birke war es auch, der bereits 2017 bzgl. der Fleischindustrie festgestellt hatte: »Dass Geflüchtete in dieser Auslagerungskette auftauchen, ist so sicher wie das Amen in der Kirche« (*express* 5/2017, S. 9).

Tönnies hilft dabei jetzt selbst nach: Im polnischen Grenzort Przemyśl lässt Tönnies Flyer verteilen, mit denen Ukrainer:innen, die vor dem Krieg geflüchtet sind, als Produktionshelfer:innen angeworben werden sollen. »Drei Mitarbeiter seien an die polnisch-ukrainische Grenze geschickt worden, damit sie vor Ort den überwiegend weiblichen Kriegsflüchtlingen ein Arbeitsangebot machen können«, bestätigt Tönnies der Panorama-Redaktion. Von schlechtem Gewissen keine Spur: »Wir helfen den Kriegsflüchtlingen vor Ort und bieten ihnen eine Zukunftsperspektive […] Wir bereichern uns nicht an der Not der Flüchtlinge. Das ist eine völlig irre Aussage. Wir tarnen auch nichts als gute Tat«, zitiert tagesschau.de den Konzernsprecher Fabian Reinkemeier. Nach Informationen der Gruppe »Gemeinsam gegen die Tierindustrie« wurden Tönnies-Werbeverteiler vor Ort vertrieben.

Solidarisch in die Ukraine

Frankreich: Solidaires plant Konvoi in die Ukraine

Der französische Gewerkschaftsbund Solidaires organisiert einen Hilfskonvoi für die Arbeiterorganisationen in der Ukraine. »Wir wissen, dass die wahren Opfer des Krieges die Menschen sind, die arbeitenden Menschen«, heißt es in einer Erklärung der Solidaires. Heute sind es die ukrainischen Arbeiter, die angegriffen werden, aber »morgen könnten wir es sein«.

Solidaires ruft zu Geldspenden auf, um Materialien zu kaufen, die die ukrainischen Gewerkschaften benötigen. Aktivist:innen in Kiew, vor allem Mitglieder des Bundes Freier Gewerkschaften der Ukraine (CFTUU) und des Ukrainischen Gewerkschaftsbundes (FTUU), haben eine Liste mit notwendigen Gütern – von medizinischer Ausrüstung bis zu kugelsicheren Westen – zusammengestellt.

Zu diesem Zweck hat Solidaires den Verein »Convoi syndical« gegründet, der Spenden entgegennimmt. Gewerkschaften, Gewerkschaftszweige, Gewerkschafter:innen oder einzelne Arbeitnehmer:innen können entweder einen Scheck ausstellen, der auf »Convoi syndical« ausgestellt ist, und ihn an die folgende Adresse schicken: Solidaires, 31 rue de la Grange aux belles, 75010 Paris (bitte schreibt »convois syndicaux« auf den Umschlag) oder auf das Bankkonto der Vereinigung Convoi syndicaux: 2796496A020 La Banque Postale, Frankreich überweisen.

(https://peopleandnature.wordpress.com)

Organisierung der »Unsichtbaren«

Polen: Ukrainische Flüchtlinge gründen Pflegegewerkschaft

Ein Dutzend ukrainischer Flüchtlinge hat kürzlich in Polen eine Gewerkschaft für Hausangestellte gegründet. Mittlerweile besteht sie aus mehr als 30 Betreuer:innen. Die Gewerkschaftsstruktur der weiblichen Pflegekräfte aus der Ukraine arbeitet unter dem Namen Komisja Pracownic i Pracowników Domowych (Kommission der Arbeiter und Hausangestellten) innerhalb der Gewerkschaftsstruktur »Inicjatywa Pracownicza« (IP), die vor allem für ihre Arbeit bei Amazon bekannt ist.

Die Gewerkschaft fordert legale Arbeitsverträge, angemessene Bezahlung, Respekt und Anerkennung. Sie richten ihre Forderungen nicht nur an die Arbeitgeber und die Agenturen, die die Arbeit vermitteln, sondern auch an die polnische Regierung.

(labournet.de, Homepage der Gewerkschaft: http://pracownicedomowe.pl/)

Give Peace a Chance

Aufruf zu einer Unterstützungskampagne für die Ukraine – Eine Initiative von Friedensaktivist:innen der 1980er Jahre

Auch unsere Freiheit wird in Kiew verteidigt

Unser Mitgefühl gilt allen Menschen in der Ukraine, die unter der völkerrechtswidrigen Invasion durch Putin-Russland leiden müssen. Wir zollen den Ukrainern und Ukrainerinnen, die sich einer Übermacht der russischen Armee entgegenstellen und ihre Freiheit verteidigen, großen Respekt. Sie verdienen unsere Solidarität, wie auch die Russinnen und Russen, die offen gegen den Überfall auf die Ukraine protestieren.

Solidarität muss immer konkret und praktisch sein, sie erschöpft sich nicht in Worten. Wir bitten daher alle Menschen in unserem Land, dort konkrete Hilfe zu leisten, wo es ihnen möglich ist: durch Material- oder Geldspenden für Hilfsprojekte vor Ort, durch die Organisation eigener Hilfsprojekte, durch Hilfe für Flüchtlinge aus der Ukraine, durch eine Verurteilung des Überfalls auf die Ukraine durch die Putin Regierung überall dort, wo dies möglich ist.

Wer sich ein freies Land gewaltsam unterordnen will und dabei den massenhaften Tod in Kauf nimmt, missachtet Völkerrecht und Demokratie. Er gefährdet damit auch unser aller Freiheit in Europa, die mit millionenfachem Blutvergießen erkämpft wurde.

Wir unterstützen die Bundesregierung darin, gegenüber Putin-Russland eine eindeutige Position der starken Gegenreaktion zu beziehen. Die sehr späte Neujustierung der Politik nach Beginn des Einmarsches russischer Truppen in der Ukraine muss konsequent die Aufkündigung des Swift-Abkommens und ein Embargo der Ölimporte aus Russland umfassen. Wir dürfen mit unserem Geld nicht den Krieg mitfinanzieren.

Wir wissen, dass alle wirtschaftlichen Sanktionen auch zu großen Belastungen in unserem Land führen. Diese Opfer sind unvergleichbar mit dem, was die Menschen in der Ukraine erleiden müssen. Sie sind als unser Beitrag zur Verteidigung auch unserer Freiheit leider nötig. Auch hier ist konkrete Solidarität unverzichtbar: Die wohlhabenderen Schichten sind aufgefordert, durch eigene stärkere Beiträge die Möglichkeiten zur Entlastungen für Menschen am Existenzminimum zu finanzieren. Nur auf diese Weise kann ein breiter gesellschaftlicher Konsens sichergestellt werden.

Wir bitten Sie, unterstützen Sie uns mit einer Spende und teilen Sie diesen Aufruf mit Bekannten und Verwandten. Wir werden die eingehenden Spenden vorrangig kleineren Hilfsorganisationen vor Ort zukommen lassen. Aus den bisher eingegangenen Spenden wurden unterstützt:

1. Vostok SOS, eine ukrainische Hilfsorganisation, die über Liberico, Partnership for Human Rights, Sach- und Geldspenden zur Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse der Menschen in den unmittelbaren Gefahrenzonen in der Ukraine einsetzt. Vostok SOS bringt Medikamente und Verbandmaterial in die Gefahrenzonen, hilft bei der Evakuierung und bei der Suche nach temporären Wohnmöglichkeiten und bietet medizinische, psychologische und rechtsberatende Hilfestellung
2. Chabad Lubawitch Berlin: Die jüdische Organisation Chabad Lubawitch Berlin hat am 4. März 150 jüdische Waisenkinder aus Odessa aufgenommen und sorgt für Unterkunft, Betreuung und Pflege dieser Waisen, die dringend auf unsere Hilfe, materiell wie immateriell angewiesen sind.
3. Aktion Deutschland hilft: Eine der bekanntesten deutschen Hilfsinstitutionen, die in den zurückliegenden Jahren mit viel ehrenamtlichen Engagement in unterschiedlichsten Bereichen dafür gesorgt hat, dass die schlimmsten Folgen von Vertreibungen, aber auch von Naturkatastrophen für die Betroffenen abgemildert wurden.
4. Zentrale der Pfadfinder in Lemberg; dort können Bürger, Institutionen, Unternehmen ihre Sachspenden hinbringen, die dann an die Streitkräfte und immer mehr auch für die Nöte der in den Bombardements verwundeten Zivilisten, vor allem Medikamente, medizinische Gerätschaften, Beatmungsapparate, Infusionen, Operationszeug etc. weitergegeben werden. Unsere Kontaktperson ist Jurko Prochasko, ein bekannter ukrainischer Schriftsteller, Germanist und Übersetzer. Jurko ist mit seinem Brief »An die Freunde« auf www.rbb-online/rbbkultur/radio zu hören und zu lesen.
5. Miasta Partnerskie Olkusz: Jugendbegegnungsprojekt in Olkusz/POLEN zwischen ukrainischen, polnischen und israelischen Jugendlichen.
6. Ukraine-Unterstützungsinitiative Zernikow e.V.: Unterbringung von 18 Geflüchteten und Selbstorganisierter Sprachunterricht
7. Hilfsnetzwerk Kontakte-Kontakty Berlin: Das Netzwerk kümmert sich um Überlebende der NS-Verfolgung in der Ukraine und sorgt für Verpflegung, Wärme und medizinische Versorgung

Mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Main-Taunus, einer gemeinnützigen Organisation, haben wir eine Zusammenarbeit vereinbart. Bitte überweisen Sie Ihre Spende an: CJZ MTK, Verwendungszweck Ukraine Solidarität, bei der Taunus Sparkasse IBAN DE67 5125 0000 0049 0055 63 BIC: HELADEF1TSK

Berlin, 7. März 2022/29. März 2022

Kontakt: Hartmut Bäumer (Richter und Regierungspräsident in Hessen a. D, Vorsitzender von Transparency International Deutschland eV), Backnanger Str. 4,13467 Berlin, Mail: hbaeumer@bridges.de
Günter Pabst (Vorstandsmitglied der CJZ MTK e.V., Stadtverordnetenvorsteher und Ehrenbürger von Olkusz/Polen), Höhenstr. 14, 65824 Schwalbach, Mail: pabst@gmx.eu

Dringliches

Buchmesse I

Linke Buchtage

Die Linken Buchtage finden in diesem Jahr vom 13.-15. Mai 2022 statt. Mit Lesungen, Diskussionen und Bücherständen bieten sie im Mehringhof Kreuzberg die Möglichkeit, sich wieder live auszutauschen. Das Programm war zu Redaktionsschluss noch nicht bekannt, aber die Spatzen pfeifen von den Dächern, dass Slave Cubela sein Buch »Anger Hope Action« (siehe *express* 12/2021, S. 13) und Peter Birke seine Studie »Grenzen aus Glas« (siehe Rezension in dieser Ausgabe) vorstellen werden…

Zeit und Ort: Freitag, 13. Mai bis Sonntag, 15. Mai 2022, 16.00 Uhr, Mehringhof, Gneisenaustraße 2A, 10961 Berlin
Veranstalter: Mehringhof e.V.
Programm: demnächst auf https://linkebuchtage.de/programm/

Betriebsgeflüster

dka-Kanzlei lädt zum Whistleblowing ein

»Was bedeutet die neue EU-Richtlinie für Whistleblower:innen im arbeits- und strafrechtlichen Kontext? fragt sich und uns die Berliner dka-Anwaltskanzlei und hat dazu Jurist:innen, Journalist:innen und Wissenschaftler:innen zu Input und Debatte geladen.

Zeit und Ort: Freitag, 20. Mai 2022, 16.00 Uhr, Robert-Havemann-Saal, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
Veranstalter: dka Rechtsanwälte Fachanwälte, www.dka-kanzlei.de
Anmeldung: Wegen begrenzter Platzzahl bittet die Kanzlei um Rückmeldung bis zum 29. April 2022 an kanzlei@dka-kanzlei.de

Buchmesse II

Anarchy in Mannheim

Die VI. Anarchistische Buchmesse Mannheim findet vom 26. bis 29. Mai 2022 statt. Der Veranstaltungsort ist wie bisher das Jugendkulturzentrum forum.
Eine Vielzahl von libertären und anarchistischen Verlagen wird auf der Buchmesse vertreten sein, es werden rund 30 Lesungen und Vorträge stattfinden. Daneben gibt es ein Kulturprogramm.
Auch hier ist das endgültige Programm noch nicht bekannt, angekündigt sind aber bereits Vorträge über »die modernen Wanderarbeiter:innen« (Unrast-Verlag, Kathrin Birner, Stefan Dietl), »Markt zerfrisst Gesundheitswesen« (Die Buchmacherei, Klaus Dallmer) u.a. Im Rahmen der Buchmesse feiert die Graswurzelrevolution ihr 50-jähriges Jubiläum.

Zeit und Ort: Donnerstag, 26. Mai bis Sonntag, 29. Mai 2022, Jugendkulturzentrum forum
Veranstalter: Anarchistische Gruppe Mannheim, Jugendkulturzentrum forum, JUZ Friedrich Dürr und zeitraumexit
Programm: https://buchmesse.anarchie-mannheim.de/programm

International, solidarisch, stark

Gewerkschaftliche Arbeit entlang der Wertschöpfungs- und Lieferketten

TIE International lädt gemeinsam mit der Rosa Luxemburg Stiftung, der Friedrich Ebert Stiftung und ver.di zur zweiten internationalen Konferenz mit dem Motto »International – Solidarisch – Stark: Gewerkschaftliche Arbeit entlang der Wertschöpfungs- und Lieferketten« ein. Die Konferenz ist eine Plattform von Kolleg:innen für Kolleg:innen, die in unseren Gewerkschaften aktiv sind.
Ziel der internationalen Konferenz ist es, einen Austausch über die internationale gewerkschaftliche Arbeit sowie die Arbeits- und Lebensbedingungen in unterschiedlichen Ländern zu ermöglichen. Die Konferenz soll zudem eine Plattform für Reflexion der bisherigen Arbeit und zur Internationalisierung des gewerkschaftlichen Handelns und der Entwicklung von gegenseitigem Verständnis bieten.
Mit der Konferenz soll den Teilnehmenden ermöglicht werden:

- Austausch und Reflexion der eigenen Praxis und Perspektiven (Entwicklung neuer Ideen, Strategien und Praxisformen, notwendige Instrumente etc.) angesichts der derzeitigen Herausforderungen.
- Begegnung von Menschen, die ansonsten nicht zusammenkommen (Nord – Süd, aus verschiedenen Initiativen). Die Konferenz soll die Möglichkeit bieten, sich gegenseitig Anregungen aufzunehmen und Ideen für die zukünftige gemeinsame Arbeit zu entwickeln.
- Teilnehmer:innen sind Beschäftigte aus dem Handel, insbesondere aus den Bereichen Lebensmittel und Textil aus Deutschland, sowie Gewerkschafter:innen aus Brasilien, Bangladesch, Indien, Sri Lanka, Südafrika und anderen Ländern.

Zeit und Ort: Dienstag, 5. bis Mittwoch, 6. Juli, Friedrich Ebert Stiftung, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin
Veranstalter: TIE, ver.di FB Handel, Friedrich-Ebert-Stiftung und Rosa-Luxemburg-Stiftung
Anmeldung: bis zum 4. Mai 2022 per Mail an fb-d@verdi.de

Leserliches

Salz in die Wunden

Mit dem Salzstreuer auf die Konzerne

Für das Buch »Die wunden Punkte von Google, Amazon, Deutsche Wohnen & Co.« hat Nina Scholz mit zahlreichen Arbeiter:innen, Organizer:innen und Gewerkschafter:innen gesprochen; sie berichtet außerdem über den Kampf der Berliner:innen gegen die Immobilienkonzerne, an dem sie sich seit vielen Jahren selbst beteiligt. Lange sah es so aus, als ob die Konzerne übermächtig und unangreifbar wären. Diese Zeiten sind vorbei, denn viele Menschen organisieren und wehren sich, entwickeln Alternativen. Gemeinsam finden sie die wunden Punkte der Großunternehmen, die so vielfältig und zahlreich sind wie die Kämpfenden und ihre Methoden: Bei Google gründen sich Gewerkschaften, bei Amazon wird immer wieder gestreikt, ehemalige Deliveroo- Fahrer:innen bauen eine Genossenschaft auf…

Nina Scholz (2022): Die wunden Punkte von Google, Amazon, Deutsche Wohnen & Co. Was tun gegen die Macht der Konzerne? Bertz & Fischer, Berlin. ISBN 978-3-86505-766-2220 Seiten, 10 Euro.

Erfolg und Scheitern transnationaler Gewerkschaftskampagnen

Die europäischen Bürgerinitiativen right2water und fair transport – von Imre Szabó, Darragh Golden und Roland Erne*

Viele Studien zur Politisierung der EU sehen die Haupttrennlinie zwischen transnationalen EU-Eliten auf der einen Seite und nationalistischen Akteuren, die Anti-EU-Stimmungen schüren, auf der anderen Seite. Die Politisierung Europas ist jedoch keine Einbahnstraße. Als Reaktion auf den zunehmenden EU-Integrationsdruck sind auch grenzüberschreitende, demokratische Gegenbewegungen entstanden. Soziale Bewegungen können nationale Grenzen und nationalistische Ansichten überwinden. Aber unter welchen Bedingungen sind Bündnisse erfolgreich, welche die EU-Politik grenzüberschreitend politisieren möchten? Um diese Frage zu beantworten, haben wir zwei direktdemokratische, europäische Bürgerinitiativen (EBI) miteinander verglichen: die right2water-EBI des Europäischen Gewerkschaftsverbands für den öffentlichen Dienst (EPSU) und die fair transport-EBI der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF).

Beide EBIs wurden von ähnlichen Akteuren lanciert, jedoch mit unterschiedlichem Erfolg. Dank der Tatsache, dass beide Kampagnen bereits beendet wurden, könnten wir uns auf die wenigen Unterschiede konzentrieren, die deren Erfolg bzw. Misserfolg erklären. Unser Vergleich zeigt, dass akteurszentrierte Faktoren eine Rolle spielen, nämlich die Fähigkeit der Gewerkschaften, breite Koalitionen mit sozialen Bewegungen zu schmieden. Doch erfolgreiche transnationale Kampagnen im Bereich der Daseinsvorsorge hängen auch von strukturellen Bedingungen ab, nämlich von der vorherrschenden Art und Weise des EU-Integrationsdrucks, dem die Gewerkschaften und Nutzer öffentlicher Dienste zu einem bestimmten Zeitpunkt ausgesetzt sind. Während die erfolgreiche right2water-EBI des EPSU den Versuchen der Europäischen Kommission zur Kommerzialisierung der Wasserwirtschaft präventiv entgegenwirkte, versuchte die erfolglose fair transport-EBI der ETF faire Arbeitsbedingungen zu gewährleisten, nachdem der Transportsektor bereits weitgehend dereguliert wurde. Vertikale Integrationsversuche der EU, die auf die Kommodifizierung öffentlicher Dienste abzielen, rufen eher erfolgreichere Gegenbewegungen hervor als der Druck horizontaler Marktintegration auf Arbeitsbedingungen und die Qualität von öffentlichen Diensten, welcher auf frühere EU-Liberalisierungen folgt.

Starke Bündnisse zwischen Gewerkschaften und soziale Bewegungen

EPSU und ETF verfügen über ähnliche Strukturen: kleine Sekretariate, die wenig Autorität über die nationalen Mitgliedergewerkschaften haben. Beide EU-Gewerkschaftsverbände nutzten bislang auch ähnliche Methoden zur Beeinflussung der Brüsseler Politik. In zwei Punkten war EPSU im Vergleich zur ETF sogar in einer schwächeren Position. Erstens konnte EPSU nicht aus früheren Kampagnen lernen, da vor der right2water-Kampagne noch nie eine EBI lanciert wurde. Zweitens verfügte die EPSU-Kampagne über ein viel kleineres Budget. Trotz dieser Widrigkeiten war sie erfolgreich, weil sie sich auf breite Bündnisse zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen stützen konnte, die von der lokalen bis auf die globale Ebene reichen. Mehr als die Hälfte der Gruppen, die die Unterschriftensammlung unterstützten, gehörte zu sozialen Bewegungen, von lokalen Umweltgruppen zu grenzüberschreitenden Bewegungen für globale Gerechtigkeit. Die ETF-Kampagne verfügte nicht über ein solch weitreichendes Netz von Allianzen und hatte daher Schwierigkeiten, ein breiteres Publikum zu erreichen.

Die Kampagnen verfolgten zwar vergleichbare Ziele, formulierten diese aber auf eine sehr unterschiedliche Art und Weise. Die EPSU-Kampagne verband ihre Anti-Privatisierungs-Botschaft mit einer Menschenrechtsagenda. Diese Botschaft war breit gefasst, so dass sich auch Akteure angesprochen fühlten, die unterschiedliche Ansichten über Details der Wasserwirtschaft haben. Dennoch unterstrich EPSU nicht nur die drohende Privatisierung, sondern griff auch zentrale Förderer dieser Agenda direkt an, nämlich die Europäische Kommission und diejenigen multinationalen Konzerne, Veolia und Suez, die bislang am meisten von Wasserprivatisierungen profitierten.

Die fair transport-EBI richtete sich auch gegen die Kommerzialisierung von Transportdiensten, stellte dieser jedoch die Idee eines fairen Wettbewerbs zwischen allen Verkehrsunternehmen gegenüber, obwohl Wettbewerb immer auch Ungleichheiten schafft; ungeachtet dessen, wie fair er organisiert wird. Dies entfremdete sie von radikaleren Gewerkschaften, wie z.B. der französischen CGT Eisenbahngewerkschaft, die den Wettbewerb im Transportwesen grundsätzlich ablehnen. Umgekehrt fand die ETF-Initiative bei Lastwagenfahrern aus Osteuropa wenig Anklang, da sie Wettbewerbsnachteile für osteuropäische Transportfirmen befürchteten. Darüber hinaus präsentierte die ETF die EBI ausschließlich als ein Thema der Arbeitsbeziehungen. Dies machte es schwierig, Verbündete auch außerhalb der Gewerkschaften zu finden.

Dies zeigt, dass akteurszentrierte Faktoren den Erfolg und Misserfolg der beiden Kampagnen erklären können. Diese Faktoren beziehen sich auf die Koalitionen mit sozialen Bewegungen und die Ausrichtung der Kampagnen auf klar definierte Gegner und Ziele. Dennoch wäre es falsch, die Gründe für deren Erfolg bzw. Misserfolg primär bei deren Organisatoren zu suchen, da der Erfolg bzw. das Scheitern der beiden Kampagnen durch unterschiedliche Formen des EU-Integrationsdruckes vorstrukturiert wurde.

Horizontaler vs. vertikaler EU-Integrationsdruck

Wir unterscheiden zwischen zwei Arten von EU-Integrationsdruck: Die vertikale Integration basiert auf direkten Interventionen supranationaler, politischer Institutionen; die horizontale Integration bezieht sich auf den zunehmenden Anpassungsdruck durch transnationale Märkte. Die horizontale Marktintegration verschleiert soziale Machtverhältnisse und bietet daher wenig greifbare Ziele für eine Gegenmobilisierung. Vertikale EU-Interventionen sind leichter zu politisieren, wenn auch nur innerhalb eines begrenzten Zeitrahmens.

Nachdem die EU einen Verkehrszweig nach dem anderen mittels EU-Gesetzen liberalisierte, herrscht im ganzen Verkehrssektor ein starker horizontaler Marktdruck. Dies behindert grenzüberschreitende Gegenmobilisierungen, da der horizontale Marktdruck Beschäftigte verschiedener Verkehrsarten (öffentlich oder privat), Modalitäten (Schiene oder Straße), Unternehmen und Länder gegeneinander in den Wettbewerb setzt. Dagegen boten die Versuche der EU-Kommission, nun auch die Wasserversorgung zu liberalisieren, Kristallisationspunkte für eine erfolgreiche EPSU-Protestkampagne; wie dies 2004 auch im Fall des Vorschlages von EU-Kommissar Frits Bolkestein für eine sektorenübergreifende EU-Dienstleistungsrichtlinie geschah.

Je stärker Dienstleistungsanbieter dem Druck horizontaler Marktintegration ausgesetzt sind, desto schwieriger wird es für Gewerkschaften, diese gemeinsam mit Dienstleistungsnutzern zu politisieren. Der vertikale Druck anstehender EU-Gesetzesvorschläge im Bereich der Konzessionsvergabe von öffentlichen Dienstleistungen motivierte Gewerkschaften, Verbrauchergruppen, Umwelt-NGOs und sogar kommunale Wasserunternehmen dazu, dieright2water-EBI gemeinsam aktiv zu unterstützen. Dagegen erklärt der horizontale Wettbewerbsdruck über alle Transportarten hinweg das Fehlen solcher Allianzen im Fall der fair transport-EBI. Hätte sich die EBI auf den öffentlichen Schienenverkehr konzentriert, wäre es vielleicht leichter gewesen, die Unterstützung von Umweltgruppen zu gewinnen. Diese Idee hatte sich jedoch nicht durchgesetzt, da die ETF auch Beschäftigte anderer Verkehrsträger vertritt, die mit dem Schienenverkehr konkurrieren.

Diese Ergebnisse sind für Gewerkschaftspolitik und Wissenschaft gleichermaßen relevant. Für politische Aktivist:innen ergibt sich die optimistische Botschaft, dass der Mangel an täglichen grenzüberschreitenden Kontakten zwischen Beschäftigten – ein Merkmal vieler öffentlicher Dienstleistungen – kein Hindernis für grenzüberschreitende Aktionen sein muss. Auch in der außerordentlich lokalen Wasserwirtschaft konnten Gewerkschaften grenzüberschreitende Verbindungen zu Gewerkschaften und zu sozialen Bewegungen aus anderen Ländern knüpfen. Für Analyst:innen der EU-Integration heben wir die andauernde Bedeutung der Interessenpolitik von Gewerkschaftsverbänden und sozialer Bewegungen hervor und zeigen, wie unterschiedliche vertikale und horizontale Formen von EU-Integrationsdruck deren Fähigkeit beeinflussen, diesen Druck grenzüberschreitend zu politisieren. Da vertikale EU-Interventionen einfacher zu politisieren sind, können diese ironischerweise sogar zu einer Demokratisierung der EU führen. Dank der direktdemokratischen right2water-EBI sieht die neue EU-Richtline über die Konzessionsvergabe nicht mehr vor, die Wasserversorgung dem kapitalistischen Wettbewerb auszusetzen, wie dies die Kommission ursprünglich geplant hatte.

** Imre G. Szabó, geb. 1985 in Berettyóújfalu (Ungarn), PhD, Politikwissenschaftler und Postdoctoral Fellow am University College Dublin.*
Darragh Golden, geb. 1977 in Co. Mayo (Irland), PhD, Sozialwissenschaftler und Postdoctoral Fellow am University College Dublin.
Roland Erne. geb. 1967 in Zürich (Schweiz), PhD, Politik- und Sozialwissenschaftler und Professor für European Integration & Employment Relations am University College Dublin.

Dieser Artikel fasst die Ergebnisse einer vom European Research Council finanzierten Studie zusammen (www.erc-europeanunions.eu; Grant Agreement No 725240), die vor Kurzem auf Englisch erschienen ist: Imre G. Szabó/Darragh Golden/Roland Erne: Why Do some Labour Alliances Succeed in Politicizing Europe across Borders?, in: Journal of Common Market Studies, 8. Dezember 2021, https://doi.org/10.1111/jcms.13279

Anmerkung:

1 *Roland Erne: Labour politics and the EU's new economic governance regime, in: Transfer. European Review of Labour and Research, Band 24, Nr. 2/2< 018, S. 237-247. https://doi.org/10.1177/1024258918770046*

Was sind Europäische Bürgerinitiativen (EBIs)?

1995 schlug die transnationale Bürgerbewegung Eurotopia vor, direktdemokratische Initiativen auf EU-Ebene einzuführen. Zehn Jahre später beschloss der EU-Verfassungskonvent, die EBI in den Entwurf der EU-Verfassung aufzunehmen. Nachdem diese scheiterte, nahmen die europäischen Regierungen die EBI in die bestehenden EU-Verträge auf. Die EBI bietet der europäischen Zivilgesellschaft die Möglichkeit, die EU-Kommission aufzufordern, ihre bisherige Politik zu ändern.

Um erfolgreich zu sein, muss ein EBI-Vorschlag innerhalb eines Jahres von mindestens einer Million EU-Bürger:innen unterstützt werden. Zudem muss auch eine bestimmte Unterschriftenquote in sieben Mitgliedstaaten erreicht werden, beispielsweise rund 70.000 Unterschriften in Deutschland oder 15.000 in Österreich. Die EBI-Verordnung wurde im April 2012 EU-Recht. Bis Februar 2022 wurden 87 EBI von der Kommission registriert. Von diesen 87 EBI erreichten jedoch nur sechs die nötigen Unterschiften.

Derzeit sammeln europäischen Gewerkschaften (z.B. EPSU) und soziale Bewegungen Unterschriften für die no profit on the pandemic-EBI. Diese EBI fordert die EU-Kommission dazu auf, auch patentierte Impfstoffe und Medikamente gegen die Pandemie, z.B. im Rahmen der World Trade Organisation, zu einem globalen öffentlichen Gut zu machen, damit diese der gesamten Menschheit zur Verfügung stehen, auch um weitere, gefährliche Virus-Mutationen zu verhindern (https://noprofitonpandemic.eu/de/).

… und es endete die Zeit der Autonomie

Torsten Bewernitz zur Rezeption der Corona-Betrachtungen von Karl Heinz Roth

Wenn Karl Heinz Roth ein Buch veröffentlicht, horcht die bundesdeutsche Linke in der Regel auf. Roths Beiträge sind oft große Rundumschläge, die erstens ihren Finger am Nabel der Zeit haben, zweitens oftmals fast prophetisch wirken und drittens meistens durchaus paradigmatische Veränderungen in linkem Basisagieren begleiten. Entsprechend waren die Erwartungen an Roths »Blinde Passagiere« offenbar groß, das mediale Feedback sehr schnell und sehr umfangreich. Das stellt einen Rezensenten vor ein Problem: Wie halbwegs »objektiv« ein Buch rezensieren, wenn man schon zig Beurteilungen des Geschriebenen gelesen hat? Ich möchte mich daher im Folgenden weniger mit Roths Buch selber beschäftigen als mit seiner umfangreichen Rezeption.

Dabei ist offensichtlich: »Die gesellschaftliche Linke ist in ihrer Positionierung gespalten« (*Freitag*, 17. Februar 2022) und KHR wird die Fähigkeit zugeschrieben, diesen Spalt zu überbrücken – sicherlich nicht nur aufgrund seines außergewöhnlichen Status in der (Geschichte der) deutschen Linken, sondern auch in seiner Profession als Mediziner. Medico International hatte bereits vor Erscheinen des Buches eiligst einen Podcast mit Roth organisiert, auch Gruppen wie z.B. EXIL in Münster haben zur Klärung innerlinker Differenzen Karl Heinz Roth eingeladen. *Telepolis* (26. Januar 2022), der *Freitag* und das *neue deutschland* (18. Februar 2022) veröffentlichten in Windeseile Interviews mit Roth. Oftmals, so ein naheliegender Verdacht, wird Roth dort herangezogen, wo man sich vorher aufgrund der Mehrheitsverhältnisse oder aber auch nur aufgrund der lauteren Stimmen nicht traute, sich anders zu positionieren – das implizieren bereits die Titel der Interviews: »Der große Lockdown war niemals alternativlos« (*Telepolis*), »Zero Covid war eurozentristisch und extrem staatsfixiert« (*neues deutschland*). Mit Karl Heinz Roths Buch einher geht – ob zufällig oder nicht – ein Positionswechsel bei einigen linken Gruppen und Einzelpersonen: Es mehren sich – zurecht – Zweifel an dem bisher als »rechtsextrem« abgestempelten Anti-Impfprotesten (die in dieser Hinsicht durchaus einen anderen Charakter haben als die früheren »Querdenker«-Proteste). Und angesichts von abwechselnden Lockerungsversprechungen und neuen Wellen haben so manche frühere Hardliner:innen in Sachen Lockdown auch langsam die Nase voll und distanzieren sich von ihren Positionen. In der Gewerkschaftslinken erscheint der Dissens maximal: *LabourNet* oder auch die *SoZ* auf der einen Seite unterstützen nach wie vor ZeroCovid, die gewerkschaftlichen Zukunftsforen Aaachen und Dortmund wie auch die Jour Fixe Gewerkschaftslinke Hamburg positionieren sich auf Seiten der Impf- bzw. Impfpflichtgegner – bzw. »Impfzwang«, wie Karl Heinz Roth selber es benennt.

Max Henninger etwa, Redakteur der *Sozial.Geschichte Online*, hat frühzeitig eine ausführliche, vermutlich sogar die erste, Rezension zu dem Buch verfasst. Ein gewisses Unbehagen ist seiner Besprechung anzumerken: Denn einerseits ist Roth, der viele der Corona-Maßnahmen scharf kritisiert, als Mitbegründer der Vorgängerzeitschrift *1999* so etwas wie der spiritus rector der *SGO*, andererseits haben nicht wenige der Redakteur:innen die Kampagne mitgetragen. Was etwa Angela Klein als »vollständig auf der Linie der neoliberalen Politik der letzten 25 Jahre« (*SoZ* 3/2022, S. 21) kritisiert, heißt bei Henninger ein Entgegenkommen gegenüber »den auf eine möglichst minimale Beschränkung des Wirtschaftslebens abzielenden Beschwichtigungsdiskursen« (*SGO* 31/2022).

Selbstverständlich kommt eine Roth'sche Analyse der Pandemie nicht aus, ohne die sozioökonomischen Folgen zu fokussieren: »Klar ist auch, dass diese Entwicklung dazu benutzt wurde, digitale Innovationsprozesse im Kern des kapitalistischen Weltsystems voranzutreiben« (*Freitag*). Im Folgenden nennt er die Informationsbeschleunigung durch Digitalisierung und die »extreme Ausweitung und Beschleunigung der Robotisierung«. Die Pandemie verschärft letztlich die noch nicht ausgestandene Krise des Kapitalismus von 2007ff. (insofern ist »Blinde Passagiere« in gewissem Sinne die lang erwartete Fortsetzung von Roths Buch »Die globale Krise« von 2009) und prophezeit eine neue Schuldenkrise des globalen Südens (*Wildcat* 109/2022, S. 32).

Letzteres gilt auch politisch: »Es hat eine Verschiebung stattgefunden, die dazu führt, dass der politische Diskurs sich in eine neue Ebene zwischen zwei neuen politischen Polen bewegt hat, bei der der Blick auf die sozialen Verwerfungen, auf Ungleichheit, Klassenunterschiede, auf zunehmende Verarmungsprozesse immer mehr verschwindet«. Diese Pole benennt Roth als »technokratisch-autoritäre Strömung, die Hegemonie beansprucht« und weitgehend identisch sei mit der »progressive[n] Seite der akademischen Mittelschichten, [die] immer stärker an die herrschenden Entscheidungszentren heranrückt« einerseits und andererseits »so etwas wie ein pseudolibertärer Irrationalismus«. Der Hinweis auf eine »technokratisch-autoritäre Strömung« spielt auf die von Roth stark kritisierte ZeroCovid-Initiative an. Die *Wildcat* korrigiert hier, obwohl sie die Kampagne ebenfalls als »desaströs« beschreibt: »ZeroCovid artikulierte Anfang 2021 öffentlich den breiten Unmut gegenüber einer Politik, die alle privaten Kontakte beschneidet, aber ›die Wirtschaft‹ laufen lässt« (*Wildcat* 109/2022, S. 35). Und auch Henninger geht in Verteidigungsstellung: »Es ist wenig überzeugend, wenn Roth in dieser Zustimmung [zu den Lockdown-Maßnahmen, Anm. TB] lediglich das Ergebnis einer Indoktrinierung sieht« (*SGO* 31/2022).

Dagegen schlägt Roth einen »dritten Weg« vor: »Ein dritter Weg, der kritisch wissenschaftlich fundiert ist, der aber auch nicht wissenschaftsgläubig ist. Ein Weg, der epidemiologische Erfahrung sowie Erfahrungen des Public Health einbringt, der interdisziplinär und systemisch an die Dinge herangeht und die gesellschaftlichen Aspekte berücksichtigt« (*Freitag*). Roths letztliche Betonung der Orientierung für eine praktische Politik ist dabei, und das wäre sie auch ohne Pandemie, sicherlich konsensual: »Man hätte viel schneller dafür sorgen müssen, dass das Pflegepersonal aufgestockt wird, dass Tarifsysteme eingeführt werden, dass Arbeitszeiten verkürzt werden, um den Pflegeberuf attraktiver zu machen« (*Freitag*). Kern des »dritten Wegs« ist die Forderung nach einer »Rekommunalisierung des Gesundheitswesens« (*Wildcat*).

Dieser dritte Weg, so Angela Klein (*SoZ*), würde letztlich von Roth nicht ausgeführt, es bleibe bei einer Kritik des Lockdowns, der »auf die Todesfälle keine Auswirkung« gehabt hätte. Klein spitzt zu: »Impfpflicht für die Alten, Kranken und Beschäftigten in Krankenhäusern und Heimen; der Rest kann durchseucht werden, der stirbt ja nicht daran«. Ihr abschließendes Urteil ist harsch: »Roth kommt damit einer liberalen Position sehr nahe«.

Roths Schriften haben häufig einen kleinen Fehler, und der betrifft auch die aktuelle Publikation. Man könnte es wohl »revolutionäre Ungeduld« nennen, vielleicht auch »publizistische«: »Die ›andere‹ Arbeiterbewegung« war 1974 ein Schnellschuss und wurde deswegen methodisch stark (allerdings auch solidarisch) von Erhard Lucas kritisiert. Roth hat diese Kritik durchaus angenommen, dies sei, so schrieb er Jahrzehnte später in der *analyse und kritik*, der Grund, warum es nie eine deutschsprachige Neuauflage gegeben habe. Auch »Die globale Krise« erschien letztlich Jahre zu früh und konnte so weder die zweite Phase der Krise als Eurokrise noch die aufkeimenden Proteste wie den »Arabischen Frühling«, Occupy oder die griechischen und spanischen Platzbesetzungen mit reflektieren. »Blinde Passagiere« nun stellt den Stand der Debatte Ende 2021 dar und kann deswegen keine Konsequenzen aus der Omikron-Welle oder den aktuellen Veränderungen in der Impf(pflicht)debatte ziehen, die möglicherweise anders ausfallen könnten.

Die verschiedenen Hinweise machen deutlich: Roths Kritik, wie er sie an ZeroCovid äußert, trifft die »technokratisch-autoritäre Strömung«, er kritisiert die globale Preisgabe von »Grund- und Freiheitsrechten« und sieht letztlich eine »Rückkehr des Leviathans« (*Wildcat*) – »Blinde Passagiere« ist, ähnlich wie die Beiträge Joachim Hirschs in der Debatte im *links-netz*, eine Kritik mangelnder Staatskritik. Dabei verkennt Roth die ZeroCovid-Initiative, wie die *Wildcat* richtig betont hat, völlig: Tatsächlich war diese eine Reaktion auf die durchaus stattfindenden globalen Arbeitskämpfe für mehr Schutzmaßnahmen (siehe auch Peter Birkes »Grenzen aus Glas«, vgl. S. 19), die dabei allerdings maßlos überschätzt wurden. Das »Desaströse« (*Wildcat)* an der Initiative war eher die Illusion, man könne dieserart Maßnahmen tatsächlich ohne Referenz auf mehr staatliches Handeln durchsetzen. ZeroCovid war die Androhung eines Generalstreiks ohne Basis. Auch die Omikron-Welle lässt, unter anderem angesichts des Wandels und der Ausdifferenzierung linker wie gesamtgesellschaftlicher Positionen, ZeroCovid als gescheitertes und nicht mehr aktuelles Projekt erscheinen.

Karl Heinz Roth: »Blinde Passagiere. Die Coronakrise und die Folgen«. Verlag Antja Kunstmann, München 2022. ISBN 978-3956144844, 503 Seiten, 30 Euro.

Damit haben ZeroCovid und Karl Heinz Roth aber eigentlich eine gemeinsame Grundlage: Die – klassisch operaistische – (Über-)Betonung des Selbstschutzes der Bevölkerung. Roth stellt die These auf, der Lockdown habe keine Menschen gerettet, dies sei vielmehr auf die sinnvollen hygienischen Maßnahmen aus der Bevölkerung zurückzuführen – unwahrscheinlich, wenn auch teilweise durch Politik und Wissenschaft verschuldet: Hände waschen wurde lange völlig überbewertet, Masken dafür unterbewertet. Selbst die der »Selbstverwaltungs«-Position eigentlich nahestehende *Wildcat* sieht hier keine »politisch starke Kategorie« und betont, dass diese Eigeninitiative weitgehend fehlte.

Wenn diese Perspektive aber nicht stimmt, dann greift Angela Kleins Vorwurf, dass es sich bei den Vorschlägen letztlich um Liberalismus handele (wobei eine Rekommunalisierung des Pflegesektors sicherlich keine liberale Position ist). Die aktuellen Differenzen in der Linken entpuppen sich als verschiedene Beurteilungen erstens der von der Pandemie ausgehenden Gefahr, zweitens daraus resultierend der (Un-)Angemessenheit der staatlichen Maßnahmen und drittens durchaus verschiedener Freiheitsverständnisse zwischen Individualismus und Eigentum einerseits und Kollektivismus und Sozialem andererseits. Letztlich drehen sich die Konflikte um eine alte, durchaus entscheidende Frage, nämlich das Verhältnis zwischen (sozialer und in diesem Fall gesundheitlicher) Sicherheit, oftmals durch den Staat vermittelt, und Freiheit, oft als ein individuelles Konzept missverstanden. Diese Konfliktgrundlage geht einher mit zwei politischen Konzeptionen: Das ist einerseits die, gerade mit dem Namen Karl Heinz Roth verbundene, Perspektive der Autonomie als einem etablierten und die deutsche Linke Jahrzehnte lang prägenden Konzept und andererseits dem Konzept der (multiplen) Prekarität, damit auch der gegenseitigen Abhängigkeit, das mutmaßlich, bedingt durch soziostrukturelle Veränderungen, in einer jüngeren Linken mehr Relevanz besitzt. Julia Dück und Julia Garscha weisen in ihrer aktuellen Broschüre »Aus Sorge kämpfen« darauf hin, dass eine Logik, »die Menschen als autonome Wesen imaginiert, […] dabei die Angewiesenheit auf andere gerade in verletzlichen Situationen nicht erfasst« (S. 5). Es geht also nicht nur oberflächlich darum, ob die einen mehr »Sicherheit« und die anderen mehr »Freiheit« wollen und auch nicht, wie man in einer dumpfen Auslegung des marxistisch-anarchistischen Streits sagen würde, ob eher der Kapitalismus oder der Staat der Kern allen Übels sei, es geht um sozialstrukturell entstehende Politikmuster, die nicht zufällig eher »männlich« (Autonomie) und »weiblich« (Prekarität) konnotiert sind. »Prekäre« lieben dabei den Staat nicht mehr als »Autonome«, sind aber – mangels Alternative – vielleicht einfach stärker von ihm abhängig und haben daher eine andere Beziehungsweise zu ihm.

SoZ Sozialistische Zeitung

Monatlich mit **24 Seiten** Berichten und Analysen zum **alltäglichen kapitalistischen Irrsinn** und den Perspektiven linker Opposition

In der April-Ausgabe u.a.:

◆ **Krieg in der Ukraine**
Wie halten wir es mit Waffenlieferungen? Versuch einer Standortbestimmung • Die Linke muss ihren Standpunkt überdenken, finden zwei linke Ukrainer • Sanktioniert die Oligarchen, nicht das Volk! • Die Antikriegsbewegung in Russland • Zeitenwende beim Rüstungshaushalt

◆ **Außerdem**
Kampf um das Krankenhaus Holweide in Köln • Betriebsratswahlen 2022 • Radikale Kartografie: Das Unsichtbare sichtbar machen u. v. m.

Probeausgabe kostenlos
Schnupperabo (3 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein

SoZ-Verlag
Regentenstr. 57-59 · D-51063 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · www.sozonline.de
redaktion@soz-verlag.de

»links« lebt!
Politische Diskussionen und Interventionen in der Online-Zeitung www.links-netz.de

Mehr als Fleisch und Pakete

Sabrina Apicella* über Peter Birkes »Grenzen aus Glas«

Wie kann Verwertung, Arbeit und Migration zusammen gedacht werden, ohne in die Falle zu tappen, sich allein auf Unfreiheit und Unterordnung zu beziehen? Wer Antworten auf diese Fragen sucht, findet sie in dem jüngst im Mandelbaum Verlag erschienenen »Grenzen aus Glas. Arbeit, Rassismus und Kämpfe der Migration in Deutschland« des Göttinger Soziologen Peter Birke.

Was zuvor geschah: Der sogenannte Sommer der Migration 2015 ist vorbei, auf die Flucht zahlreicher Menschen und ihren Protest hin werden in Deutschland neue Gesetze erlassen, die teilweise die Arbeitsmarktintegration von Migrant:innen und Geflüchteten erleichtern. Derweil lassen sich für zwei Teilbranchen eine enorme Expansion, Produktivitätssteigerungen und steigende Umsätze beobachten – außerdem ein enormer Hunger auf Arbeitskräfte in der sogenannten Einfacharbeit. Beides trifft auf den Onlineversandhandel und die Fleischindustrie zu, die medial stark in der Kritik stehen für die Überausbeutung ihrer (migrantischer) Arbeitskräfte und krankmachende Arbeitsbedingungen.

Inmitten dieses Szenarios begibt sich Peter Birke in vier Betriebe eben dieser beiden Teilbranchen. Hier sucht er zusammen mit Studierenden und Kolleg:innen das Gespräch mit Beschäftigten, dem Management, aber auch Berater:innen, Willkommensinitiativen, Gewerkschafter:innen und Betriebsräten. Ihre Perspektiven auf Arbeit und Migration untersucht Birke qualitativ mit Interviews, deren Inhalte er »trianguliert«, d.h. er betrachtet sie von den verschiedenen Akteur:innengruppen her und diskutiert seine Ergebnisse zusätzlich mit anderen Forscher:innen. Er fragt immer wieder, was Menschen dazu bringt, in diesen Branchen zu arbeiten. Dann beginnt die Corona-Pandemie. Sie befeuert Kämpfe um Gesundheitsschutz und Reformen in der Fleischindustrie sowie einen gewaltigen Boom des Onlineversandhandels – Phänomene, die er ebenfalls beachtet.

Hierzu legt Birke zunächst einen theoretischen Entwurf vor, in dem der Begriff der »multiplen Prekarität« zentral ist, die »gläserne Wände« im Alltag schafft. Theoretisch verbindet er operaistisch geprägte Arbeits- und Arbeitskampfforschung mit den Erkenntnissen der Migrationsforschung, die auf der »Autonomie der Migration« aufbauen. Spannend wie ungewöhnlich ist, dass er nicht allein den Betrieb in den Blick nimmt. Denn laut Birke zeigen bereits historische Forschungen die große Bedeutung von Fragen nach Wohnen, nach Betreuung und Bildung für Kinder oder Gesundheitsversorgung in Verbindung mit migrantischen Arbeitskämpfen. Dies macht ein Beispiel eines Arbeiters deutlich, der angibt, durch die Arbeit erschöpft zu sein, aber auch vielfach unter Druck zu stehen durch die Familie im Heimatland, die an seinen Wohnort nachziehen möchte, oder durch Alltagsrassismus (vgl. S. 218).

Wie kommen die Arbeiter:innen in die Regionen, wie werden sie angeworben, welche Tätigkeiten verrichten sie, wie werden sie entlohnt und was bedeutet all dies vor dem Hintergrund der Diskussion um die »multiple Prekarität«? Hierzu werden Ausschnitte, Situationen, Bewertungen der Befragten plastisch beschrieben, die zu selten, sowohl in Forschungen als auch in medialen Debatten, bekannt werden. Es erzählt Herr Landis vom Knochenjob Ausstallung, in der sich die Tiere wehren und die Arbeiter:innen nach gefüllten LKWs bezahlt werden. Wir lernen von Arbeitszeitklau und gesundheitlicher Gefährdung durch Chemikalien in der Reinigung der Zerlegemaschinen. Oder von einer kollektiven Arbeitsniederlegung von über 40 polnischen Arbeitern, die so eine Entfristung ihrer Verträge durchsetzen. Situationen der Solidarität, Auflehnung und Verbundenheit ziehen sich ebenso durch das Buch wie die der Entsolidarisierung, rassifizierter und geschlechtlicher (Selbst-)Zuschreibungen. In den Beschreibungen der Arbeitsverhältnisse und -bedingungen und der kleinen und großen Widerstände derer, die Tierkörper zerlegen oder Onlinebestellungen in Distributionszentren bearbeiten, liegt die Stärke der Studie.

Eine Anregung aus dem Buch möchte ich aufgreifen: Es liefert Antworten auf die wichtige Frage, wo Antirassist:innen herkommen. Die Ergebnisse zeigen, dass es die Migrant:innen selbst sind. Sie lehnen (jedenfalls teilweise) die Rassifizierung ab, die sich mitunter mit geschlechtlichen Klischees verbindet, wie auch die Schlechterstellung durch Befristungen, ungleiche Bezahlung und Erfahrungen von Ungerechtigkeit. Andererseits zeigen sich in den Zitaten auch Konkurrenzen und die Übernahme imaginierter Zugehörigkeiten, etwa wenn »die Pol:innen« als Team in den wilden Streik treten, ihre Forderungen nach Übernahme jedoch nicht ausweiten auf andere Teams, die beispielsweise »rumänisch« sind (S. 154). Hier ist es einerseits richtig, auf die Imaginiertheit zu pochen, gleichzeitig reicht dies nicht. Letztlich verpasst Birke hier, herauszustellen, ob auch den Interviewten klar – oder altmodischer: bewusst – ist, dass diese Zuschreibungen imaginiert sind. Denn ansonsten ließe sich auch argumentieren, dass sie mit ihrem Verhalten der jeweiligen Imagination ebenso eine Realität verleihen wie die Manager, die sie und sich als »die Soundso« adressieren. Schließlich bedeuten multiple Prekaritäten noch lange nicht, dass sich die multipel Prekären notwendig kooperativ, kollektiv, fürsorglich und solidarisch orientieren und verhalten. Bedauerlicherweise fehlen auch in der Theorie Hinweise auf das Bewusstsein der Beschäftigten, das durch den methodischen Zuschnitt aber eigentlich im Vordergrund steht und den fehlenden »Link« hätte herstellen können.

Peter Birke: »Grenzen aus Glas. Arbeit, Rassismus und Kämpfe der Migration in Deutschland«, Mandelbaum-Verlag, 398 Seiten, 27 Euro.

Insgesamt liegt ein Problem dieser und ihr ähnlichen Studien womöglich darin, von dem Imaginierten auszugehen, nämlich der rassifizierten Zuschreibung. Denkbar wäre auch ein anderer Blick auf dasselbe Feld und seine Materialität. Denn (und hier kann ich nur für Amazon sprechen) mit Blick auf die Arbeitsprozesse oder selbst die Anwerbung der Beschäftigten in den Online-Versandhandel ist Sprachvermögen oder imaginierte Zugehörigkeit erst einmal unerheblich für die Einstellung in die Einfacharbeit. Dafür sprechen Bewerbungsverfahren in 42 Sprachen wie auch die sich von Standort zu Standort unterscheidenden Zusammensetzungen der Arbeiter:innen, von denen auch Birke berichtet. Mehr noch: Nicht nur das Amazon-Management, auch die befragten Beschäftigten betonen die Offenheit Amazons und die auf Diversität abzielende Einstellungspolitik. Dem begegnet der Autor mit großer Skepsis. Doch dadurch gerät das Besondere an den Tätigkeiten beider Branchen aus dem Blick, nämlich, dass darin dringend Arbeitskräfte gebraucht werden, und wer bereit ist, diese Arbeit zu verrichten, kann kommen. So gedacht zeigt sich, dass die Arbeit und die überausbeuterischen Arbeitsverhältnisse in beiden Branchen ein verbindendes Moment der Ablehnung der Arbeit produzieren können – besonders wenn diese nicht bloß kollektiv erlebt, sondern im gemeinsamen Handeln abgelehnt werden. Diese Verbindung zwischen Materialität der Einfacharbeit, dem »Wer sind die Arbeitskräfte und ihre Geschichten« und ihrem Bewusstsein ebenso wie ihrem organisierten Handeln, deutet sich hie und da an, wird jedoch leider nicht herausgearbeitet.

Kurzum: Das Buch richtet sich an ein Fachpublikum an der Schnittstelle wissenschaftlicher Leser:innen (schließlich handelt es sich um eine Qualifikationsschrift), aber auch an geschulte Aktivist:innen und Gewerkschafter:innen. Es ist erfrischend schnoddrig, mal persönlich, mal passioniert politisch, mal strenger wissenschaftlicher gehalten und nimmt so den Autor als Person mit in den Text hinein: einladend hoffnungsvoll und engagiert, gleichzeitig zweifelnd und kritisch mit Biss. Wer Einblicke wünscht in zu wenig beachtete Arbeitsfelder vor und in Coronazeiten und Lust hat auf eine anregende Lektüre, sollte dieses Buch unbedingt lesen. Wer sich für engagierte Forschung interessiert, wird hier provoziert und eingeladen zum Streit und zur Diskussion. Jede:r wird Beschreibungen mit langen Interviewpassagen finden, die keine Zweifel an den Stärken des Textes lassen und mit Sicherheit das Herz erreichen, so wie vom Autor gewünscht.

** Sabrina Apicella promovierte 2020 mit ihrer Arbeit »Das Prinzip Amazon. Vom Wandel der Verkaufsarbeit zu Streikmotivationen im transnationalen Versandhandelsunternehmen« an der Leuphana Universität Lüneburg. Siehe die Rezession von Heiner Dribbusch, »Der ausbleibende Aufstand« in: express 2021/11. Seit Oktober 2020 arbeitet sie im Bereich der politischen Bildung bei Licht-Blicke in Berlin.*

Widerstand gegen BW-Propaganda

Leserliches

Um Kämpfe sorgen?

RLS-Broschüre zu Krankenhausstreiks

In Berlin ist schon fast Feierstimmung im Pflegesektor, in anderen Bundesländern stehen die nächsten Krankenhausbewegungen bereits in den Startlöchern bzw. starten z.B. in Nordrhein-Westfalen auch schon durch. Da kommt die von Julia Dück zusammengestellte Broschüre »Aus Sorge Kämpfen« aus dem Hause der Rosa Luxenburg Stiftung gerade richtig.

Mit der vorliegenden Broschüre wollen die Herausgebenden den Blick genau darauf lenken, warum es immer zuerst menschliche Bedürfnisse nach emotionalem Beistand, nach Betreuung von der ersten bis zur letzten Wehe oder einem Händedruck in Zeiten der Not sind, für die die Kapazitäten nicht reichen. Die Broschüre zeigt, dass die Fallpauschalen zu einer umfassenden Ökonomisierung des Krankenhausalltags geführt haben. Es gilt, die männlich-rationalistische Funktionslogik der Fallpauschalen aufzuzeigen. In ihr reartikulieren sich alte Grenzziehungen zwischen männlich und weiblich, rational und emotional, bezahlt und ins Private verdrängt. Insofern ist die Broschüre auch eine Einladung, Kritik und Kämpfe miteinander zu verbinden. In gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen um eine gute Versorgung stecken auch feministische Anliegen; feministische Errungenschaften wiederum werden auch in gewerkschaftlichen Kämpfen erstritten. Das geschieht aber nicht automatisch – es muss aktiv thematisiert und verbunden werden.

Julia Dück/Julia Garscha (Hrsg.): Aus Sorge kämpfen. Von Krankenhausstreiks, Sicherheit von Patient:innen und guter Geburt. Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin, März 2022. Download und kostenlose Bestellmöglichkeit: https://www.rosalux.de/publikation/id/45949/aus-sorge-kaempfen

Noch nicht leserlich

Druckt schneller!

»Bewegt euch schneller!« – dieser Aufforderung des SAP-Mitgründers Hasso Plattner an die Beschäftigten des Konzerns (in dem gerade ganz aktuell die IG Metall endlich bei den Betriebsratswahlen größere Erfolge zu verzeichnen hat) lassen viele Unternehmen Taten folgen. Mit agilen Managementmethoden betreiben sie eine Neuausrichtung der Unternehmen und eine Umgestaltung der Arbeitsabläufe. Ziel ist eine höhere Leistung der Beschäftigten und eine Beschleunigung der Arbeitsprozesse. Möglichst in Echtzeit auf Kunden und Märkte zu reagieren – das ist der Wunsch der agilen Unternehmen, das ist der Erwartungsdruck, mit dem die Beschäftigten konfrontiert sind.

Wie das geschieht und zu welchen Belastungen und Konflikten agile Arbeits- und Managementmethoden führen, hat Hermann Bueren in einem umfassenden, dreiteiligen Artikel im *express* im Frühjahr 2020 dargestellt. Aus diesem Beitrag ist nun ein Buch geworden, das demnächst im Bremer Kellner Verlag erscheinen wird. Im Sinne eines Handbuchs bietet es eine kritische Einführung in neue Arbeitsweisen und Managementformen und vermittelt allen Interessierten, die sich vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen mit ihrer Arbeitssituation beschäftigen, wegweisende Anregungen.

Mit dem Autor bitten wir um zahlreiche Subskriptionen, damit die Finanzierung der gedruckten Version des Buches sichergestellt ist und das Buch erscheinen kann,

Hermann Bueren (2022): »Bewegt euch schneller. Zur Kritik moderner Managementmethoden«, Bremen 2022. 200 S., 18,90 €. Aktuell noch zum Subskriptionspreis von 16 Euro vorbestellbar: www.kellnerverlag.de/

Verdrängte Geschichte

Peter Haumer* über ein Buch zum Anarchismus in der Kibbuzbewegung

Der Wiener Jude Moshe erklärt in seinem Tagebuch, wieso er in den Zwanziger-Jahren des 19. Jh. nach Palästina gegangen ist. Während der November-Revolution 1918 in Wien war er unter den jungen Anarchist:innen, denen er schon einige Jahre früher beigetreten war. Gemeinsam träumten sie von wirklich revolutionären Aktionen. Als in München 1919 die Räterepublik ausgerufen worden war, war er unter denen, die dorthin gingen, um aktiv zur Durchführung der Revolution beizutragen. Nachdem die Räterepublik niedergeschlagen wurde, wurde Moshe, wie viele andere auch, ins Gefängnis geworfen. Dort hinterfragte er viele Dinge und suchte nach einem Projekt, das zugleich große geistige Stärke sowie praktische Aktion erforderte und konkrete Erfolge versprach. »Die Dinge wurden langsam klar: »Nur, was du selbst in deiner eigenen Lebenszeit verwirklichen kannst, wird erfolgreich sein. Bleibe dir treu – und betrüge dich niemals selbst. Die Erinnerung an das Land Israel kam mir in den Sinn. Dieser Plan war einfach und in sich schlüssig« (S. 223). Moshe ging nach Palästina und beteiligte sich an einem der mehr als 80 Kibbuzim, ländlichen Kollektivsiedlungen, die in der Zwischenkriegszeit in Palästina gegründet worden waren mit insgesamt mehr als 26.000 Mitgliedern.

Moshe fand sich bald in Betanya wieder, in einem Camp in den Hügeln über dem See Genezareth. Die Mitglieder von Betanya sahen sich selbst als eine prophetische Elite, deren wichtigstes Anliegen es war, eine anarchistische Gemeinschaft im Lande aufzubauen. Viele Leute aus der Betanya-Gruppe hatten die unterschiedlichen Revolutionen in Europa und deren Scheitern erlebt. Sie hatten mit Interesse die Fortschritte der Einwanderungswellen und der landwirtschaftlichen Kibbuzim in Palästina wahrgenommen und sie teilten den Optimismus von Gustav Landauer und Martin Buber über die Kommune als Prototyp für eine gemeinschaftliche, nach-kapitalistische Ordnung.

Kibbuz heißt wörtlich nichts anderes als Sammlung, Versammlung, Kommune – ein Kibbuz war damals eine ländliche Kollektivsiedlung auf der Grundlage von gemeinsamem Eigentum und basisdemokratischen Strukturen. Mancherorts wurden sogar Versuche gestartet, die Kleinfamilie zu überwinden und eine kollektive Kindererziehung zu erproben.

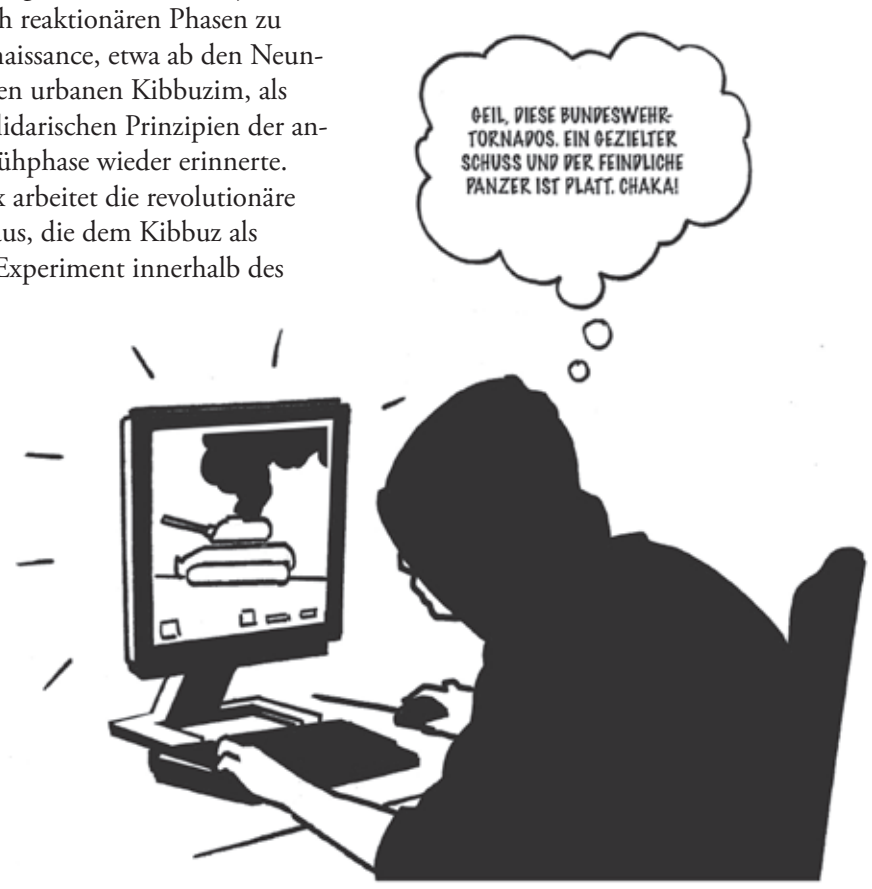
Damals glaubten diese jungen Idealist:innen, dass ihre Revolution bald kommen werde. In einem Tagebuch eines Gefährten von Moshe wird der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass die Tausenden von Individuen, die aus den Wolken des Weltensturmes hier her gekommen waren, zu ihren Lebzeiten die Revolution noch verwirklichen werden. »Die alten Lebensformen werden zu Glut geschmolzen, und aus diesem Feuer wird die neue Gesellschaftsformation erstehen« (S. 70). Doch so einfach war es dann doch nicht.

James Horrox: »Gelebte Revolution. Anarchismus in der Kibbuzbewegung.« Verlag Graswurzelrevolution, Heidelberg 2021. ISBN 978-3-939045-46-5, 259 S., 24,80 Euro.

Nun liegt mit »Gelebte Revolution« ein Buch vor, das auf diese Utopie von unten in einem Landstrich verweist, der mit Besatzung, religiös überladenen Konflikten und »ewigen« Kriegen verbunden wird. Die Studie von James Horrox umfasst 140 Jahre Geschichte der Kibbuzbewegung und arbeitet heraus, dass von der zweiten bis zur vierten jüdischen Einwanderungswelle in Palästina 1904 bis 1932 die Kibbuzim vielerorts anarchistisch geprägt waren und stark von Peter Kropotkins kommunistischem Anarchismus, Gustav Landauers Siedlungssozialismus und Martin Bubers binationalem Föderalismus beeinflusst waren.

Erst als die zionistisch-etatistische Strömung von Ben-Gurion[1] und Menachem Begin[2] in der Kibbuzbewegung die Oberhand gewann, wurde der Anarchismus in derselben zurückgedrängt. Ganz erstarb er jedoch nie. Es kam nach reaktionären Phasen zu Formen der Renaissance, etwa ab den Neunzigerjahren in den urbanen Kibbuzim, als man sich der solidarischen Prinzipien der anarchistischen Frühphase wieder erinnerte.

James Horrox arbeitet die revolutionäre Dimension heraus, die dem Kibbuz als sozialistischem Experiment innerhalb des nicht-staatlichen Mandatsgebiets zukam. Er beschreibt auch den Zerfall dieser herrschaftsfrei gedachten und geplanten Strukturen zu kollektivistischen Trägern des siedlerkolonialistischen Staates Israel, der gerne auf das Arbeitskräftereservoir der Kibbuzim zurückgriff und aus diesen Kollektiven einige seiner Militäreinheiten rekrutiert hatte. Leider lässt Horrox in diesem Zusammenhang so manche wichtige Frage offen, deren Beantwortung von großem Nutzen gewesen wäre, um die Kibbuzbewegung besser in die damalige Realität Palästinas und des 1948 gegründeten Staates Israel einordnen zu können. So befand sich zum Beispiel das Land, auf dem die Kibbuzim gegründet wurden, im Regelfall im Besitz des Jüdischen Nationalfonds, der 1901 in Basel im Auftrag von Theodor Herzl als Wegbereiter eines jüdischen Staates gegründet worden war. Hier wäre es nicht uninteressant zu erfahren, wie sich das Verhältnis der Mitglieder der anarchistischen und/oder genossenschaftlichen Kibbuzim zu ihren palästinensischen Nachbarn und Vorbesitzern dieses Landes, auf dem sie nun ihre Experimente starteten, gestaltet hat; wie sie ihre anarchistischen Prinzipien der gegenseitigen Hilfe oder der Ablehnung jedes Nationalismus angesichts der zunehmenden Vertreibung ihrer palästinensischen Nachbar:innen und der erdrückenden Dominanz des zionistischen Nationalismus überhaupt noch leben konnten. Denn wahr ist doch, dass sogenannte anarchistische Kibbuzim, die an der Unterdrückung »Anderer« teilnehmen und/oder profitieren, selbst nicht frei und herrschaftslos sein können.



Aber das Anliegen von Horrox' Darstellung der Frühgeschichte der jüdischen Kibbuzbewegung besteht darin, an die prä-staatliche Utopie zu erinnern und auf diese zu verweisen. Nach der schweren Krise der Kibbuzbewegung in den 1980ern, in deren Folge sich viele Kibbuzim privatisierten, bürokratisierten oder auflösten, scheint es gegenwärtig wieder einen kleinen Höhenflug der freien Kibbuzim zu geben, allerdings in anderer Gestalt als der historischen Anfang des 20. Jahrhunderts. Viele neue kleine Kollektivsiedlungen sind urban und nicht mehr landwirtschaftlich geprägt.

Am Kibbuz Migvan in der Stadt Siderot in der westlichen Negev-Wüste, der seit dem Rückzug der israelischen Armee aus Gaza ständigen Angriffen durch Quassam-Raketen ausgesetzt ist, lässt sich das ganze Ausmaß des Dilemmas erahnen: Die Utopie ringt mit der Bedrohung, weil die Utopie selbst Teil eines Bedrohungsszenarium für die »Anderen«, für die Palästinenser:innen geworden ist, und sich so selbst konterkariert. Das Buch von James Horrox ist eine geglückte Zusammenfassung dieses wichtigen Versuchs einer »gelebten Revolution«, der noch immer beschäftigt und in seiner Vielschichtigkeit weiter aufgearbeitet werden sollte.

** Peter Haumer lebt in Wien und war eine Zeit lang Produktionsarbeiter bei MAN in Wiesing-Liesing.*

Anmerkungen:

1 *David Ben-Gurion rief mit der Verkündung der israelischen Unabhängigkeitserklärung am 14. Mai 1948 den modernen Staat Israel aus. Er war dessen erster Ministerpräsident.*

2 *Menachem Begin war Ministerpräsident und Außenminister Israels.*

graswurzel revolution
GWR 468
April 2022
„Krieg dem Kriege!"
Probeexemplar oder Abo:
www.graswurzel.net

Prämien für neue Abos

Für jedes Geschenkabonnement und jedes selbst erworbene Jahresabonnement gibt es eine der folgenden Prämien (bitte ankreuzen)

- ☐ *Carsten Wirth (Hrsg.):* Konkurrenzen und Solidaritäten. Festschrift für Anton Kobel zum 75. Geburtstag, Nomos: Baden-Baden 2021
- ☐ *Wolfgang Schorlau:* »Kreuzberg Blues.« Sein aktueller Fall führt Privatermittler Georg Dengler in den Kampf um das Recht auf Wohnen. Kiepenheuer und Witsch: Köln 2020
- ☐ *Mario Candeias (Hrsg.):* »Klassentheorie. Vom Making und Remaking«. Argument-Verlag: Hamburg 2021.
- ☐ *Slave Cubela:* »Anger – Hope – Action. Organizing und soziale Kämpfe im Zeitalter des Zorns«. Verlag Die Buchmacherei: Berlin 2021.
- ☐ *Jane McAlevey:* »Macht. Gemeinsame Sache. Gewerkschaften, Organizing und der Kampf um die Demokratie«. VSA-Verlag: Hamburg 2021.

Ich bin *express*-AbonnentIn und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben.

Meine Anschrift:

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Abonnement

Ich abonniere den *express*

- ☐ zur Probe 3 Nummern zum Preis von 10 Euro (nur gegen Vorkasse in Form von Briefmarken, V-Scheck oder bar);
- ☐ zu nebenstehenden Bedingungen.

Ich zahle

- ☐ mein Jahresabonnement (40 Euro)
- ☐ meine Fördermitgliedschaft (70 Euro)
- ☐ mein ermäßigtes Abo (20 Euro) – (Studierende, Auszubildende, Erwerbslose – Beleg beifügen)
- ☐ mein Institutionenabo (80 Euro) – BR, Bibliotheken etc.
- ☐ gegen Rechnung

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Email

Datum 1. Unterschrift

Diese Vereinbarung kann ich innerhalb von vier Wochen bei der AFP widerrufen:

2. Unterschrift

Impressum

Herausgeber: AFP e.V., »Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung« e.V.
Redaktionsanschrift: express-Redaktion
Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel. (069) 67 99 84,
email: express-afp@online.de, www.express-afp.info,
www.labournet.de/express
Erscheinungsweise: 10 Ausgaben/Jahr
Bezugspreise: Einzelheft 4,00 Euro; Jahresabonnement 40 Euro, erm. 20 Euro (Studierende, Auszubildende) und 80 Euro Institutionenabo – einschl. Versandkosten.
Bankverbindung:
AFP e.V., Sparda-Bank Hessen eG,
IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37
BIC: GENODEF1S12
Abbestellungen müssen bis spätestens 30.9. vor Ende des Kalenderjahres bzw. 3 Monate vor Ablauf des Bestellzeitraumes schriftlich erfolgen.
Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
ISSN: 0343–5121
V.i.S.d.P.: Kirsten Huckenbeck, Frankfurt
Layout/Satz: Birgit Letsch, Hanau
Druck: Berliner Zeitungsdruck GmbH, Berlin